

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 5. Oktober 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,30 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7487. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonettellen oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 30 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigensprecher: Amt 1, Nr. 1305.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

### Marine-Forderungen.

Zur Frage der Marineforderung theilen die „Berl. Pol. Nachr.“ mit, daß die betreffenden Gesetzesvorschläge, sobald sie endgiltig festgestellt sein würden, im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht werden sollen, „um den Reichstagsmitgliedern Gelegenheit zu geben, sich mit dem Inhalt der Vorlage vertraut zu machen, ehe noch dieselbe zur parlamentarischen Verhandlung gelangt.“ Das ist schon gut und erscheint so selbstverständlich, daß es nur bei den Gepflogenheiten, die sonst häufig bei Einbringung von Gesetzesentwürfen von der Regierung befolgt werden, besonderer Betonung bedarf. Wenn aber die genannte offiziöse Korrespondenz weiter in der Ausführung jener Absicht ein wirksames Mittel erblickt, um „dem müßigen Gerede vom „Septennat“ u. dergl. ein Ende zu machen,“ so würden wir lieber ruhig abwarten, was da bescheert werden wird.

Alle Anzeichen lassen erkennen, daß die bevorstehende Bescheidung des Verhütungsvorschlags völlig entsprechen wird, das heißt, daß sie, je mehr die Offiziösen jetzt zu beruhigen und die öffentliche Aufmerksamkeit abzulenken suchen, sich um so größer entpuppen wird. Wenn man jetzt das „Septennat“, die Bewilligung der Kreuzer- und Panzerschiffe auf Verzicht, ablehnt, so kennt man doch nun nur zu gut die Tirpitz'schen Pläne hinsichtlich der Kostenhöhe. Und das „Septennat“ scheint zu denjenigen Plänen der regierenden Kreise zu gehören, welche man, weil in der bevorstehenden Reichstagsession zu aussichtslos, zurückzustellen sich genötigt sieht, um sie nach den nächsten Wahlen mit besserer Aussicht auf Erfolg vorzubringen. Schreibt doch die Münchener „Allg. Ztg.“, welche sich recht guter Verbindungen in Berlin rühmt:

„Alle Parteien, gerade auch jene, welche eine Verstärkung der Marine ernstlich wollen, werden darauf bestehen, daß die Septennatsfrage, wenn sie vorgelegt wird, einem neuen Reichstag unterbreitet werde. ... Mit der Forderung des Septennats soll man erst an den künftigen Reichstag herantreten; ihn kann man dann vor ein Entweder - Oder stellen.“

Das deutsche Volk weiß, was es von den Flottenpolitikern zu gewärtigen hat. Die Parteien, die vor den Wahlen sich auf den Tirpitz'schen 410 Millionen-Plan einlassen, würden nach den Wahlen alles erfüllen, was die abenteuerlichsten Welt-politiker verlangen, wären auch von neuen Steuern über Steuern dem Volke aufzuerlegen. Aber das Volk wird hoffentlich dafür sorgen, daß von diesen Herren nicht viele in die gefehrende Versammlung hineingelangen!

### Politische Uebersicht.

**Berlin, 4. Oktober.**  
 Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe hat nun seine sehr lang angeordneten Ferien beendet. Ob er auch schon die Geschäfte übernommen hat, wissen wir nicht. Sicher ist, daß Fürst Hohenlohe stets Anspruch erhoben hat, als Ehrenmann angesehen zu werden, deshalb zweifeln wir nicht, daß er mit vollem Eifer seine nungestärkten Kräfte anwenden wird, um endlich seine beiden Versprechungen zu erfüllen: Die Aufhebung des Verbots des Inverbindungtretens der Vereine und die Oeffentlichkeit des Militär-Strafverfahrens.

Die Neubildung des Ministeriums in Athen ist vollendet. Es ist wie folgt zusammengesetzt: Jaimis Präsidium und Außenwärtiger, General Smolenki Krieg, Oberst Korpaß Inneres, Streit Finanzen, Loman Justiz, Panagiotopulo Unterrichts, Kapitän Hadjityriako Marine.

Das neue Ministerium hat allgemein gute Aufnahme bei der Presse und der Bevölkerung gefunden. Nur Deljanis und ein Teil seines Anhangs hat sich gegen dasselbe erklärt. Diese Stellungnahme des ehemaligen Ministerpräsidenten hat ihm jedoch die Sympathie selbst seiner Anhänger schon zum großen Teil verschert. Es ist eine vollständige Spaltung innerhalb seiner Partei eingetreten, eine große Gruppe - man spricht von 35-40 Abgeordneten, will das neue Ministerium unterstützen. Es erscheint daher wahrscheinlich, daß die morgige Kammer Sitzung ohne neue schwere Zwischenfälle verläuft und daß die Kammer die zum Abschluß der Friedensbedingungen für die Regierung wünschenswerthe Vertrauensklärung abgeben wird.

Zur Fortführung der Friedensverhandlungen ist Fürst Maurokordato nach Konstantinopel entsendet worden, wo er früher schon Gesandter war. Die finanziellen Fragen, die im Anschluß an die Friedenspräliminarien zu erledigen sind, dürften, wie eine Nachricht des „Daily Telegraph“ aus Konstantinopel zeigt, noch leicht zu erledigen Gelingen zwischen den Mächten führen. Nach dieser Meldung sind Rußland und Frankreich dahin übereingekommen, daß, wenn die von Griechenland gebotene Sicherheit nicht genüge, sie sich an einer internationalen Garantie beteiligen müßten, da das sonst von einer anderen Macht allein geschehen könnte. Den russischen und französischen Mitgliedern der Kommission seien Sonderweisungen erteilt, jede geheime Abmachung zwischen der griechischen Regierung und Finanzleuten zu verhindern, von denen man annahm, daß sie für England thätig seien.

Bemerkenswerth ist die folgende Meldung des „Standard“ aus Konstantinopel vom 2. d. Mtz., wonach die Porte neuerdings eine Note an die Mächte richtete, in welcher sie den früheren Protest gegen die Unwirksamkeit des europäischen Protektorats über Kreta wiederholt und betont.

**Englische Erfolge in Afrika.** Im Sudan rücken die englisch-englischen Streitkräfte weiter südwärts vor, der Gegner zieht sich zurück. Nachdem die Truppen Osman Digma's schon vor einigen Wochen Verber freiwillig geräumt hatten, sind sie jetzt, wie Londoner Depeschen melden, weiter über den Atbara zurückgegangen. Damit ist der ganze Norden des ehemaligen ägyptischen Sudan wieder in den Händen der Engländer. Wenn nun auch Kassala, wie vermeldet ist, von den Italienern geräumt wird, und es soll dies

spätestens im Dezember dieses Jahres geschehen, so wird England gegen das Mahdreich auch von der östlichen Flanke aus kräftig vordringen können. Die mahdistischen Truppen ziehen sich auf ihre Hauptstadt Omdurman am Zusammenfluß des blauen und weißen Nil zurück. Doch ist kaum anzunehmen, daß es in diesem Jahre noch zu einer größeren entscheidenden Auseinandersetzung zwischen den Engländern und den „Derwischen“ kommen wird. Um so weniger ist dies anzunehmen, wenn die inneren Zwistigkeiten zwischen den einzelnen Stämmen auf gegnerischer Seite weiter zunehmen, wie es der Fall zu sein scheint. England darf die innere Auflösung des alten Mahdreiches ruhig abwarten und wird sich augenblicklich begnügen, seinen Einfluß weit nach dem Süden vorgeschoben zu haben. England hat dabei noch den Vortheil, daß es die Belassung seiner Truppen in Ägypten gegenüber den europäischen Mächten bequem mit den fortwährenden kriegerischen Zuständen im Süden des Landes zu rechtfertigen in der Lage ist.

Bemerkenswerth sind ferner die Nachrichten, welche aus dem Inneren des dunklen Erdtheils, aus Uganda kommen und über Geschehnisse berichten, die sich bereits im Juli dieses Jahres ereignet haben. Die Truppen, welche in Menga, der Hauptstadt von Uganda (nordwestlich von Victoria Nyanza-See) stationiert sind, haben eine erfolgreiche Expedition gegen den unbotmäßigen König Rwanga durchgeführt. Die englische Streitmacht bestand aus 300 Sudanesen, 2 Royal-Geschützen und einer großen Anzahl Baganda; die Führung hatte der Kommissar Ternan. Rwanga wurde nach anderthalbstündigen, heftigen Kämpfen geschlagen, die Verluste waren auf beiden Seiten schwere. Die Bewegung, an deren Spitze Rwanga stand, hatte einen ausgesprochen antieuropäischen Charakter. Die englischen Truppen lehrten darauf nach Menga zurück.

Uganda ist bekanntlich von großer Wichtigkeit für die Engländer, es verbindet die nordafrikanische Besitz- und Interessensphäre Englands mit der südafrikanischen, es vermittelt den gewaltigen Weg von Kairo nach Kapstadt.

So baut England sein großes afrikanisches Kolonialreich mit ebenso großer Schnelligkeit wie Beharrlichkeit weiter aus.

### Deutsches Reich.

— **Strafniederlegung und Strafmilderung in Zoll- und Steuerfällen.** Ein königlicher Erlass ermächtigt den Finanzminister, bei Zoll- und Steuerkontrollverletzungen Strafen einschließlich der Vertheilungsbefugnisse, Einziehungen und Werthsanktionen, sowie die Kosten des Verfahrens niederzuschlagen oder zu mildern, und zwar dann, wenn die Strafen und Kosten durch gerichtliches rechtskräftiges Erkenntnis angelegt sind. Diese Befugnisse kann der Finanzminister den ihm unterstellten Beamten übertragen; ferner kann in Zukunft der Finanzminister „im Wege der Nachsicht“ die verwaltungsseitige und die gerichtliche Strafvollziehung bei Zuwiderhandlungen der bezeichneten Art aussetzen, sowie Straf-Unterbuchung und Straftheilung zu gestatten. Ausgenommen bleiben Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung von Verkehrsabgaben und die Ordnungskontrollen gegen Beamte und Notare, welche sich bei ihrer Dienstverwaltung einer Uebertretung der Stempelvorschriften schuldig gemacht haben.

Dieser Erlass erinnert wieder lebhaft daran, daß die gesetzlichen Verhältnisse bei uns gestatten, den „Rechtsstaat“ an allen Ecken und Enden zu durchbrechen.

— **Der gemahregelte Ortsvorsteher Herr Schulte** ersucht um folgende Verichtigung, der wir gern Raum geben. In dem Berichte über die Verhandlung vor dem Kreis-Ausschuß des Kreises Juch-Belzig ist gesagt worden, Herr Sch. hätte sich bereit erklärt, sein möglichstes zu thun, um die Frau Palm aus seinem Hause zu entfernen, sobald er auf Grund des Miethsvertrages dazu in der Lage sein würde. Diese Mittheilung beruhe jedoch auf einem Mißverständnis. „Ich denke gar nicht daran“, sagt die Handschrift des Herrn Sch., die Frau Palm aus ihrer derzeitigen Wohnung in meinem Hause zu vertreiben, da mir kein Befehl bekannt ist, das die Sozialdemokratie für vogelfrei erklärt, und da ich, selbst wenn ein derartiges Befehl bestünde, obgleich ich ein entschiedener Gegner der Sozialdemokratie, zur Ausübung derartiger barbarischer Gesetzesbestimmungen meinerseits nicht mitwirken würde.“ Der Fall hat also, wie wir von Anfang an wünschten, einen durchaus prinzipiellen Charakter gewonnen. Ist es eine Ueberschreitung der Amtspflicht, wenn ein Beamter an einen Sozialdemokraten eine Wohnung vermietet?

Die „National-Zeitung“ erwidert noch der „Kreuz-Zeitung“ auf ihre Vertheidigung des Juch-Belziger Kreis-Ausschuß-Entscheidendes folgendes:

„Das Belziger Urtheil geht von der Voraussetzung einer staatlichen Verweigerung der Sozialdemokraten aus, eine Voraussetzung, die nicht einmal während des Bestehens des Sozialistengesetzes berechtigt war, jetzt aber vollends willkürlich ist und deshalb bei weiterer Zuspitzung der politischen Kämpfe beliebig auch gegen andere Parteien angewendet werden könnte; wir haben daran erinnert, daß man zu einer Zeit, welche dem Gedächtniß der älteren Generation noch nicht entschwunden ist, das Mittel, unbehagliche Leute obdachlos zu machen, in anderer Weise auch wider keineswegs sozialdemokratische Gegner reaktionärer Regierungen angewendet hat - selbstverständlich auch damals unter der Billigung der „Kreuzzeitung“ ...“

— **Chronik der Eisenbahn-Unfälle.** Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Straßburg: Gestern Morgen 5 Uhr fuhr im hiesigen Centralbahnhof infolge falscher Weichenstellung der von Mühlhausen kommende Güterzug Nr. 707 A auf den zum Austausch bereitstehenden Güterzug Nr. 709. Eine Lokomotive und drei Wagen wurden stark beschädigt. Der Materialschaden ist ziemlich bedeutend.

Der München-Berliner Abend-Schnellzug überfuhr nahe der Station Ehing bei Freising ein von München heimkehrendes Fuhrwerk aus Gänzenhausen. Zwei Personen, die aus dem Wagen saßen, wurden so verstümmelt, daß ihre Körpertheile zusammengesetzt werden mußten. Die beiden Todten sind Familienväter; einer hinterläßt sechs unmündige Kinder. In kurzer Zeit sind in der Nähe von Freising sechs Personen überfahren worden.

— **Die Bäckereiverordnung** ist nun auch für das königreich Württemberg als zu recht bestehend anerkannt. Ein Bäckereimeister in Stuttgart hatte im Auftrage des Bäckerverbandes

die Bestimmungen des Bundesrathes angefochten, war in zwei Instanzen verurtheilt worden und legte dagegen Revision ein. Das königl. Oberlandesgericht in Stuttgart, vor dem diese Verhandlung wurde, verwarf aber alle gegen die Verordnungs-erhöhenen Einwände und schloß sich vollends den Entscheidungen der Vorinstanzen an.

— **Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wegen Beleidigung der Kaiserin verurtheilte die Liegnitzer Strafkammer den Handschuhmacher Meißle zu zwei Monaten Gefängniß. Der Angeklagte soll eine beleidigende Aeußerung in bezug auf die gesunde Gesichtsfarbe der Kaiserin gethan haben.

**Ungarn.**  
**Budapest, 4. Oktober.** Der Ministerrath beschloß, zur Vinderung der Noth in Süd-Ungarn 60 000 Zentner Saatgetreide aufzuteilen zu lassen und Nothstandsarbeiten auszuführen.

**Dänemark.**  
**Kopenhagen, 4. Oktober.** Der Reichstag ist heute eröffnet worden. Das bisherige Präsidium wurde wiedergewählt.

**Spanien.**  
**Madrid, 4. Oktober.** Das neue liberale Kabinett unter Leitung Sagasta's wird heute definitiv konstituiert und sodann den Eid leisten. Die Unterhandlungen mit dem amerikanischen Gesandten wegen Kuba werden dann sofort beginnen. Lehterer ängstet sich um seiner Silber über die Lage; auch Sagasta beobachtet Stillhalteverträge über die spanisch-amerikanische Frage.

Das neue Kabinett ist wie folgt zusammengesetzt: Sagasta Präsidium, Guyon Außenwärtiger Angelegenheiten, Romero Girón Justiz, General Correa Krieg, Contradmiral Bermejo Marine, Lopez Puigcerver Finanzen, Capdepon Inneres, Graf Liguena Arbeiten und Meeres Kolonien.

**Rußland.**  
 — **Streik in Dombrowa und wie die russische Regierung Streikende behandelt.** Der in Rattowich erscheinende „Oberschlesische Anzeiger“ berichtet am 2. Oktober:

„Zu argen Ausschreitungen ist es, wie wir erfahren, vorgestern Abend in dem nahe der Grenze gelegenen russischen Orte Dombrowa gekommen. Wie wir bereits vor einigen Tagen berichtet haben, ist auf der „Guta bankowa“, welche einer Gesellschaft von belgischen und französischen Kapitalisten gehört und in welcher auch ein Rattowicher, der Hüttenmeister Müffel beschäftigt ist, ein Aufstand ausgebrochen, an welchem sämtliche Arbeiter, 4500 Mann, theilhaftig sind. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind der Gendarmarie-Oberst aus Warschau und der Gouverneur aus Petrikau an dem Streikorte eingetroffen. Militär ist in großer Menge beordert worden. Vorgestern Abend kam es nun zu den erwähnten ersten Ausschreitungen. Als die Menge mit Steinen auf das Militär warf, wurde der Befehl zum Feuer gegeben. Hierbei wurden zwei Personen getödtet und fünf schwer verletzt. Von den Verletzten sollen einige gestorben sein. Durch einen Steinwurf wurde ein Militär an der Stirn verletzt. Den Arbeitern ist gefänglich worden, und dieselben werden, wie wir weiter hören, von dem Militär „abgeschoben“. Die Auszahlung des Lohnes erfolgt unter militärischer Bewachung. Infolge des Streiks hat der Generalgouverneur Fürst Imeritinsky seine Reise in das Sankowicer Mevier aufgegeben. Von dem Streik wird vermutlich der gesammte russisch-polnische Industriebezirk betroffen werden. Gestern hat sich die Zuthütte „Pankhütte“ bei Zagorze dem Vorgehen der Arbeiter der Guta bankowa angeschlossen. Auf der Hütte, welche der von Kramitschen Gemarkung gehört, sind gestern 400 Mann in den Aufstand getreten. Militär ist auch dorthin abgelandet worden.“

Ueber die Ursachen dieses Streiks wird uns noch auch Rattowich gemeldet:

Der Grund dieses Streiks ist ebenso wie bei demjenigen der Niffaer Kohlengruben-Arbeiter, von dem kürzlich berichtet wurde, darin zu suchen, daß diese Leute, die Bergleute in Niffa und die Hüttenarbeiter in Dombrowa, seit 15 Jahren zu einer Betriebs-Unterstützungskasse neuern, doch nie Geld oder nur einen minimalen Betrag daraus erhielten. In Dombrowa bei den Arbeitern der Guta bankowa (Hüttenbank-Gesellschaft) verbreitete sich nun das Gerücht, daß der Betrag des gesammelten Geldes nur etwa 3000 Rubel betrage, sie verlangten Rechenschaft, wo das Geld geblieben (man weiß ja, wie in Rußland unterschlagen und bestochen wird), erhielten jedoch keine Auskunft. Dazu kam die allgemein ungünstige Lage und so griffen diese bedürftigen und lastlos frömmen Arbeiter, die vor jedem Krugstich in die Kniee sinken, zum Streik. Der Streik in Niffa ist zu gunsten der Arbeiter beigelegt worden und zwar, wie man sagt, durch Vermittelung des Bischofs. Ob der Streik in Dombrowa ebenso schnell beigelegt werden wird, erscheint zweifelhaft; zahlreiche deutsche Arbeiter wurden ausgewiesen.

**Türkei.**  
**Konstantinopel, 8. Oktober.** Folgende Ernennungen werden amtlich bekannt gegeben: Präsident des Rechnungshofes Zeroff Pascha zum Finanzminister, Finanzminister Naji Pascha zum Generaldirektor der Zollämter, Hassan Behmi zum Präsidenten des Rechnungshofes. — Der frühere Soudschef im Generalstab v. d. Goltz Pascha erhielt die goldene Medaille. — Im Vilajet Uskub sollen bulgarische Banden aufgetaucht sein.

**Afien.**  
**Bombay, 4. Oktober.** Unter der Ankage, das Mitglied des Bestauschusses Hand durch einen Schuß schwer verwundet und den Lieutenant Dyerst am 22. Juni bei Poona erschossen zu haben, ist ein Individuum verhaftet worden. Auf die Entdeckung der Mörder war eine Belohnung von 10 000 Rupien ausgesetzt.

**Afrika.**  
**Algier, 8. Oktober.** Auf einem hiesigen Kirchhofe kam es zu antiegyptischen Ausschreitungen. Gendarmen und Truppen trieben die Aufstörer auseinander; die Polizei verhaftete 18 Personen, zwei Personen wurden schwer verletzt. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

**Amerika.**  
 — **Aus Brasilien** liegen Telegramme vor, denen zufolge kürzlich bei Canudos heftige, verschiedene Tage andauernde Kämpfe stattgefunden haben. Die Verluste auf beiden Seiten seien bedeutend gewesen. Es wäre den Regierungstruppen nicht geglückt, den festen Platz der Fanatiker zu nehmen.

# Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Fortsetzung aus der 1. Beilage.

gemacht haben, doch erst 45 vSt. der Vertrauensleute es für möglich gehalten haben, einen Bericht einzusenden. (Hört, hört!) Leider herrscht noch vielfach die Ansicht, daß die einzelnen Partei-Orte möglichst hohe Beträge für sich behalten und die Parteileitung nicht in der Weise unterstützen, wie es wünschenswert und nötig ist. Die Ausführungen des Genossen Auer in bezug auf diesen Punkt, die er auf dem letzten Parteitag gemacht hat, werden ja noch in frischer Erinnerung sein; daß sie genügt haben, wage ich nicht zu behaupten; aus dem Bericht geht gerade das Gegenteil hervor. Ich habe aus den vorliegenden Berichten 25 Partei-Orte ausgewählt, deren Verhalten geradezu typisch für die Masse der Partei-Orte ist. Diese 25 Orte hatten eine Gesamteinnahme von 149 180 Mark; daß es bessere und beste Orte sind, ergibt sich daraus, daß die durchschnittliche Jahreseinnahme 6000 M. beträgt. Von diesen 149 180 M. sind an die Parteileitung nur 10 025 M. abgeführt, das übrige ist am Ort geblieben. Wesentlich anders wird das Bild, wenn wir von den 25 Orten drei abziehen. Die dann übrig bleibenden 22 Orte haben zusammen eine Einnahme von 122 025 M.; es kommt also auf jeden Ort durchschnittlich eine Jahreseinnahme von 5550 M. Wenn die Parteigenossen nach dem Modus die Parteieinnahmen verteilt hätten, daß sie die Hunderte der Parteikasse überwiesen hätten, so wäre das ja allerdings schon sehr zu tabeln gewesen; aber die Parteikasse würde dann doch immer noch 12 100 Mark erhalten haben. Statt dessen aber wurden die 550 Mark nochmals geteilt, die Parteikasse bekam 224 Mark, während die Wahlkreise 826 Mark bekamen. Darnach blieben also im Besitz jedes einzelnen Wahlkreises 372 M., und insgesamt bekamen die 22 Wahlkreise 117 008 M. und lieferten nur 4925 M. ab. Es sind darunter auch noch wieder Partei-Orte mit Jahreseinnahmen von 18 000 M. und einem Kassenbestand von 8000 M., denen selbst diese 224 M. noch als ein zu großes Opfer erschienen und die gar nichts ablieferten. (Rufe: Namen nennen!) Ich komme noch darauf.

Dagegen kann das Verhalten einer ganzen Anzahl anderer Orte nicht genug gelobt werden, ich nenne nur Berlin, Darmen, Elberfeld, Götting, Gera, Hannover, Stettin und einige kleinere Orte. Selbst die armen Weber im Kulengebirge und unsere Genossen in Kemei, die doch ihr Geld gewiß brauchen können, sind von dem Gedanken durchdrungen, daß auch sie einen Teil an die Parteikasse abzuführen haben. So kann es nicht weiter gehen. Es ist nicht zu verantworten, daß Orte mit hohen Einnahmen, die sehr große Summen für sich behalten, die Mittel für ihre Reichstags-Abgeordneten sich von den armen Webern im Kulengebirge zahlen lassen. Namen zu nennen, werde ich mich wohlweislich hüten, denn wenn ich das thue, so haben wir diese Auskunst einmal erhalten und nicht wieder. (Heiterkeit.) Manche Vertrauensleute sind so klug, daß sie an den Stellen, wo die Auskunst über ihre Einnahmen und Ausgaben geachtet werden soll, einen Strich hinmachen. Sie wollen damit sagen: Was wir einnehmen und ausgeben ist unsere Sache, danach habt Ihr nicht zu fragen. (Heiterkeit.) Auch hier muß Membran eintreten. Vielleicht empfiehlt es sich, in Zukunft diese internen Dinge in einer geheimen Sitzung der Delegierten gründlich durchzugehen.

Grundverfehlt ist es, daß neben der Zentralkasse die Vertrauensleute auch noch für sich so viel übrig behalten, da ja dann unser Bericht kein annäherndes Bild mehr von der Tätigkeit der Partei gibt. Die Vertrauensleute haben nach den eingegangenen Berichten 74 000 M. für sich behalten; außerdem haben sie lediglich für lokale Agitation 115 871 M., für Unterhaltungen — darunter allerdings große Summen für den Hamburger Streik — 88 083 M., für Projekte 12 077 M., für die Presse 10 728 M. verausgabt, so daß nach dem vorliegenden Material die Ausgaben der Vertrauensleute 176 469 M. betragen. Und dabei wird niemand behaupten können, daß die Parteileitung jemals einen Antrag auf Bewilligung von Geldern zu agitatorischen Zwecken abgelehnt hat. Bei den nächsten Wahlen werden ganz gewaltige Anforderungen an die Parteikasse gestellt werden; dort wo wir den Wahlkampf bisher mit Hunderten geführt haben, sind jetzt Tausende nötig; die Gegner machen größere Anstrengungen, und wenn unsere Genossen erst einmal im Wahlkampf stehen, so kann es wieder vorkommen, daß uns für einen einzigen Vortrag 50 Mark in Rechnung gesetzt werden.

Unter allen Umständen hat jeder Parteilort die Pflicht, alles nur irgend wie verfügbare Geld der Zentralkasse zu übersenden. Dort wird die Verteilung vorgenommen werden und kein Anlaß zu Klagen wird vorkommen. Wir alle wissen, was auf dem Spiele steht bei den nächsten Wahlen. Sorgen Sie dafür, daß der Parteilassier nicht bloß um Geld antelegographisch und nachts um 2 Uhr aus dem Bett geholt wird, er solle nur rasch Geld schicken (Heiterkeit), sondern senden Sie Geld nach der Zentralkasse, damit von dort aus der besuchende Goldregen ins Land geht und die Agitation kräftig gefördert wird. Dann werden wir alle mit dem Diesseits der nächsten Reichstagswahlen zufrieden sein. (Bravo!)

Meißner-Gannover erstattet im Anschluß daran den Bericht der Kontrollkommission. (Punkt 2 der Tagesordnung.) Bezüglich der Kassenführung der Parteileitung liegt kein Anlaß zu einem Monitum vor. Auch die Kassenführung der Buchhaltungsvorwärts war stets prompt und exakt; wir können den dort angestellten Parteigenossen nur unseren Dank und unsere Anerkennung ausdrücken. Ich beantrage, der gesamten Parteileitung Beachtung zu ertheilen.

Die Diskussion über die beiden ersten Punkte der Tagesordnung erstreckt sich zunächst auf die Gruppe: Allgemeines, Agitation und Wahlen. Dabei werden die bezüglichen Anträge mit verhandelt. Die Begründung der Anträge soll im Laufe der Diskussion erfolgen.

Sahn-Sternberg: Der Punkt Agitation wird bei den bevorstehenden Reichstagswahlen für uns von ganz besonderer Bedeutung sein. Das wird vornehmlich auch in den ländlichen Bezirken der Fall sein. Deshalb bitte ich den Parteitag, dem Antrag 87 der Genossen von Galbe-Acherleben Beachtung zu schenken, da die Erörterung der Agrarfrage in letzter Zeit etwas ins Stocken gerathen ist. Die Agitation in den ländlichen Kreisen ist etwas schwerfällig. Es wird vielfach Klage geführt über die Auswahl der Redner, die aus Berlin in die ländlichen Kreise geschickt werden, die mit den ländlichen Verhältnissen nicht vertraut sind und mit dem Landmann nicht zu reden verstehen. Eine gute Auslese ist hier durchaus nötig. Ich bitte Sie, die bezüglichen Anträge anzunehmen.

Greiner-Mecklenburg: Unser Antrag auf Aufnahme der Abschaffung der Gesinde-Ordnung in die Agitation ist für unseren zum größten Teil ländlichen Wahlkreis nur Bedürfnis; wir dürfen diesen Punkt von der Tagesordnung nicht verschwinden lassen. Wir haben unseren Kreis bei der vorletzten Wahl erkämpft und unser Kandidat hat damals Versprechungen gemacht, an die er jetzt von seinen Wählern erinnert wird. Wenn auch Genosse Pannschuch uns wenig Hoffnung gegeben hat, so ist es doch notwendig, die Frage sorgfältig lebendig zu halten, nicht nur in der mündlichen Agitation, sondern auch in der Presse. Die abschließenden Zustände unter der Gesinde-Ordnung müssen durch Mitteilung einzelner Fälle mehr als bisher in der Öffentlichkeit gekennzeichnet werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich bitten, in Zukunft nicht, wie es diesmal geschehen ist, in dem Bericht der Parteileitung bei der Abrechnung über die für bestimmte Zwecke geleisteten Beiträge einzelne Orte besonders hervorzuheben, andere dagegen, die ihren Kräften entsprechend ebenfalls beigetragen haben, gar nicht zu nennen. So ist zum Beispiel unter den Beiträgen für den Hamburger Streik Halberstadt seit gedruckt, Acherleben dagegen gar nicht erwähnt. Sie wissen ja, wie die Gegner mit Verdächtigungen bei der Hand sind, wo wohl das Geld geblieben ist. Also entweder alle nennen oder gar keinen.

\*) Dieselben finden sich bei der Abstimmung mit den im Texte bezeichneten Nummern angeführt.

Meißner-Magdeburg: Der Antrag 88 ist veranlaßt durch den Gedanken, daß eine einheitliche Agitation für die Arbeiterschaft am 1. Mai und für den Reichstagswahltag entfallen werden muß.

Kohl-Karlruhe: Obwohl die sozialdemokratische Partei an Agitationsstoff keinen Mangel hat, haben wir uns doch erlaubt, die Erörterung der Eisenbahnerreform anzuregen. Die Kontrolle der Verwendung der Ueberschüsse, die der Eisenbahnstaat macht, durch die Volksvertretung, reicht nicht aus. Ferner muß die Verbilligung und Vereinfachung des Personalstatutes gefordert werden. Redner sieht in der Eisenbahnerreform ein Agitationsmittel von ungeheurer Bedeutung.

Kuer: Ueber die Anträge will ich kein Wort verlieren. Der Beweis, ob sie, wenn sie angenommen werden, auch ausgeführt werden können, wird beim nächsten Parteitag erst zu liefern sein. Alle diese Anträge enthalten nichts Neues. Da wir eine Agitationspartei sind, so wird immer nach der einen oder anderen Richtung agitiert werden. Die bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen geben uns ein ergiebiges Agitationsfeld. Bemerkenswert ist nur noch, daß es mir bedenklich erscheint, wenn wir uns auf das Gebiet der Eisenbahnerreform begeben wollten, zumal doch von einer genügenden Sachausbildung bei den allerwenigsten von uns die Rede sein kann. (Heiterkeit und Zustimmung.) Zum Wort habe ich mich nur wegen des Antrags 42 aus Breslau, der die periodische Veröffentlichung des Verzeichnisses der Adressen sämtlicher Vertrauensleute im „Vorwärts“ verlangt. Ich möchte Sie dringend bitten, von der Annahme dieses Antrages abzusehen. (Sehr richtig!) Ich will nicht davon reden, daß wir mit einer solchen Liste tatsächlich ein Prospektionsverzeichnis (Sehr richtig!) unserer Vertrauensleute schaffen würden — auch praktische Gründe sprechen gegen den Antrag. Er würde seinen Zweck gar nicht erreichen. Es hapert mit der Nützlichkeit der Vertrauensmänner-Adressen. Vielleicht hilft die Strafpredigt, die wir heute gehört haben die und da, aber eine sichere Liste läßt sich gar nicht aufstellen, da unter den Vertrauensleuten ein beständiger Wechsel stattfindet. Wenn die Liste in die Hand der Interessenten käme, wäre sie schon lange nicht mehr richtig. Es gibt aber ein sehr billiges Auskunftsmittel. Wenn die Parteigenossen die Adresse des Vertrauensmannes an irgend einem Orte erfahren wollen, so brauchen sie sich nur bei der geschäftsführenden Stelle nach der Adresse zu erkundigen. Dann wird dem Bedürfnis abgeholfen. Wenn unsere Genossen auch manchmal nicht die Adressen der Vertrauensmänner der Nachbarschaft kennen, so werden sie doch wohl die Adressen des Parteivorstandes wissen. (Heiterkeit.)

Goffmann-Berlin: Den Antrag 87 empfehle auch ich dringend. Ganz haarsträubende Dinge werden in der Presse mitgeteilt, trotzdem heißt es in dem Bericht der Parteileitung: Ein besonderer Anlaß, eine gegen die Gesinde-Ordnungen gerichtete Agitation zu entfalten, lag nicht vor. Ich meine, so lange Sozialdemokratie und Gesinde-Ordnung existiert, lag jedesmal ein Anlaß vor. Dann betrifft der Buchhandlungsvorwärts. Es wird immer gesagt, daß sie nicht so geht, wie wir es zu erwarten haben. Diesmal ist in dem Bericht auch von einer Privatpekulation literarischer Freibeuter die Rede, die in sogenannter Parteiliteratur nach dem Grundzüge: Billig und schlecht abzieht. In letzter Zeit ist es Sitte geworden, bei Erscheinen eines neuen Katalogs der Buchhandlung Vorwärts zu sagen, daß das die Nichtschmar sein soll für das, was die Genossen für ihre Fortbildung lesen sollen. Leider wird aber für diejenigen nicht geforgt, die erst Genossen werden sollen; man muß den Trieb in Arbeiterkreisen, eigene Gedanken zu Papier zu bringen, unterstützen, statt ihn niederschlagen. Wir werden beim Punkt Presse darauf noch kommen. Aber ein ist notwendig: Solange in dem Katalog auch Schriften aus einem anderen Verlage aufgenommen werden, muß irgend eine Kommission oder der Parteivorstand die Entscheidung darüber haben, was in den Katalog hineinkommt und was nicht; es darf aber nicht eine einzelne Person über Zulassung oder Abweisung entscheiden. Ich könnte Fälle anführen, wo eine Schrift in den Katalog aufgenommen war mit dem Vermerk: „bestens empfohlen für die Landagitation“, die dann nach kurzer Zeit aus dem Katalog verschwand, wo von Schundliteratur die Rede war, und diejenigen, die diesen Ausdruck brauchen, dieselbe „Schundliteratur“ ohne Namensnennung des Verfassers in ihrem Blatt nachdrucken, ja ohne den Verfasser um Erlaubnis zu fragen, sie in fremde Sprachen übersetzen und herausgeben. Da muß doch eine Instanz sein; sonst haben wir eine Zensurbehörde, die den Genossen diktiert, was sie zu lesen haben und was nicht.

Goch-Hannau: In dem Geschäftsbericht vermissen ich, was die Parteileitung gethan hat, um den Antrag des Breslauer Parteilagages in Sachen der Agrarfrage — Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands — auszuführen. Auf die lange Bank darf die Sache unter keinen Umständen geschoben werden. Hat es sich herausgestellt, daß es auf dem Wege, den der Breslauer Parteitag beschlossen hat, nicht weiter geht, werden wir einen anderen Weg ausfinden müssen. Wird keine befriedigende Auskunft erteilt, so werde ich beantragen, die Parteileitung zu beauftragen, durch geeignete Genossen einen agrarischen Programm-Entwurf auszuarbeiten und mit Erläuterungen versehen zu lassen, diesen bald zu veröffentlichen und auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu legen. Etwas muß jedenfalls geschehen. Der Antrag 42 ist unausführbar.

Grubis-Breslau: Von den Gründen, die Auer gegen unseren Antrag bezüglich der Veröffentlichung der Adressen der Vertrauenspersonen vorgebracht hat, könnte ich höchstens den einen als stichhaltig ansehen, den er aus dem schnellen Wechsel der Personen hergeleitet hat. Eine Prospektionsliste braucht aus der Veröffentlichung der Adressen nicht zu werden. Es muß der Anlaß beseitigt werden, daß zweifelhaftes Elemente, die auf irgend welche Art, sogar durch Diebstahl, sich in den Besitz von Legitimationspapieren gesetzt haben, sich an Vertrauenspersonen herandrängen. Erst Auskunft von der Parteileitung in Hamburg zu holen, würde nicht nützen, da sie in Irat kommen würde, um die Parteigenossen in den einzelnen Orten vor Schäden zu bewahren. Unseren Antrag, der die Anwendung größerer Mittel für die Agitation im ober-schlesischen Industriegebiet verlangt, bitte ich ebenfalls anzunehmen. Für Ober-schlesien kann man schon eine Ausnahme machen, weil es so ganz abnorme Verhältnisse sind. Wir denken ja nicht daran, daß Tausende angewendet werden, aber es muß dafür gesorgt werden, die schwierige Personenfrage zu lösen. Wir müssen Genossen für die Agitation haben, die deutsch und polnisch sprechen.

Morawski-Berlin: Noch viel mehr als für die Agitation auf dem Lande ist es für die Agitation in den polnischen Bezirken notwendig, daß geeignete Kräfte ausgesucht werden. Die Art der Germanisationspolitik der Regierung agitiert für uns in guter Weise; wir brauchen das und haben schon gute Erfolge erzielt. Da ist es aber notwendig, daß die Redner, die die Agitation dort führen, beide Sprachen vollständig beherrschen. Ich hoffe, daß Sie den Antrag 41 annehmen. Es hat verheißt, daß man Kandidaten ausgesucht hat, die die Sprache der Bevölkerung nicht verstehen. Das Zentrum geht darin anders vor.

Reichling-Bremen empfiehlt den Antrag 88. Die Genossen sind nicht in Kunde, die doch so außerordentlich wichtige Plottenfrage in der Agitation sachverständig zu behandeln und die Arbeiter auf dem Lande auszuklären. Aus diesem Grunde ist die Herausgabe eines besonderen Flugblattes wünschenswert.

Wacker-Hamburg: Es muß viel mehr als bisher von den Paraderfern der Partei, Liebknecht, Bebel, Auer, agitiert werden. Früher, als die Partei noch klein war, hat unser verstorbenen Hafenclever ganz anders agitiert; jetzt wollen sie aber nicht in die kleinen Städte gehen. Auch ich möchte die Parteileitung ersuchen, in ihrem Bericht über die Streikbeiträge etwas objektiver zu verfahren. Hamburg und Umgebung hat 17 000 für den Hamburger Streik gegeben, Bismarck allein 3000, trotzdem ist es in der Aufzählung der Orte vollständig übergangen.

Vaudert-Hpolda: Eine planmäßige Agitation für Abschaffung der Gesinde-Ordnungen ist gerade jetzt ein dringendes Bedürfnis. Diese Frage wird die Parlamente in der nächsten Zeit zweifellos beschäftigen; es werden vielleicht Vorlagen sogar auf

Verschärfung der Gesinde-Ordnung kommen, und wir könnten dieselben Erfahrungen machen, wie mit der Vereinsverlage.

Windhoff-Düsseldorf empfiehlt den Antrag 82, der den Gedanken des Antrages 29 wiederholt und nur hinzusetzt, daß das parlamentarische Nachschlagebuch zum Selbstkostenpreis abgegeben werden soll. Die Vorwärts-Buchhandlung verdient nämlich ein ungeheures Geld an den Broschüren. (Heiterkeit.) Die Preise der Broschüren müssen so billig gestellt sein, daß auch die schlecht gestellten Wahlkreise sie kaufen und verbreiten können. Redner wendet sich gegen den Antrag auf Veröffentlichung der Vertrauensmänner-Adressen.

Waker-Hamburg begrüßt den Antrag 87. Gerade in Mecklenburg ist die Gesinde-Ordnung außerordentlich rückständig. Ohne gerichtliches Verfahren werden dem Dienstherrn dort Geld- und Haftstrafen auferlegt. Der Antrag 42 muß abgelehnt werden; für Mecklenburg wäre seine Annahme geradezu verhängnisvoll. Nach Mecklenburgischem Recht darf kein politischer Verein gegründet werden; aus der Liste würde sofort die Existenz eines solchen Vereins gefolgert werden.

Zubeil: Wenn wir in eine Agitation gegen die Gesinde-Ordnungen eintreten wollen, müssen wir sie zunächst kennen. Ich habe deshalb die Bitte an den Parteivorstand, daß er eine Zusammenstellung der Gesinde-Ordnungen Deutschlands heraufgibt und unseren Agitatoren zur Verfügung stellt. Redner bekämpft den Antrag 42. Vor unläuteren Elementen kann sofort im „Vorwärts“ gewarnt werden. Das parlamentarische Handbuch, das der Antrag 82 fordert, ist notwendig. Eine große Partei, wie die unsere, kann alle zwei Jahre ein eigenes Handbuch herausgeben.

Tr. Winter-Königsballe: Nach den Ausführungen des Genossen Morawski könnte es den Anschein haben, als ob in Ober-schlesien ein heftiger Streit zwischen polnischen und deutschen Sozialdemokraten entzündet ist. Das ist nicht der Fall, der ganze Streit datiert seit Pfingsten. In sechs aufeinander folgenden Nummern der „Gazeta Robotnicza“ wurden die deutschen Genossen verächtlich, ich selbst wurde als Spion und Spigel hingestellt. (Hört! Hört!) Ich habe nichts gegen diese Verächtigungen gesagt, einmal weil die „Gazeta Robotnicza“ ein unbedeutendes Blatt ist und sodann weil ich eine öffentliche Auseinandersetzung mit Morawski nicht wünschte. Ich habe an den Parteivorstand die Bitte gerichtet, die Sache beizulegen. Das ist auch geschehen, aber Morawski hat sich nicht daran gehalten. Daß die Agitation in Ober-schlesien nur von Polen betrieben wird, ist nicht nötig, selbstverständlich brauchen wir auch polnische Agitatoren, aber alle hervorragenden Parteigenossen sind dort fast ausnahmslos Deutsche.

Schade-Galle: Das sozialpolitische Handbuch von Dr. Lutz ist veraltet und enthält auch sehr viel Müll. Es empfiehlt sich daher Antrag 29. Ueber der Landagitation darf die Agitation in den Städten, in den Industriebezirken nicht vernachlässigt werden. Wir sind in den Städten zu vertrauensselig geworden (Sehr richtig), und die Städte geben bei den Wahlen doch den Ausschlag. Antrag 76 sollte angenommen werden. Mar-belt über die 170000 Plottenpläne besteht noch nicht. Bis zu den Wahlen dürfen wir nicht warten.

Kohls-Essen: Antrag 42 ist vollkommen unannehmbar. Das wäre ein Tritter für unsere Gegner. Unsere Vertrauensmänner würden sofort gemohregelt und aus ihren Wohnungen getrieben werden im Königreich Krump. — Redner beklagt sich, daß Bebel und Auer nicht nach Essen gekommen seien, um dort Versammlungen abzuhalten.

Franz Eichhorn-Dresden: Die Redner, die aufs Land gehen, müssen wissen, mit welchen Verhältnissen sie zu rechnen haben. Wenn besonders gilt das auch von der Gesinde-Ordnung. Daher ersuche ich um Zustimmung zu dem bezüglichen Antrage.

Meißner-Berlin: Ein großer Teil der Genossen ist durch Berufsgeschäfte verhindert, sich stets auf dem Laufenden über die parlamentarischen Verhandlungen der ganzen Legislaturperiode zu halten. Darum rechne ich auf Annahme des Antrages auf Herausgabe eines parlamentarischen Handbuchs.

Ihm möchten in einem Anhang die Beschlüsse unserer Partei, die Aufnahme, die sie bei den anderen Parteien gefunden, und die wesentlichsten Ergebnisse der Diskussion darüber besonders beigelegt werden. So würde es einen großen praktischen Werth haben.

Somit schließt die Vormittags-Sitzung um 1 Uhr.

Die gestern eingebrachte Sympathieunterstützung für die englischen Maschinenbauer ist in folgender Form vom Bureau telegraphisch übermittelt worden:

Der in Hamburg versammelte Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands entsendet den am den Reichstagswahltag im polnischen Maschinenbauern Englands seinen brüderlichen Gruß.

Die Sozialdemokratie Deutschlands blickt mit Stolz auf die unsterbliche gewerkschaftliche Organisation, mit der die Arbeiter des Maschinenbaues in England der starken Koalition ihres Unternehmertums entgegenzutreten wissen. Mit Genugthuung begrüßt der Parteitag die Thatfache, daß zum ersten Male gewerkschaftlich organisierte Arbeiter eines ganzen Gewerbes im kapitalistischen Musterlande England den Reichstagswahltag als Kampfpapale ausgegeben haben.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands versichert deshalb die englischen Maschinenbau-Arbeiter seiner warmen Sympathie. Er betrachtet es als eine Pflicht der internationalen Sozialdemokratie, die englischen Maschinenbauer, als Vorkämpfer des Reichstagswahltag, mit aller Kraft nicht nur moralisch, sondern auch materiell zu unterstützen, und vor allem dafür zu wirken, daß vom Festlande Europas und namentlich von Deutschland, während der Dauer des Streiks keine Metallarbeiter sich nach England begeben.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wünscht den Maschinenbauern Englands baldigen und vollständigen Erfolg in ihrem für die Arbeiter aller Länder bedeutsamen Kampfe.

Im Namen des Parteitages: Paul Singer.

Nachmittags-Sitzung.

5 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Eingegangen ist ein Begrüßungs-Telegramm der Hafensarbeiter und Seelente Hamburgs, die gleichzeitig den Dank aussprechen für die Solidarität und Unterstützung der Genossen während des Streiks 1898/97.

Der Eintritt in die Tagesordnung erachtet

Vronz den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 218 Mandate von 183 Delegierten eingereicht. Davon konnten ohne weiteres 204 Mandate von 175 Delegierten als vollkommen richtig festgestellt betrachtet werden.

Diese von der Kommission nicht beanstandeten Mandate werden debattellos für gültig erklärt.

Vronz: Das Mandat von Schmalzfeld ist wahrscheinlich vom geschäftsführenden Ausschuss vernichtet. Da Genosse Pannschuch bestätigt, daß es richtig festgestellt war, so beantragt die Kommission die Gültigkeitserklärung.

Der Antrag wird ebenfalls ohne Debatte angenommen.

Vronz: Genosse Gerlach-Halberstadt für Wanzleben und Frau Greifenberg für Berlin haben ihre Mandate nicht mitgebracht. Die Kommission beantragt, daß diese Mandate, bis sie eingeliefert sind, nicht ausgeübt werden dürfen.

Singer: Es giebt noch einen anderen Ausweg. Wir können doch anfragen, ob einer der Delegierten befähigt kann, das Gerlach als Delegierter gewählt ist.

Nachdem Vronz-Büchel bekräftigt hat, daß Gerlach ordnungsmäßig gewählt ist und nachdem Singer dieselbe Erklärung für Frau Greifenberg abgegeben hat, werden beide Mandate für gültig erklärt.

Vronz: Das Mandat von Remplens (Mühlheim a. Rh.) ist mit dem Stempel des Vertrauensmannes versehen, trägt aber keine Unterschrift. Genosse Glitsch aus Köln bestätigt, daß Remplens rechtmäßig gewählt ist. Die Kommission beantragt, auch dies Mandat für ungültig zu erklären und den Genossen zu beantragen, sich ein gültiges Mandat zu verschaffen. Wir sind zu diesem Beschluß gekommen, weil wir wollen, daß bei

der Ausstellung der Mandate ordnungsmäßig verfahren wird. Ich überlasse es aber dem Vorsitzenden, einen Antrag zu stellen. (Weiterkeit.)

**Singer:** Dazu habe ich keine Veranlassung. Ich stelle den Antrag der Kommission zur Debatte.

**Silberbach:** Adin bittet, das Mandat für gültig zu erklären, da Kempfens ordnungsmäßig gewählt sei. Morgen werde eine Bescheinigung, die telegraphisch nachgekauft sei, vorliegen.

**Pannkuch** teilt mit, daß Kempfens ordnungsmäßig als Delegierter bei der Parteileitung angemeldet sei.

Darauf wird das Mandat für gültig erklärt.

**Kron:** Genosse Thiele hat neben einem einwandfreien Mandat für den X. württembergischen Kreis auch ein solches vom Vorstand des sozialdemokratischen Vereins in Rannstadt. Mit Rücksicht auf den Breslauer Beschluß, in Zukunft die Delegierten nicht mehr in Vereinsversammlungen zu wählen, beantragt die Kommission, dies Mandat für ungültig zu erklären.

Der Parteitag schließt sich dem Antrage an.

**Kron:** Weiter sind zwei Proteste eingelaufen. Der eine, von Langenberg aus Solingen, ist, um die Einigkeit nicht zu stören, zurückgezogen. (Bravo!) Der zweite Protest bezieht sich auf die Wahl von Ordnewald (Münster), der in einer ziemlich stürmischen Versammlung mit 35 Stimmen gegen 92 gewählt ist. Sein Gegenkandidat hat vier Tage später dagegen Protest erhoben und erklärt, es seien 78 Zettel abgegeben, von denen 11 unbeschrieben waren, während in der Versammlung nur 69 Personen anwesend waren. Der Vertrauensmann des Kreises erklärt, es sei möglich, daß einige weiße Zettel vom Tisch genommen sind; es seien aber nicht mehr Zettel abgegeben, als Personen da waren. Uebrigens hätte der Einsender des Protestes sofort Protest erhoben müssen, da er ja selbst mitgewählt habe. Da es jetzt nicht mehr möglich ist, zu konstatieren, wer Recht gehabt hat, beantragt die Kommission, über den Protest zur Tagesordnung überzugehen.

**Ordnewald-Münster:** Ich schließe mich dem Antrage an. (Weiterkeit.)

Der Antrag wird angenommen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten und in der Debatte über Punkt I und II fortgefahren.

Antrag 86 wird mit zur Diskussion gestellt. Bei Antrag 87 reicht die Unterstützung nicht aus.

**Partei-Übers:** Antrag 87 ist ein alter Bekannter des Parteitag. So schrecklich die Zustände sind, die die brutalen Gesinde-Ordnungen besonders auf dem platten Lande mit sich bringen, so halte ich es doch für unrichtig, in der Zeit vor den nächsten Reichstagswahlen den Parteivorstand mit einer solchen Arbeit zu belasten. Die Zeit kann er zu besseren Dingen verwenden. Aber in der Landagitation muß der Kampf gegen die Gesinde-Ordnungen die Hauptrolle spielen. Bei der Landagitation werden von unseren Genossen manche Fehler begangen. Ein Fehler war es, daß die mecklenburgischen Genossen ihren trefflichen Kalender für die Landbevölkerung gerade am 12. September verbreitet haben, einem Tage, wo die ganze ländliche Bevölkerung auf dem Felde und nicht im Heim war. Der praktische Landagitor muß sich sagen: es genügt nicht, die Schriften nur niederzulegen, ich muß mit dem ländlichen Arbeiter in Verbindung kommen. Das gesprochene Wort wirkt am meisten. Deshalb ist besonders der Winter für die Landagitation geeignet.

Den Antrag 42 halte ich für gänzlich verfehlt.

**Willers-Kirchhilde:** Auch ich erlaube um Ablehnung des Antrags auf Veröffentlichung der Namen der Vertrauenspersonen. Ebenso halte ich den Antrag bezüglich der Gesinde-Ordnung für verfehlt. Es fehlt meiner Ansicht vorläufig noch an geeigneten Kräften in der Partei für die Agitation auf diesem Gebiete. Das gleiche gilt von der Materie der Versicherungs-Gesetzgebung. Es muß da mehr Aufklärung geschaffen werden. Die Parteileitung kann nicht alles machen.

**Gerlach-Wangleben:** Daß der Antrag, betreffend die Abschaffung der Gesinde-Ordnung, immer wieder und wieder eingebracht wird, beweist, wie notwendig seine Annahme ist. Wir sollten ihn nicht wie bisher der Parteileitung zur Berücksichtigung überweisen, sondern ihr einen direkten Auftrag geben. Eine Zusammenfassung der durch die Presse bekannt gewordenen traurigen Fälle aus dem Gebiete der Gesinde-Ordnung in einer Broschüre würde sehr wirksam sein; daher empfehle ich auch den Antrag 86. Nur möchte ich gleichzeitig die Genossen ersuchen, das ihnen bekannt werdende Material dem Parteivorstand mitzutheilen. Einen guten Eindruck auf die Landarbeiter würde eine scharfe Betonung der Programmforderung von der Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel machen.

**Thiele-Halle** empfiehlt Antrag 86 und rät den Redakteuren der Provinzpresse, alle Gerichtsverhandlungen, die das ländliche und hässliche Gesinde betreffen und die in den kleinen Blättern enthalten sind, auszuschneiden und zu sammeln. Dann kann dem Vorstand sehr reichliches Material geliefert werden.

**Grotz-Schwerin:** Wir haben uns sehr genau überlegt, an welchem Tage wir unsere Landblätter verbreiten sollten. Es giebt keinen Sonntag im Jahre, wo man alle Landarbeiter zu Hause antreffen kann. Wir haben den Sonntag im September gewählt, weil wir mit der Verbreitung des Kalenders eine Sammlung von Abonnenten für unser Partei-Organ verbinden wollten. Deshalb mußte ein Sonntag vor dem neuen Quartal gewählt werden und zwar im Monat September, denn für das Winterhalbjahr werden hauptsächlich Zeitungen auf dem Lande abonniert. Wir haben sehr guten Erfolg gehabt. Mehrere Hundert neue Abonnenten haben wir in Dörfern bekommen, wo wir vorher keine einzigen hatten. (Bravo!)

**Zu Antrag 86** stelle ich das Amendement, die Behandlung der ländlichen Arbeiter" hinzuzufügen. Ein großer Teil der ländlichen Arbeiter steht nicht unter dem Gesinderecht, wird aber denselben Vorkämpen wie das Gesinde. In Mecklenburg haben wir eine Verordnung über die Bekleidung des Gesindes, die als eine schwere Strafe empfunden wird. Es heißt darin: Wenn das Gesinde oder der Tagelöhner einen Befehl nicht erfüllt, so kann über sie eine Geld- oder Haftstrafe verhängt werden, ohne daß hiergegen eine Berufung an das Gericht zulässig ist. Wir haben also noch den polizeilichen Patriarchalismus von früher! Also auch Material über die Behandlung des ländlichen Arbeiters muß gesammelt werden.

Damit schließt die Diskussion über die erste Gruppe. Das Schlusswort hat

**Pannkuch:** Der Hamburger Eisenarbeiter-Streit hat der organischen Presse Anlaß zu der Erörterung gegeben, es bestie darüber eine große Meinungsverschiedenheit in der Partei und es werde auf dem Parteitage zu einer stürmischen Debatte über die Unterstützung des Streits kommen. Wir haben das ignoriert und die heutige Debatte hat bewiesen, daß eine volle Einigkeit unter den Genossen in ganz Deutschland besteht. Eine Rennung sämtlicher Einzelziffern war aus geschäftlichen Gründen nicht angängig. Zum Antrag 42 will ich nur den Hinweis, den Verhins zu Gunsten des Antrages machte, zurückweisen. Wenn die Vertrauensmänner die Geschäftsführung in den einzelnen Orten so handhaben, wie es sich gehört, ist eine Gerandrängung zweifelhafter Elemente und eine Ausplünderung der Partei ganz unmöglich. Es wird aber vielfach mit der Gewährung von Unterstützungen und dazu noch Empfehlungsschreiben an andere Vertrauensmänner ein Unfug getrieben. Die Parteigenossen, die ein Recht auf Unterstützung durch die Partei haben, wissen, wohin sie sich zu wenden haben, und von Seiten der Parteileitung wird die Unterstützung ihnen auch stets in so ausreichendem Maße gegeben, daß sie die Vertrauensmänner an den einzelnen Orten nicht anzugehen brauchen. Damit muß ein Ende gemacht werden, daß Leute, die nicht zu uns gehören, für ihre anderen privaten Zwecke, Freizeiterlei, Naturheilkunde, und dergl. unsere Organisation benutzen und Geld herausgeschlagen; dazu sind wir nicht da.

Was Genosse Hoch bezüglich der Agrarfrage wünscht, ist in der Ausführung begriffen. Der Beschluß des Breslauer Parteitag, geeignete Genossen mit der Verarbeitung des Materials zu betrauen,

ist in die Wege geleitet. Die betreffenden Genossen sind bei der Arbeit; daß sie noch nicht zum Abschluß gekommen ist, liegt in der Behandlung der Materie selbst; das läßt sich nicht ändern. Je gründlicher die Studien gemacht werden, um so weniger Enttäuschungen haben wir in der Zukunft zu erleben.

Was den Antrag 87 betrifft, so hat die Brandenburger Agitationskommission das Material zu Agitationszwecken gesammelt und Exemplare zur Verfügung. Ferner hat Genosse Stadhagen eine solche Agitationschrift in Arbeit; das Werk wird demnächst erscheinen, es ist also möglich, daß Sie diesen Antrag annehmen. Auch mit der Herstellung eines parlamentarischen Handbuchs hat die Parteileitung bereits einen Genossen betraut, das Buch wird aber nicht unmittelbar im Anschluß an den Parteitag erscheinen können. Deshalb wird es sehr gut sein, wenn zunächst gewissermaßen als Vorkäufler dazu die Wobelsche Broschüre neu herausgegeben wird. Der Antrag betr. Anwendung von Mitteln für die Agitation in Oberschlesien sollte zurückgezogen werden. Früher waren wir der Meinung, daß zur Agitation unter den Polen die Polen am geeignetsten sind, aber wir haben die Erfahrung gemacht, daß dann zu leicht der national-polnische Gedanke in den Vordergrund tritt. Der Genosse Morawsky hat gesagt, wir sollten die durch die Germanisierungsversuche der Gendarmen hervorgerufene Erbitterung benutzen und hier einsehen. Aber die Polonisierung durch die Polen hebt auf derselben Stufe wie die Germanisierung durch die Gendarmen. Die Polen sollten den sozialdemokratischen deutschen Brüdern dank wissen, daß sie ihnen das, was sie an wirtschaftlicher Erkenntnis besitzen, zu eigen zu machen suchen, selbst wenn die polnische Sprache einmal nicht die genügende Berücksichtigung findet. Wir wissen, daß das deutsch-redende Element auch in den polnischen Bezirken das intelligentere ist, und wenn die höhere Intelligenz der deutschen Genossen in den polnischen Distrikten befruchtend auf die polnischen Genossen wirkt, so muß dies dankbar anerkannt werden. Es ist mit Zustimmung der polnischen Genossen ein Einverständnis über die Ausstellung von Kandidaten in den polnischen Bezirken herbeigeführt. Deshalb ist es uns nicht verständlich, daß jetzt wieder auf Umwegen diese Verabredung aufgehoben werden soll. Das geht nicht an. Wenn Parteigenossen eine Verabredung getroffen haben, so heißt es: Ein Mann, ein Wort! Und wer das bricht, der hat nicht mehr die Anwartschaft, im Namen der Sozialdemokratie die Solidarität der deutschen Sozialdemokraten anzupreisen. Wir sind froh, daß wir nicht die Sprachenverwirrung haben, wie unsere Genossen in Oesterreich, wir kennen keine polnischen Genossen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie.

Gegen den Antrag 88 ist folgendes zu sagen. Das Flugblatt anzuarbeiten ist das Wichtigste, aber das Material muß doch erst vorliegen. Das Marins-Kabinett ist doch nicht so gefällig, uns vor allen anderen Sterblichen seine Pläne zur Kenntnis zu bringen. Liegen die Pläne vor, so wird bei unserer Wahl-agitation genug davon die Rede sein. Nur der Antrag 86 verdient Beachtung. Freilich, wenn hier beschlossen wird, das Material einzusenden, so haben wir noch keine Sicherheit, daß es geschieht, wenn der Vorstand nicht selber etwas dafür thut. Für die Provinz Hannover ist genügend für Agitation gesorgt worden. Der Label Baerer's war daher nicht berechtigt. (Beifall.)

Annahme wird über die zu diesem Teil gestellten Anträge abgestimmt.

(Privatdepeschen des „Vorwärts“.)

Es wird hierauf über den Antrag der ersten Gruppe abgestimmt. Zuerst werden die Anträge von Lindhoff-Düsseldorf und der Parteigenossen in Danzig und Elberfeld erledigt; dieselben lauten:

**82.** Der Parteitag möge den Ausschuss oder die Fraktion beauftragen, angefaunt ein parlamentarischer Hand- und Nachschlagebuch für die in der Agitation thätigen Genossen zum Selbstkostenpreis herzustellen.

**83.** Die Parteileitung zu beauftragen, ein politisch-parlamentarisches Handbuch zur besonderen Benutzung bei der bevorstehenden Reichstags-Wahl herauszugeben.

Die Anträge werden für erledigt erklärt, da der Parteitag von der Mitteilung der Parteileitung Kenntnis nimmt, daß ein parlamentarischer Handbuch für unsere Partei ausgearbeitet wird.

Ausgesagt bis nach der Diskussion über die Mailer wird die Abstimmung über den Antrag der Magdeburger Genossen:

**36.** „Zu geeigneter Zeit hat im Jahre 1898 eine allgemeine, einheitlich geregelte und umfassende Agitation für das ganze Deutsche Reich zu beginnen. Diefelbe hat den Zweck zu erfüllen, folgenden Forderungen mehr Nachdruck zu verschaffen: 1. Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden; 2. gesetzliche Festlegung dieses Arbeitstages; 3. Arbeitsruhe am 1. Mai.

Die vorbereitenden Schritte zu dieser Agitation sind dem Parteivorstand zu überlassen.“

In folgender Fassung wird der Antrag 37 der Parteigenossen in Calbe-Ascherleben angenommen:

„Der Parteitag möge den geschäftsführenden Ausschuss beauftragen, im Laufe des nächsten Jahres eine planmäßige Agitation im ganzen Lande und besonders unter den ländlichen Arbeitern für Abschaffung der Gesinde-Ordnungen und sonstiger Ausnahmeverordnungen, welche die landwirtschaftlichen Arbeiter bedrücken, sowie für Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen in Bewegung zu setzen — ähnlich wie bei der Umstrukturierung — und hiermit gleich die schärfere Betonung der Programmforderung: Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung“ zu verbinden.

Gleichzeitig möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gesinde-Ordnungen sowie der Handhabung derselben, sowie den aus dem heutigen Verste- und Vorkommenweisen auf dem Lande hervorgehenden Missethänden mehr Beachtung widmet und bedeutend mehr Werth beilegt als bisher.“

Angenommen wird ferner der Antrag 86, gestellt von Gerlach, Gaud, Hoffmann u. Gen.:

„Der geschäftsführende Ausschuss wird beauftragt, das Material bezüglich der Behandlung des Gesindes sowie der ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen seitens der Gutbesitzer und Pächter zu sammeln, übersichtlich zu bearbeiten und in Broschürenform herauszugeben.“

Angenommen wird endlich folgender Antrag 75:

„Der Parteivorstand hat nach jedesmaligem Abschluß der Legislaturperiode in Broschürenform einen Bericht über die Verhandlungen des Reichstages analog denen von 1887—1890 und 1890—1893 herauszugeben.“

Abgelehnt werden die folgenden Anträge: der Parteigenossen in Breslau:

**35.** Die Parteileitung hat für die Agitation im ober-schlesischen Industriebezirk größere Mittel aufzuwenden.

**42.** Die Parteileitung stellt ein Verzeichnis der Adressen sämtlicher Vertrauenspersonen her und veröffentlicht dasselbe im „Vorwärts“;

dann der Antrag der Parteigenossen des 10. badischen Reichstags-Wahlkreises:

**62.** Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung der Eisenbahn-Reformfrage ist es notwendig, in Versammlungen und in der Presse dieser Frage mehr Beachtung zu schenken, und daß die Partei bezw. deren Vertreter sich in den Parlamenten mehr für die Frage interessieren; endlich wird noch abgelehnt der Antrag der Parteigenossen in Bremen:

**66.** Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, unversichtlich in die Frage der unentgeltlichen Plattenpolitik behandelndes, zur Massenverbreitung bestimmtes und gratis an die Parteio-Organisationen abzugebendes Flugblatt herauszugeben.“

Darauf wird in den die Presse betreffenden Anträgen übergegangen. Zur Diskussion stehen die folgenden:

**20.** Parteigenossen des 10. badischen Reichstags-Wahlkreises: Die Parteileitung hat die Herausgabe eines täglich erscheinenden Organes in Karlsruhe einer gründlichen Erwägung zu unterziehen und wenn möglich dieselbe erfolgen zu lassen.

**25.** Der Parteigenossen des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises:

1. Den Abonnenten der „Neuen Welt“ ist Titel sowie Inhaltverzeichnis als Gratisbeilage resp. als letzte Nummer des Jahrganges von jetzt ab zu liefern.

**26.** Die Buchhandlung „Vorwärts“ ist zu beauftragen, die Romanwochenchrift „In freien Stunden“ in künstlerischer und technischer Hinsicht zu vervollkommen.

**27.** Parteigenossen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises:

Die im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erscheinende Wochenchrift „In freien Stunden“ ist zu erweitern und in bezug auf Illustrationen zu verbessern.

**28.** Parteigenossen in Halle:

Die Buchhandlung „Vorwärts“ sowie solche Buchhandlungen, welche Material zur Massenverbreitung beschaffen, haben solches einem kleinen Ort, welcher nur ein kleines Quantum bestellen kann, zu demselben niedrigen Preise zu liefern, wie einem großen Ort, welcher größere Posten bestellt, sofern es gratis verbreitet werden soll.

**32.** Genossinnen von Dresden und der Umgebung:

Die Parteileitung möge in aller nächster Zeit eine unentgeltliche Broschüre herausgeben mit besonderer Berücksichtigung der Gesinde-Ordnung.

**33.** Parteigenossen des Reichstags-Wahlkreises Siegnitz-Goldberg-Dannau:

Es ist auf Kosten der Partei wenigstens für die östlichen Provinzen ein Agitations-Kalender herauszugeben.

**34.** Parteigenossen in Harburg:

Die Buchhandlung „Vorwärts“ hat ihre Kataloge an die Parteibuchhandlungen gratis abzugeben.

**64.** Parteigenossen in Solingen:

Die „Bergische Arbeiterstimme“ und die „Solinger Freie Presse“ gehen am 1. November d. J. unter dem Namen „Bergische Arbeiterstimme“ in den Besitz der Gesamtpartei über. Nach der Verschmelzung der beiden Blätter tritt der bisherige Abg. Schwärmer, der von der letzten Kreis-Partei-Versammlung wiederum mit großer Majorität als Kandidat für die demnächstige Legislaturperiode aufgestellt wurde, als Kandidat zurück, und einer später einzuberufenden Kreis-Partei-Versammlung soll die Auffstellung eines Reichstags-Kandidaten vorbehalten bleiben.“

**76.** Genosse Bark in Eilbe:

„Zur Ausstattung unserer Kalender dürfen patriotische Bilder Verwendung nicht haben.“

Antrag 81 von Karl Windhoff in Düsseldorf:

Die Partei-Schriftsteller sind gehalten, bei Freund- oder anderen Dörtern, welche in Schrift und Sprache verschieden sind, die deutsche Aussprache in Parenthese oder Fußnote beizusetzen.

Antrag 83 von Stolten, Mollenbühr, Frohme und Genossen:

Es ist den Redaktionen der Parteiblätter untersagt, den gemeinschaftlichen Bezug von Berichten über Parteitag- und Parlament-verhandlungen zu verhindern.

Antrag 84 gestellt von Kolb, Quark, Meiß, Anrit und Genossen:

Die Parteileitung wird beauftragt, Schritte zu unternehmen, um den im Privatbesitz des Genossen Adolf Gerd dreimal die Woche in Offenburg erscheinenden „Volkstfreund“ in den Besitz der Partei zu überführen und denselben als täglich erscheinendes Organ in Karlsruhe herauszugeben.

Antrag 85 gestellt von Kersten, Seiler, Hoffmann, Gwald:

Beauftragte, die Zusammenstellung des Kataloges „Vorwärts-Buchhandlung“ der Berliner Preßkommission, unter Mitwirkung des Leiters der Buchhandlung, zu übertragen.

Dem Antrage 28 haben sich nachträglich noch die Genossen des Wahlkreises Teltow-Weeslow-Storkow angeschlossen.

Der Antrag 20 wird zu Gunsten des Antrages 84 zurückgezogen. Nachdem einige weitere Anträge die geschäftsordnungsmäßige Unterstüßung gefunden haben, wird in die Diskussion eingetreten.

**Kolb-Karlruhe:** Wir haben unseren Antrag auf Verringerung der Preiskonten in Karlsruhe wieder eingebracht, obwohl derselbe früher abgelehnt wurde. Es handelt sich doch nicht um eine Neugründung, sondern um eine Verbesserung. Sobald das Blatt in den Besitz der Partei übergeht, wird es auch florieren. Dazu kommt, daß die Versandverhältnisse jetzt noch schlechter sind als früher. Wir dürfen nicht mehr alle Zeitungen in einem gemeinsamen Paket versenden, weil die Post dies als eine Uebertretung der Postvorschriften ansieht und die Gerichte gegen uns entschieden haben. Der Prozeß kostete uns außer den Prozeßgebühren über 6000 M. Jetzt geht der Versand viel schwerer vor sich. An Orten, wo 2000 Stimmen für uns abgegeben sind, haben wir nur zwei Abonnenten! So kann es nicht weiter gehen! Wir kommen seit einigen Jahren nicht mehr aus den Wahlen heraus und dabei sollen wir mit einem dreimal wöchentlich erscheinenden Blatte auskommen, das sich aber ein so weites Gebiet erstreckt. Tragen Sie endlich den Wünschen der badischen Genossen in bezug auf ihre Preisverhältnisse Rechnung und nehmen Sie unseren Antrag an!

**Hoffmann-Berlin IV:** Die Kritik in unseren Blättern kann scharf und sachlich sein, aber sie darf nicht persönlich werden. Leider ist es in den letzten Jahren nicht immer so gehalten worden, es stehen auch in den Broschüren, die von der Partei herausgegeben sind, manche Sachen, die eine scharfe Kritik wohl verdienen würden. Was Antrag 26 und 27 betrifft, so ist die Mißstimmung gegen die „Freien Stunden“ in weiten Kreisen verbreitet. Es heißt vielfach, es sei besser, sie würden eingehen, besser würden sie doch nicht. Ich will das Kind nicht mit dem Bade ausschütten; ich erwähne es nur, um zu zeigen, daß Dinge, die von maßgebender Stelle ausgehen, auch scharf getadelt werden. Der Antrag 76 betrifft den Neuen Welt-Kalender. Alle die, die mit den Käufern des Kalenders direkt in Verbindung stehen, wissen, welche Äußerungen man zu hören bekommt. Nachdem wir fast gestiftet sind mit Zeugniserklärungen, haben wir nicht nötig, daß solche Dinge in unser Blatt kommen. Vergeblich sind die Entschuldigungen, daß hierbei nur Fragen der Kunst in Betracht gekommen seien. Im Einverständnis mit den Antragstellern erkläre ich, daß wir Antrag 86 so fassen, daß nicht die Preßkommission, sondern eine Kommission (Schlichtweg mit dieser Aufgabe betraut wird. In diese Kommission gehören nicht bloß Genossen hinein, die in wissenschaftlichen Dingen beflissen sind, sondern auch solche, die wissen, was für Literatur für indifferente Kreise notwendig ist, bei denen wissenschaftliche Broschüren keine Wirkung hinterlassen. Wir bitten Sie, der Einsetzung einer Kommission zuzustimmen, die gemeinschaftlich mit den Leitern der Buchhandlung „Vorwärts“ darüber zu entscheiden hat, welche Broschüren im „Vorwärts“-Katalog stehen sollen.

Zum Antrag 84 ist ein Amendement Knappe eingegangen: Die Kosten der Uebersetzung des „Volkstfreund“ von Offenbach nach Karlsruhe übernimmt der geschäftsführende Ausschuss. Jedoch wird die Vergrößerung vorläufig abgelehnt.

Der Antrag wird mit zur Diskussion gestellt.

**Kayen ein-Main:** Ich schließe mich auch dem Antrag 83 an, bitte aber den Ton, in den Genosse Pannkuch den Polen gegenüber verfallen ist, zu vermeiden. Wir haben nichts mit Germanisierungsversuchen zu thun. Wir können nicht deutsche und polnische Genossen, sondern nur Genossen. Ferner möchte ich die rheinische Presse besonderer Berücksichtigung empfehlen, damit auch in den Bezirken der Mosel und der Elbe künftig sozialdemokratische Kandidaturen möglich sind. Das Verzicht der „Neuen Welt“ hat sich seit dem Vorjahr allerdings verringert. Wir sollten aber den Inhalt verbessern und dafür sorgen, daß das Blatt für die große Masse und namentlich auch für die Frauen mehr Interesse hat. Das dafür aufgewandte Geld ist gut angelegt. Wir würden noch über weit größere Summen verfügen, wenn der Verdienst, den der Drucker des „Vorwärts“ hat, künftig der Partei zukommen würde. Nach dem Verzicht des Parteivorstandes beträgt die Druckerrechnung 345 818 M., worin nach meiner Berechnung ein Aufschlag von mindestens 60 bis 90 000 M. liegt. Auch in Leipzig

haben wir gegen den Willen der Parteileitung ein eigenes Geschäft gegründet und die besten Erfahrungen damit gemacht. Es handelt sich ja auch nicht nur um den Druck des „Vorwärts“, sondern auch um den einer ganzen Reihe von Broschüren. Der Parteivorstand sollte sich die Frage der Gründung einer eigenen Druckerei sorgfältig überlegen. Wir haben um so weniger Veranlassung, jedes Jahr eine ungeheure Summe einem Privatmann in die Hände fallen zu lassen, als der Drucker des „Vorwärts“ die sozialistische Presse genau so unzulänglich behandelt, wie vielleicht früher seine antisemitische.

**S o l t e n - H a m b u r g :** Der Antrag 83 wird wohl Kopfschütteln erregt haben. (Zawohl!) Der Sachverhalt ist folgender: Wir am „Hamburger Echo“ haben in früheren Jahren denselben Bericht über den Parteitag bezogen wie der „Vorwärts“. Im vorigen Jahre zerschlug es sich wegen der schlechten Bahnverbindung. Wir haben damals nachträglich den Vorwärtsbericht abgedruckt. Ich habe mich in diesem Jahre wieder um den Bericht bemüht, und da wurde mir vom Genossen **W a a l e** mitgeteilt, daß die Redaktion des „Vorwärts“ es abgelehnt habe, den Bericht an uns abzugeben (hört! hört!). Es sei dabei geäußert worden: „Das ganze Jahr wird auf uns herumgehacht und wir werden als ein schlechtes Blatt bezeichnet; wenn wir aber einmal etwas Gutes haben, wollen es die andern auch haben!“ (Heiterkeit!) Ihre Heiterkeit sagt genug. Was soll die ganze Sache aber? Wird der Bericht im „Vorwärts“ dadurch schlechter, weil er auch im „Echo“ steht? Wir sind doch prinzipielle Gegner der Kräfte vergebenden Konkurrenz. Wir haben uns auf anderem Wege einen brauchbaren Bericht besorgt; es ist aber doch etwas anderes, wenn die beiden Berichte von zusammen sechs Personen oder nur von drei hergestellt werden, die wir als die besten Kräfte von den sechs auswählen können. Im vorigen Jahre hat der Parteitag beschlossen, einen gemeinsamen Parlamentsbericht herauszugeben. Da könnten wir ja Gefahr laufen, daß uns damit eines Tages dasselbe passiert, wie jetzt mit dem Parteitag-Bericht.

Von den Anträgen bitte ich die Nummern 81 und 84 abzulehnen. Es ist doch eine Thorheit, den Parteischristellern vorgzuschreiben, was sie thun sollen. Man soll Fremdwörter möglichst vermeiden, aber nicht sie schreiben und hinterher sie verdammen. Die Verstaatlichung des „Offenburger Volksfreund“ wäre ein gewagtes Experiment. Hat ein Blatt an einem Orte festen Boden gefaßt, soll man es nicht herausreißen.

**P a z e r - O l d e n b u r g III:** Die Kopf-Blätter sind nicht zu entbehren. Es hat nicht jeder Kreis für ein eigenes Blatt eine genügende Abonnentenzahl. Außerdem ist in bürgerlichen Kreisen ein lokaler Teil in der Zeitung, den die großen auswärtigen Zeitungen aus industriellen Kreisen nicht bringen, notwendig. Sonst lesen sie die Bauern nicht. Für uns würde es ein schwerer Schlag in bezug auf unsere Agitation sein, wenn unser Kopfblatt nicht mehr existenzfähig sei würde.

**K u e r :** Der Wunsch in Antrag 25, daß den Abonnenten der „Neuen Welt“ Titel und Inhaltsverzeichnis am Schluss geliefert werden soll, wird aller Voraussicht nach seine Erfüllung finden. Aber derartige Wünsche haben auch ihre finanzielle Seite. Wird doch durch diesen Antrag das Budget der „Neuen Welt“ mit 4000 M. weiter belastet werden. (Hört! hört!) Dem Genossen **H o f m a n n** kann ich die Versicherung geben, daß auch in den Kreisen des Parteivorstandes und vor allem bei der Buchhandlung Vorwärts durchaus kein Zweifel darüber besteht, daß die „F r e i e n S t u n d e n“ besser sein könnten, als sie sind. Wahrscheinlich wird auch das Heft „Freie Stunden“ von 1 auf 1 1/2 Bogen vergrößert werden. Unterziehen sie aber dieses Bestreben, indem sie für möglichst weite Verbreitung dieser Zeitschrift sorgen. Im übrigen ist bekanntlich tabellarisch leichter als besser machen. Das weiß vielleicht auch Genosse **H o f m a n n**, der ja selbst Schriftsteller und Buchhändler ist. Die Erkenntnis davon veranlaßt wohl auch den gereizten Ton in seiner Rede. (Heiterkeit.)

Den Wunsch, daß die unelblichen Verhältnisse in **S o l i n g e n** endlich beseitigt werden, brauche ich nicht nochmals zu betonen. Ich erwarte aber, daß wenn es gelingt, die Konkurrenz des Solinger Parteiblattes zu beseitigen, die Solinger Genossen in den Opfermuth, mit dem sie bisher zwei Blätter erhalten werden, nicht erlahmen werden, damit die „Verstaatlichung“ der Partei nicht zu theuer zu stehen kommt.

Die Forderung im Antrag 81 ist absolut unannehmbar. Wir können bestenfalls den Wunsch aussprechen, die Parteischriststeller sollen auf den allgemeinen Bildungsgang ihrer Leser Rücksicht nehmen. Das werden sie schon in ihrem eigenen Interesse thun. Der Antrag spricht aber doch nicht nur von sozialdemokratischen Zeitungen, sondern von Parteischriststellern überhaupt. Wie weit soll im übrigen der Begriff Fremdwort gehen?

Dann sind wieder die Anträge da, die alles umsonst von der Partei haben wollen, so besonders die Anträge 28, 32, 33. Es geschieht ja außerordentlich viel, aber es kann nicht mehr geschehen, als daß der Parteileitung Mittel zur Verfügung gestellt werden. Sie haben ja unseren Finanzminister **W e i s s** gebitt.

Nun zum Hamburger Antrag. So wie Stolten den Grund für den Antrag dargestellt hat, mag es ja wirklich scheinen, als sei da ein Unrecht geschehen. Aber schon in der Angabe der Gründe für den Beschluß ist Stolten schlecht unterrichtet gewesen und ebenso in der Sache selber. In dem Antrag ist von Redaktionen der Parteiblätter zu lesen. In der Begründung sprach er aber bloß von der Redaktion des „Vorwärts“. Ich kann hier erklären, daß die Redaktion des „Vorwärts“ mit diesem ganzen Arrangement gar nichts zu thun gehabt hat, daß sie also vollständig außerhalb seiner Schutzwerte steht. Was hat vorher noch einer der Redakteure gefragt, wie die Sache sich verhält; er wußte gar nichts davon (Heiterkeit). Der Parteivorstand hat dafür zu sorgen, daß wir einen guten Bericht für das Zentral-Organ bekommen und zugleich, daß das Material für das offizielle Protokoll ordnungsgemäß hergestellt wird. Wir haben dazu ein besonderes Bureau bestellt und haben, um obige Zwecke zu erreichen und eine Verzettelung zu verhüten, den mit dieser Arbeit Beauftragten gesagt: Wenn auch diese Arbeit in auskömmlicher Weise bezahlt wird, dann können wir von euch auch verlangen, daß ihr über den Parteitag nur dem „Vorwärts“ berichtet und das Protokoll macht und zwar ausschließlich für uns. Das war der Grund für das Arrangement. Ich meine, auch Sie müssen den Standpunkt des Parteivorstandes als richtig anerkennen. (Widerspruch.) Die Herren erklären: nein! Wir erklären: ja! (Große Heiterkeit.) Da wir die Verantwortung für das Protokoll zu tragen haben, so sind wir auch dazu bemüht, die Geschichte so zu machen, wie wir es für richtig halten. Ladet man uns die Verantwortung auf, dann müssen wir auch die Entscheidung treffen können, sonst bedanken wir uns schön für Arbeit und Verantwortung. Einen Bericht bekommen ja die betreffenden Parteiblätter auch anderwärts. Es kann sich für sie nur darum handeln, billiger fortzukommen. Die betreffenden Blätter, die sich beklagen, sind aber so gut situiert, daß sie es tragen können. Nun hat Stolten eine Keuherung als vom Parteivorstand herrührend, vorgebracht: „Das ganze Jahr schimpft man auf uns; wenn wir aber etwas Gutes haben, wollen die anderen es auch!“ Diese Keuherung ist eine rein private Keuherung eines Mitgliedes des Vorstandes gewesen, wobei sich der betreffende gar nicht gedacht hat. Ich halte es für höchst überflüssig, eine solche rein private Keuherung, die so aus dem Handgelenk gethan wird, an die große Glocke zu hängen. Das ist freilich Geschmacksache. (Beifall.) Ich habe die Keuherung nicht gethan. Wenn ich aber alle Keuherungen, die mir gegenüber gemacht sind, weiter tragen wollte, wohin käme da so mancher. Ich meine, das ist alter Weiberkatsch. Das wollen wir nicht machen (lebhafteste Heiterkeit und Beifall).

Zu dem badischen Antrag hat Stolten bereits sich guttend geäußert. Der Wunsch **H o f m a n n**'s wird in Erfüllung gehen und damit ist sein Antrag überflüssig. Es ist nämlich beschlossen, daß in den Katalog der Buchhandlung Vorwärts nur eigene Verlagsartikel aufgenommen werden. Was die Forderung der unentgeltlichen Lieferung des Katalogs anlangt, so ist aus einzelnen Orten gefordert

worden, ihnen den Katalog in Hunderten und Tausenden von Exemplaren zu liefern. Das geht nicht.

Die von **R a g e n s t e i n** angeregte Verbesserung der „Neuen Welt“ würde ebenfalls zu viel Kosten verursachen; schon bloß ein Bild mehr in jeder Nummer würde 4000 M. im Jahr kosten. Ich fürchte sehr, daß sein Rechenexempel für den Fall der Uebernahme der Privatunternehmung in Parteiregie sich nicht verwirklichen würde. Aber ganz abgesehen davon, mache ich ihn auf ein aufmerk. Heute ist schon die Parteileitung in einer Weise mit Verwaltungsarbeiten überlastet, daß sie tatsächlich einen großen Theil ihrer Zeit und Kräfte darauf verwenden muß, die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Partei zu regeln, wodurch ihre eigentliche Aufgabe, die Partei-Agitation zu leiten, eingeschränkt wird. Soll auch noch zu der Zeitung die Druckerei des „Vorwärts“ hinzu kommen, so würde sie ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen sein. Im übrigen hat die Partei aus dem „Vorwärts“ Summen bezogen, die beinahe so hoch sind, wie von dem Geschäft in Hamburg. Hamburg würde, wenn **R a g e n s t e i n** recht hätte, mindestens 200 000 M. bringen müssen. (Lebhafter Beifall.)

**S c h a a l - S o l i n g e n :** Ich bitte zunächst, von dem Antrag 84 nur den ersten Theil jetzt zu behandeln, den zweiten Theil aber bei dem Punkt Reichstagsbericht. Und wenn dies geschehen, so bitte ich, den ersten Theil abzulehnen, denn die Einleitung zur Ordnung ist ja durch die Parteileitung bereits getroffen, der Antrag ist also überflüssig. Die „Neue Welt“ hat auf jedem Parteitag Spießerthum laufen müssen. Es ist immer über ihren Inhalt gellacht worden, aber eine Verbesserung ist nicht erzielt worden; dem Arbeiter bietet dieses Blatt nichts, die Kleinbürgerlichen Kreise können wir damit nicht für uns gewinnen. Den Inhalt und Titel gratis zu geben, halte ich nicht für durchführbar, wohl aber könnte man denen, die es verlangen, das Inhaltsverzeichnis liefern.

Zur Geschäftsordnung führt **H o f m a n n** an: Nachdem **K u e r** erklärt hat, daß in Zukunft die Buchhandlung Vorwärts nur die im eigenen Verlage erschienenen Schriften in ihrem Katalog verzeichnen wird, ziehe ich den Antrag 85 zurück.

**W i n d h o f f - D i s s e l d o r f :** Im Interesse der indifferenten Massen, die, wenn ihnen etwas nicht verständlich ist, leicht leifaul werden und unsere Literatur überhaupt nicht mehr verfolgen, bitte ich um Annahme des Antrages 81. Der Genosse **W e i s s** hat einige Orte aufgezählt, die viel gebilligt haben, und von anderen gesprochen, die nichts eingezahlt haben. Ich glaube, daß auch **D i s s e l d o r f** gemeint war. Wir haben einige Zeit nichts schicken können, weil es uns unmöglich war. Jetzt haben wir wieder 100 M. geschickt und ich hoffe, daß es auch in Zukunft möglich sein wird.

**S i n g e r :** Wir diskutieren jetzt nur über den Punkt Presse, der Klassenbericht steht erst später zur Debatte.

**W i n d h o f f :** Dann komme ich später darauf zurück. Ich will noch bemerken, daß wir in **D i s s e l d o r f** keine Aufforderung bekommen haben, über die Presse Bericht zu erstatten, und daß auch mir als Vertrauensmann keine Aufforderung zugesandt ist, über die Bewegung im Kreise **D i s s e l d o r f** zu berichten.

**H e l l i g - B e r l i n :** Ich hätte gewünscht, daß der Antrag 83, der die Stellung des „Vorwärts“ beim Hamburger Fabrikarbeiter-Streit und der Buchdrucker-Bewegung geprüft wissen will, mit zur Verhandlung gestellt würde.

**S i n g e r :** Das geht nicht an. Der Antrag befaßt sich mit der Taktik des „Vorwärts“ in zwei bestimmten Fällen und wird bei anderer Gelegenheit verhandelt werden.

**H e l l i g** weist kurz darauf hin, daß die „Freien Stunden“ in ihren Illustrationen und in ihrem Texte zu Beschwerden Anlaß gegeben hätten.

**H ä n s l i c h - S e i p p i g** tritt für die beiden Leipziger Anträge 25 und 26 ein. Bürgerliche Blätter liefern Titel und Inhaltsverzeichnis ihrer Sonntagsbeilagen gratis. Das muß auch die „Neue Welt“ können. **K u e r** rechnet Mehrkosten von 4000 M. heraus, die verschwinden; ja es werden bedeutende Ersparnisse gemacht, wenn an Stelle der letzten Nummer Titel und Verzeichnisse geliefert wird. Der Kritik an den „Freien Stunden“ schlicke ich mich an, soweit die Illustrationen in Frage kommen. Mit der Auswahl des Textes war ich durchaus einverstanden. Aber die Illustrationen erheben sich nur wenig über das Niveau dessen, was in der sogenannten Schundliteratur enthalten ist. Warum wird die Buchhandlung Vorwärts nicht in eigener Regie betrieben? Ueber ihre geschäftlichen Ergebnisse ist die Welt sehr wenig gesagt. Dem Antrag 33 stimme ich zu; vielleicht kann der ausgezeichnete Landkalender des „Märkischen Volksboten“ auch für den Osten verwandt werden, wenn etwa ein halber Bogen als spezieller Anhang für den Osten beigegeben würde. Durch einen solchen Kalender würden Flugblätter u. s. w. gespart werden.

**J u n g e r - S o l i n g e n :** Die **K u e r** Genossen wünschen die Ausgabe von Titel und Inhaltsangabe für die „Neue Welt“, aber nur in soviel Exemplaren, als die Kolporteurs verlangen. Der Antrag auf Verstaatlichung der „Bergischen Arbeiterstimme“ ist schon wegen der kurzen Friststellung unausführbar. Zwei Dinge müssen vorher geregelt werden.

**J u n g - W a n t :** Die „Freien Stunden“ sind für die große Masse der Indifferenten berechnet, um die Schundliteratur zu verdrängen. Deshalb muß ihr Inhalt so eingerichtet werden, daß sie der Masse gefallen. Namentlich sollten die Bilder verständlicher sein. Es würde auch nicht schaden, wenn bei historischen Romanen die Bilder ganz fortfallen. Ferner müssen die Kolporteurs mehr für die Verlagsartikel des „Vorwärts“ interessiert werden. Wir müssen alle Mittel der Konkurrenz, soweit sie anständig sind, herausziehen.

**B e b e l :** Ich kann in der Hauptsache allem zustimmen, was Genosse **K u e r** für oder gegen die einzelnen Anträge angeführt hat, und ich könnte deshalb auf das Wort verzichten, wenn nicht einige seiner Ausführungen Widerspruch erfahren hätten. Genosse **H ä n s l i c h** wundert sich, daß der diesmalige Geschäftsbericht keine genaue Uebersicht über die Parteibuchhandlung enthält. Nun, wir haben seit einem Jahre keine Buchhandlung mehr, und deshalb kann auch nichts davon im Bericht stehen. Wenn ich noch nicht deutlich genug gewesen bin, so will ich darauf hinweisen, daß die Unsturzvorlage uns bewegen hat, sowohl die Parteibuchhandlung als auch eine Reihe anderer Buchhandlungen, die bisher Partei-Eigentum waren, in Privatunternehmungen umzuwandeln. Das ist zugleich ein Fingerzeig, wie es werden würde, wenn wir auch eine eigene Druckerei in Berlin gründeten. Wer **R a g e n s t e i n** hört, für dem war es zweifellos, daß **B a d i n g** 70-80 000 M. per Jahr verdient, das ist ein einfacher Unfuss. **B a d i n g** stellt uns die Sache erheblich billiger her, wie jeder andere Drucker. Daß er ein Geschäft macht, ist selbstverständlich, denn ohne Profit raucht kein Schornstein. Mit einem Schlage aber würde sich die Sache ändern, wenn wir ein Partei-Unternehmen hätten. Welche Anforderungen dann an die Partei gestellt werden, daß haben wir ja in Hamburg zur genüge erfahren. Das Hamburger Geschäft, das mindestens so groß ist wie das **B a d i n g**'sche (Auf: Doppelt so groß!) wird einschließlich des „Echo“ keinen größeren Gewinn ab, als der „Vorwärts“ allein. Aus dem Hamburger Geschäft würde jeder Privatunternehmer mindestens das doppelte herausbringen. Das Hamburger Geschäft repräsentiert gegenwärtig in seinen Maschinen, abgesehen von den Häusern, einen Werth von 400 000 M. Wir hätten in ein Berliner Parteigeschäft, das den Anforderungen entspricht, mindestens 250 000 M. hineinzujusten. Man sagt, das wirtschaftet man heraus. Ja wohl, aber es fragt sich, ob man Zeit hat, das herauszuwirtschaften. (Sehr richtig!) Ich wundere mich nur, daß die Leute, die den Anspruch erheben, Politiker zu sein, in solchen Dingen nicht welter sehen als ihre Nase reicht. Können wir denn in Deutschland sagen, so wird's bleiben? Ich habe vor Jahren gesagt: Nehmen wir uns in acht, wir sind noch nicht über den Berg, wir stehen erst vor dem Berg, wir kommen jeden Tag dem Berge näher, aber wie es dann kommen wird, wissen wir nicht. Ist es denn ein Geheimnis, daß jeden Tag gegen die Sozialdemokratie losgeschlagen werden kann, ist es ein Geheimnis, daß die Zimlerdecke jeden Augenblick bereit ist, gegen uns ein Ausnahmegericht zu schaffen? Ist es ein Geheimnis, daß die deutsche Bourgeoisie jeden Moment auf neue bereit ist, gegen uns loszugehen? Haben wir das nicht schon einmal gehabt? Die große Mehrheit der heutigen Genossen

kennt das nur vom Hörensagen, wir haben es durchgemacht. Und ich habe nicht den Wunsch, ein zweites Mal die Liquidation vorzunehmen. Was ist denn aus den Parteigeschäften geworden? Sie sind alle mit Ausnahme des Hamburger Geschäfts, das ein glücklicher Umstand gerettet hat, zu Grunde gegangen. Darüber sind wir doch alle einig, kommen einmal neue Stürme gegen die Sozialdemokratie, dann sind sie anders als das Sozialistengesetz! Daß man sich dann alle die Erfahrungen und öffentlichen Erörterungen, die wir ja als demokratische Partei zu machen gezwungen sind, ad notam nimmt und bei gelegener Zeit benutzt und daß man dann die Gesetze so formuliert, daß alle Verträge nicht näher, ist sicher. Das hat man schon beim Sozialistengesetz erfahren! Da war in **B r e s l a u** ein reines genossenschaftliches Unternehmen, kein Parteigeschäft. Die bloße Thatsache, daß eine Parteileitung bis zu ihrer Unterdrückung dort gedruckt wurde, hat Veranlassung gegeben, das Geschäft zu konfiszieren, und alle Einsprüche haben nichts ändern können. Das Geschäft ist verloren gegangen. Wir haben in **B e r l i n** die große Affoziations-Buchdruckerei gehabt. Als 1878 der Belagerungszustand verhängt wurde, mußte sie sofort in Liquidation treten, und die sauer verdienten Arbeiterergötzen, mit denen sie gegründet war, sind bis auf den letzten Pfennig darauf gegangen. **N e h l i c h** ist es **A n g e b u r g**, **M ü n c h e n**, **E l b e r f e l d** und einer Reihe anderer Städte gegangen. Und daraus sollten wir keine Lehre ziehen? Sollen wir etwa das gesammte Parteivermögen so anlegen, daß eines schönen Tages die Reaktion nur die Hände anzuhaken braucht? Und wie notwendig hatten wir damals die Tausende gehabt, die heute vor der Polizei sicher sind. Denn sie bekommt sie nicht, und wenn sie sich auf den Kopf stellt. (Heiterkeit und Beifall.) Wenn wir überhaupt nur eine Parteigeschäftspartei sein wollen, so begreife ich es, daß wir solche Dinge unternehmen. In dem Augenblick, wo wir in **B e r l i n** eine Druckerei gründen, müssen wir auch ein Geschäftshaus kaufen. Dann wird es bald heißen, da legen wir den Parteivorstand hinein und das Archiv. Ja warum errichten wir nicht gar ein Parteihotel, in dem die Abgeordneten logiren können? (Heiterkeit.) Und wenn es überhaupt auf die Geschäfte ankommt, dann werfen wir uns doch einfach auf das Konsumvereinswesen. Was Herr v. **P o b b i e l s k i** kann, das kann die deutsche Sozialdemokratie allemal. Wir würden Millionen einheimsen können, aber dann gehen wir natürlich auf in Geschäftspraktiken und Geschäftsfreistigkeiten des Tages und unsere eigentlichen Aufgaben würden darunter leiden. Ich bitte also recht dringend: Ueberlegen Sie sich die Sache, beachten Sie vor allen Dingen, daß Sie eine politische Kampfpartei sind und daß es unsere vornehmste Aufgabe ist, den politischen Kampf zu führen. Ueberlassen wir solche Geschäfte denen, die sie unter gegebenen Verhältnissen am besten zu führen im Stande sind und sorgen wir dafür, daß wir nicht einem Privatunternehmer in die Hände fallen, der uns allzusehr rupft. (Lebhafter Beifall.)

**S i n g e r** theilt mit, daß der Antrag 83 zu gunsten folgenden Antrages zurückgezogen ist:

„Die Parteileitung wird verpflichtet, die offiziell hergestellten Berichte über den Parteitag allen Parteiblättlern, die ihn zu haben wünschen, zum gleichzeitigen Abdruck zu überlassen.“

**G e w e r k e - E l b e r f e l d :** Ich verstehe, daß der Vorstand keine Sehnsucht nach der Verstaatlichung der „Vorwärts“-Druckerei hat und bin ganz mit ihm einverstanden, nur gegen den Grund will ich mich wenden, den **K u e r** dafür angeführt hat: Er sagt, der Vorstand ist mit Arbeiten überhäuft, während **P a n n l u c h** die stärkere Durchführung des zentralistischen Prinzips gefordert hat. Das eine paßt nicht zum andern. Wir werden dazu übergeben müssen, was eine andere Organisation zu geben und die Zahl der Genossen im Vorstande zu vermehren. Was den Stolten'schen Antrag anlangt, so mag es dahingestellt sein, wie die Sache steht. Es ist mir nur an der **K u e r**'schen Rede ausgesallen. Er meinte, mögen Sie kein sagen, wir sagen Ja! Das klingt gerade so, als sollte diese nebenläufige Frage zu einer Kabinettsfrage gemacht werden. Es wäre angemessen, wenn der Genosse **K u e r** einen anderen Ton anschlagen möchte. Der Antrag auf einen Gratiskalender ist schon vor Jahren abgelehnt worden. Ein einheitlicher Agitationskalender ist unmöglich. Die Redaktion des „Neuen Welt-Kalenders“ bedarf in mancher Beziehung der Regelung. Aber das ein sozialdemokratischer Parteitag erst einen Antrag annehmen soll, in den Parteikalender gehören keine „patriotischen“ Bilder, ist unmöglich. Hoffentlich ziehen die Antragsteller den Antrag selbst zurück. Der Antrag **W i n d h o f f** führt zu lächerlichen Konsequenzen. Ich bitte, lehnen Sie ihn ab. (Beifall.)

**S l o m t e - V i e l e f e l d :** Ich möchte anregen, daß die Prekonferenz, die sich ja bewährt hat, künftig vor dem Parteitag zusammentritt, damit ihre Beschlüsse nicht mehr in der Luft hängen bleiben. Dem Antrag Stolten können wir, glaube ich, in seiner jetzigen Fassung zustimmen; es ist nicht nöthig, den Blättern doppelte Kosten aufzuhallen, die viel besser für Agitationszwecke verwendet werden können. Auf der nächsten Prekonferenz kann ja eine Einigung darüber erzielt werden, daß der Kongressbericht von den besten Kräften gemacht und in Zukunft den Parteiblättlern gratis zugesandt wird.

**S c h u m a c h e r - S o l i n g e n :** Ich will Ihnen nicht die Geschichte des Kreises Solingen erzählen. Wenn die Verwirklichung der beiden Parteiblätter ermöglicht wird — darum allein handelt es sich — wird auch ein friedlicher Zustand damit angebahnt werden. Es wird dann nicht vorkommen, daß sich die Genossen des Kreises bei den Wahlen in ihrer Presse gegenseitig betampfen. Der Fremdwörter-Antrag ist undurchführbar.

Nunmehr wird um 7 Uhr die Diskussion abgebrochen. **V o r s i t z e n d e S i n g e r :** Es ist mir ein Brief vom Genossen **P a r v u s** zugegangen, worin er mich auf Nr. 229 der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ aufmerksam macht. In dieser Nummer befinden sich als das Resümee einer in dieser und in früheren Nummern enthaltenen Betrachtung über die „Aufgaben der Sozialdemokratie“ eine Anzahl Anträge, die, wie er wünscht, hier auf dem Parteitag als von ihm eingebracht behandelt werden sollen. Ich bin nun nach dem Organisationsstatut nicht in der Lage, Anträge von einzelnen Personen, die nicht von dem Vertrauensmann ihres Kreises unterzeichnet sind, zu akzeptieren. Auf eine Anstache ist mir weiter mitgeteilt worden, daß von den Delegirten von **D r e d e n** und **A n g e b u r g** sich keiner veranlaßt sieht, die ganzen Anträge oder einen von ihnen zu dem feigenen zu machen. Um nun der Presse ihr Recht in keiner Weise zu verkümmern, mache ich die Delegirten auf diese Anträge aufmerksam. Ich werde abwarten, ob einer der Delegirten einen dieser Anträge zu dem feigenen machen wird. Ich habe die Sache vorgebracht, um von vornherein jedem etwaigen Mißverständnis aus dem Wege zu gehen. Nach unserem Organisationsstatut und unserer Geschäftsordnung ist eine andere Verhandlung nicht möglich. — Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden. — Ich schließe die Sitzung.

## Gewerkschaftliches.

**Monteur!** Sämmtliche Kollegen der Firma **T ö p f e r** u. **S c h ä d e l** haben am 4. September wegen Lohnunterschieden und unwürdiger Behandlung die Arbeit niedergelegt. Zugung ist fernzuhalten. Der Vertrauensmann.

**Der Leipziger Maurerstreik** ist in ein neues Stadium getreten. In einer Maurerverammlung am Sonntag wurde mitgeteilt, daß der Oberbürgermeister **D r. G e o r g** seine Vermittelung zur Beilegung des Streiks angeboten hat. Ein gleiches Angebot war früher vom Bürgermeister **D r. T r ö n d l i n** gemacht worden, die Ausführung scheiterte aber an der ablehnenden Haltung der Unternehmner. Die Maurerverammlung stimmt einer Erklärung zu, die sich dem Vergleichsversuch gegenüber sehr skeptisch ausdrückt, aber feststellt, daß die Maurer prinzipiell auf dem Standpunkt des gegenseitigen Ausgleichs stehen. Sollten aber die Unternehmer einem Ausgleich zustimmen, so könnte dies nur dadurch möglich sein, daß sie in Beziehung auf die Verzögerung der Arbeitszeit Entgegenkommen zeigen. Die inhaftet gewesenen Streikleiter **J a c o b**, **B e r t h o l d** und **O r t h** wurden zur eventuellen Verhandlung mit dem Oberbürgermeister und den Unternehmern bestimmt.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Hamburg, 3. Oktober. Vorversammlung.

Im Lütjen'schen Saale traten heute Abend um 7 Uhr die Delegierten zur Vorversammlung zusammen. Die Hamburger Genossen hatten für den festlichen Schmuck des prächtigen Saales trefflich gesorgt. Mit rothen Draperien waren die Säulen, die Nebentribüne und das Podium behangen, auf dem das Bureau Platz nehmen wird. Im Hintergrunde der Bühne stehen in einem Haufe von Palmen und Lorbeerzweigen die Büsten von Marx, Engels und Lassalle. Ueber dem Eingang zum Saale hängt das Porträt unseres Vord.

Den beziehungsreichsten Schmuck des weiten Raumes aber bilden die lebendig prächtigen Partei-, Gewerkschafts- und Vereinsfahnen, die über der Bühne flattern, von den Gallerien herabzuwehen und an den Wänden aufgerichtet sind. Wenn an nichts anderem, so kann man hieran erkennen, daß der Parteitag diesmal in einer unserer Hochburgen zusammengetreten ist. An die harnurproben rothen Banner der Partei von Hamburg und Altona schließen sich die Fahnen aller Gewerkschaften und Arbeiter-Vereine dieser beiden Städte. Unser aller Schlichter: Proletariat aller Länder vereinigt Euch! steht auf breitem, weißen Bande, das hoch über dem Podium aufgespannt ist.

Ueber zweihundert Delegierte sind erschienen; unsere Fraktion ist beinahe vollständig da, Grillenberger und Volkmar mußten wegen Beginn der bayerischen Landtagsverhandlungen fernbleiben. Der Andrang der Hamburger Genossen zu der heutigen Abend-Versammlung ist außerordentlich stark. Um 6 1/2 Uhr sind die zwölfhundert Plätze, die für die Zuhörer zur Verfügung stehen, besetzt und Hunderte müssen umkehren.

Das Interesse, das die bürgerlichen Parteien an den Verhandlungen nehmen, wird am deutlichsten bezeugt durch die große Zahl Berichterstatter und Redakteure der bürgerlichen Presse, die an den langen, für die Presse reservierten Tafeln kaum Platz finden. Auch die führenden Blätter des Auslandes haben ihre Berichterstatter entsandt. Kurz nach 7 Uhr tragen die beiden Redetische „Männer-Gesangverein Freiheit“ und „Quartett Darmbeck“ einen „Gruß an den Parteitag“, den der alte Jakob Kudoz gedichtet hat, und „Viel und Arbeit ruft die Welt“ von Georg Herwegh vor.

Nachdem der Beifall verausacht ist, den der treffliche Vortrag der Vieder verdient hatte, betritt Frohne die Redentribüne und begrüßt die Erschienenen mit folgenden Worten: „Werthe Freunde und Genossen, Vertreter der sozialdemokratischen Partei, geehrte Gäste! Im Namen des Sozialkomitees, welches die sozialdemokratische Parteigenossenschaft von Hamburg-Altona repräsentiert, habe ich der ehrenvollen Pflicht zu genügen, Sie herzlich willkommen zu heißen. Damit soll nicht lediglich einer bloßen äußeren Anstandspflicht genügt sein; nein, der Willkommengruß, den ich Ihnen entbiete, ist ein Ausdruck des herzlichsten Solidarität, die Ihnen entgegengebracht wird von vielen Tausenden, ein Ausdruck der unumwandelbaren Liebe und Hingebung an die gemeinsame, gute, große Sache, zu deren Wahrung und Förderung Sie hierher geeilt sind nach Hamburg, nach der alten Hansstadt am Elbstrand, von nah und fern. Werthe Freunde und Genossen! Die Hamburger Parteigenossenschaft weiß die Ehre, die ihr mit der Abhaltung dieses Parteitages in ihrer Mitte zu theil wird, zu würdigen. Willkommen denn im Namen der hehren Idee, die uns mit vielen Millionen auf dem weiten Gedenkrunde verbindet! Willkommen im Geiste jener hehren Fragen, die zu lösen die Sozialdemokratie berufen ist! Willkommen unter die Banner und Panieren, welche — diesem Geiste geweiht — stumme Zeugen mancher Kämpfe und schöner Siege dieses Geistes sind!

Sie befinden sich hier auf einem Boden, von dem man sagen kann, daß auf ihm die Sozialdemokratie heimathberechtigt ist. Als im Jahre 1883 Ferdinand Lassalle seinen flammenden Appell an die Arbeiterklasse ergehen ließ, seinen Appell zum großen Emanzipationskämpfe, da war Hamburg eine der ersten und fruchtbarsten Pflanzstätten des demokratischen Sozialismus. Klein war die Saat, die damals sich hier zusammenband, winzig klein im Verhältnis zu der Masse der arbeitenden Bevölkerung. Verhöhnt, verlacht, verspottet. Ein bürgerliches Blatt war es, welches im Jahre 1885 spöttisch meinte, Hamburg sei die sozialdemokratische Apokalypse. Die erste Wahrheit hat diesen Scherz, diesen Hohn gerichtet. Ja wohl, von Hamburg aus sind gar viele Verkündiger des neuen Evangeliums unserer Zeit hinausgezogen in alle Lande. Dies Evangelium, es hat Wurzel gefaßt allüberall, aus der keinen misachteten Partei, von der man in ihren Anfängen glaubte, daß sie nur dem Stängelstamme eines Einzelnen ihre Entstehung verdanke, ist eine Macht geworden; aus der kleinen Schwärz erwachsen Bataillone und aus den Bataillonen ward ein Heer, das Schlachten geschlagen hat und das zurückblicken kann auf schöne Siege, die unvergessen bleiben werden, so lange man eine Geschichte der sozialdemokratischen Partei Deutschlands kennen wird.

Hier in diesem Räume erkundete zum ersten Male jenes Lied, das heute Hunderttausende begeisterungsvoll singen, das Sturm- und Kampflied der Sozialdemokratie, das uns das Herzblut unseres Jakob Kudoz gegeben, die deutsche Arbeitermarxistische, die ausklingt in den Refrain: „Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all!“ — jenes Lied, welches da mahnt zum Kampfe für Wahrheit und Recht gegen den gehäßlichen Feind, den Unverstand der Massen. Des Sängers Hoffnung ist wahr geworden, der Unverstand der Massen ist durchbrochen, der demokratische Sozialismus, er hat den unterdrückten, misachteten, verhöhten Massen des Volkes die Erkenntnis gebracht, die notwendig war, um den Boden zu bereiten, auf welchem eine große, starke Partei sich entwickeln konnte.

Werthe Freunde und Genossen! Die Parteitage, welche die Sozialdemokratie abhält, dienen einem höheren Zwecke als die, welche veranstaltet werden von den sogenannten staatsrechtlichen, den bürgerlichen Parteien. Hier in diesem Räume unter den Genossen und Genossinnen, die berufen sind, mitzurathen und mitzuantworten, ist die Sozialdemokratie vor der Geschichte, vor der Mit- und Nachwelt. Wir wissen — und in dieser Ueberzeugung haben wir bis jetzt allen Fortschritt vollbracht —, daß die Sozialdemokratie berufen ist, die großen Fragen unserer Zeit zu lösen, von denen Lassalle vor bald 40 Jahren sagte, daß sie die Gesellschaft erschüttern bis in ihre innersten Tiefen.

Ein Parteiparlament, mit dem kein anderes sich vergleichen läßt, hinsichtlich seiner Bedeutung, seiner Ziele und seiner Wirkung, sehen wir hier verammelt, ein Parlament jener Partei, die mit Stolz von sich sagen kann, daß sie die wahre, die echte Volkspartei ist. Freunde und Genossen! Nicht, was man im allgemeinen das Partei-Interesse zu nennen pflegt, ist es, was hier zu wahren und zu fördern ist; nein, in diesem Worte „Partei-Interesse“ begreift sich das berechtigste Interesse des Volkes, all' jener nach Millionen zählender Massen, die da zu ringen haben gegen Elend, gegen Ungerechtigkeit, gegen Unterdrückung. Einmal daß die Sozialdemokratie, darf jeder ihrer Jünger und Verkündiger niemals aus den Augen lassen, das ist die hohe, stichtische Kraft, die in unseren Prinzipien liegt, die uns bis jetzt geleitet hat, die es uns möglich gemacht hat, Herr zu werden über alle Hindernisse, zu überwinden alles, was da geschaffen und bestimmt war, und zu vernichten.

Die Zeit des Sozialistengesetzes, hier in Hamburg hat sie manchen Markstein für die Geschichte der Partei errichtet. Auch von hier aus gingen in jener Zeit viele, viele wackere Genossen hinaus in alle Welt, Opfer bringend, ja sich selbst zum Opfer bringend der großen schönen Sache, der sie dienten. Nun dann, ich glaube voraussetzen zu dürfen, daß Sie alle, die Sie durch das

Vertrauen der Genossen im weiten Deutschen Reich berufen sind, an den Verhandlungen des Parteitages theilzunehmen, Ihre Thätigkeit entfalten werden unter dem Eindruck der Thatsache, daß die Sozialdemokratie neuen Kämpfen entgegengeht, die zweifellos schwerer und entscheidender sein werden, als wir sie bis jetzt gehabt haben. Eine ganze Welt von Vorurtheilen, die festeren Wächter der Reaktion, die herrschenden Interessen, welche den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fortschritt nicht wollen — sie stehen gegen uns, und wenn man ihren Worten Glauben schenken könnte, so würde es ihnen gelingen, uns zu überwinden. Die Sozialdemokratie hat, besonders unter dem Sozialistengesetz, den Beweis geliefert, daß sie, gefestigt in Wahrheit und Gerechtigkeit, unüberwindbar ist, und wie die neuen Kämpfe sich auch gestalten, was sie uns auch bringen mögen, das eine ist gewiß, daß die Sozialdemokratie bereit und im Stande ist, jeder Gegnerschaft, jedem Schicksal, das wider sie heraufbeschworen wird, die Stirne zu bieten.

Unter dem Eindruck der Thatsache, daß jetzt auf neue seitens der festeren reaktionären Gewalten Vernichtungspläne geschmiedet werden, die nicht nur uns, der sozialdemokratischen Partei, nein, die der Freiheit und dem Rechte der ganzen Nation gelten, werden Sie, Freunde und Genossen, berathen und beschließen. Nochmals dann herzlich willkommen! Glückselig zum guten Werke! Hier sollen neue Waffen geschmiedet werden zum Kampfe gegen die Gegnerschaft, neue Positionen sind zu schaffen, und ich bin überzeugt: wie hart auch oft der Streit der Meinungen entfacht werden möge, er steht unter der Herrschaft des guten Willens, für die Partei das Beste herbeizuführen. Aus Werk denn, Freunde und Genossen, in der festen Ueberzeugung, die uns bis jetzt nimmer verlassen hat. Daß das, was wir sinnen, was wir thun, der ganzen Menschheit, der Kultur, den Aufgaben der Kulturmenschen zu Ruhm gereichen wird! Wenn Sie von hier fortgehen, werden Sie es thun in dem tröstenden, ermutigenden Bewußtsein, mitgewirkt zu haben an Beschüssen, die zweifellos eine neue Etappe auf dem Wege der Entwicklung der Sozialdemokratie zu ihren Zielen bezeichnen werden. (Lebhafte Beifall.)

Volkensührer: Parteigenossen! Der geschäftsführende Ausschuss hat mich beauftragt, den heutigen Parteitag zu eröffnen. Ehe wir jedoch zur Bureauwahl gehen, kann ich nicht umhin, einige Worte über den gegenwärtigen Tag zu sagen, da er ja ein Erinnerungstag im Kampfe der Sozialdemokratie ist. Heute sind zehn Jahre verfloßen, seit in der Halle von St. Gallen 80 Vertreter der deutschen Sozialdemokratie zusammentraten, um einen Parteitag im Ausland abzuhalten. Es ist also ein Gedenktag der Sozialdemokratie, und wir können sagen, ein Jahrestag der Siege ist seitdem verfloßen. Damals saß Paulsen darauf, mit welchen Mitteln endgiltig die Sozialdemokratie besiegelt werden könne. Seine Verschärfungen des Sozialistengesetzes, die er damals plante, gaben der Reaktion noch die Hoffnung, daß es möglich sei, diese Bewegung mit Gewaltmitteln zu unterdrücken, und wie sehen, die Leute der Gewalt sind gewichen, die Sozialdemokratie ist die Siegerin auf dem Kampfplatz. Damals hatten wir eben eine Wahl hinter uns. Die Sozialdemokratie hat unter dem Sozialistengesetz bewiesen, daß sie auch eine siegende Partei sein könne. Seitdem haben wir zwei Wahlen gehabt, jede Wahl hat uns neuen Zuwachs gebracht, ja, eine Million Mitstreiter sind im ersten Jahrzehnt gewonnen worden. Jetzt sollen wir berathen, wie wir uns zu den nächsten Reichstagswahlen stellen werden. Jetzt stehen wir vor einer Wahl, um wieder einmal Oeffenheit zu halten. Die ganze Situation von heute und damals gleicht sich ja insofern, weil auch heute die Reaktionäre darauf sinnen, ob nicht eine Möglichkeit vorhanden ist, mit Gewalt schließlich die Bewegung zu unterdrücken, und gerade deshalb werden die bevorstehenden Wahlen von so unendlicher Bedeutung sein; ja, wir können sagen, der Schlachtplan soll hier entworfen werden, der Schlachtplan, unter dem das Proletariat einen Kampf im nächsten Jahre auskämpfen soll. Es ist eigenthümlich: solange die sozialdemokratische Partei besteht, hat sie es als ihre wichtigste Aufgabe mit betrachtet, gerade die Wahlagitiation zu betreiben; aber seit 21 Jahren hat kein Parteitag sich mit der Frage der bevorstehenden Wahlen beschäftigt, weil entweder die Wahlen unvermeidlich kamen oder, wie es unter dem Sozialistengesetz regelmäßig der Fall war, erst längere Zeit nach einem Parteitage. Die bevorstehenden Wahlen werden von besonderer Bedeutung sein; gerade bei diesen Wahlen gilt es, den Gegnern einen Schlag zu versetzen, und deshalb steht dem gegenwärtigen Parteitage, der jetzt an der Nordgrenze des Deutschen Reiches tagt, eine besonders wichtige Aufgabe bevor. Es gilt eine Grundlinie zu schaffen, eine Organisation, unter der wir neue Siege an unsere Fahnen heften. Ohne Zweifel blüht nicht nur Deutschland, sondern die ganze zivilisierte Welt auf diesen Parteitag. Es gilt für uns zu arbeiten im Interesse des gesammten Proletariats. (Bravo.)

Ich wolle diese wenigen Bemerkungen vorausschicken. Es war bei uns bisher üblich, daß der Parteitag geleitet wird von zwei Präsidenten mit gleichem Recht. Dagegen erfolgt auch diesmal kein Widerspruch, ich bitte um Vorschläge. Riß-Rönn schlägt Singer und Lesche-Altona vor. Ein anderer Vorschlag wird nicht gemacht.

Singer: Genossinnen und Genossen! Ingleich im Namen des Genossen Lesche sage ich Ihnen herzlichsten Dank für die Ehre, die Sie uns durch die Wahl zu Vorsitzenden erwiesen haben. Ich brauche, was mich anlangt, nicht erst zu sagen, wie tief ergriffen ich davon bin, daß nun schon zu wiederholten Malen der Parteitag mit dem Vertrauen erwies, mich mit der Leitung der Geschäfte zu beauftragen. Ich glaube, ich kann meinen Dank dafür nicht besser bezeugen, als wenn ich Ihnen auch heute verspreche, in strenger Objektivität alles anzubieten, um die Geschäfte des Parteitages im Interesse der Partei zu fördern. (Lebhafte Beifall.)

Die Vorredner haben in heroischer und schöner Weise auf einen Gedenktag hingewiesen, den wir heute feiern. Ich weiß noch einen anderen Gedenktag, der besonders für die Hamburger Genossen hier von Bedeutung ist: Auch das Hamburger Parteiorgan hat in diesen Tagen das Jubiläum des zehnjährigen Bestehens gefeiert. Und so wie die Hamburger Presse, waren es auch die Hamburger Genossen, die stets voran in der Partei gekämpft haben! Ich bege die feste Zuversicht, daß es auch in Zukunft so bleiben wird. (Beifall.)

Der Parteitag in St. Gallen, der letzte, der unter dem Sozialistengesetz abgehalten worden ist, hat uns zu neuen Siegen geführt. Wir treten heute in die Geschäfte dieses Parteitages ein, in der Zuversicht und in dem Bewußtsein, daß auch dieser Parteitag keinem anderen nachziehen wird in dem Bestreben, für die Ehre, die Kraft und die Agitation der Partei weiter zu arbeiten, und ich weiß mich eins mit Ihnen allen, wenn ich Sie bitte, dieses Gelübnis auszusprechen in unserem alten Schlichter: Die deutsche Sozialdemokratie, heute mehr angegriffen wie je, heute aber auch kampfbereiter wie je, sie lebe hoch, hoch!

Die Delegierten und die Zuhörer erheben sich von ihren Plätzen und stimmen begeistert in das Hoch mit ein. Auf Vorschlag von Seger-Leipzig werden durch Akklamation zu Schriftführern folgende Genossen gewählt: Fr. Waader-Berlin, Sperka-Stuttgart, Hug-Baut, Feldmann-Dangenbelaun, Sindermann-Dresden, Altona-Hamburg, Sittig-Hannover und Michaelis-Waldenburg.

Die provisorische Geschäftsordnung wird ohne Debatte genehmigt. Singer: Bevor wir die Tagesordnung festsetzen, bitte ich, zwei Resolutionen, die hier eingelaufen sind, — hoffentlich ein-

müthig — anzunehmen. Es sind Sympathiebekundungen für die nun den Achtstundentag ringenden englischen Metallarbeiter. (Lebhafte Beifall.) Die erste Resolution ist von Genossen Legien eingebracht und lautet:

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bietet den im Kampf um den Achtstundentag befindlichen Maschinenbauern Englands seine brüderlichen Grüße und wünscht, daß dieser für die Erreichung des achtstündigen Arbeitstages bedeutungsvolle Kampf zu Gunsten der Arbeiter entschieden werde. Die Delegierten verpflichten sich, in ihren Heimathorten dafür zu sorgen, daß der Zugang von Metallarbeitern nach England fern gehalten und auch eventuelle Unterstützung aufgebracht wird, damit die Metallarbeiter Englands nicht wegen Mangel an Geldmitteln den Kampf aufgeben müssen. Wenn der Parteitag auch der Meinung ist, daß die englischen Gewerkschaften finanziell so günstig stehen, daß sie noch lange dem Unternehmertum Trost zu bieten vermögen, so hält er es doch für den besten Ausdrück der Solidarität, wenn die deutschen Arbeiter nach besten Kräften den englischen Arbeitsgenossen mit materieller Hilfe zur Seite stehen. Der Einigkeit des Proletariats gegenüber wird das Unternehmertum sich als machtlos erweisen. Der Sieg der Maschinenbauer Englands wird neue Bahnen schaffen zum endlichen Siege des Proletariats aller Länder.

Eine zweite Resolution rühmt von den Genossen Süßler (Hof), Emmel (Saarlouis), Thiele (Halle), Planan (Neumünster) und Mehger (Hamburg) und hat folgenden Wortlaut:

Der heutige Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands entsendet den um den Achtstundentag kämpfenden Maschinenbauern Englands seinen brüderlichen Gruß. Er erklärt, daß die Sozialdemokratie Deutschlands mit hohem Stolz auf die mühseligen gewerkschaftlichen Organisation blickt, mit der die Arbeiter des Maschinenbaues in England der starken Koalition ihres Unternehmertums entgegenzutreten wissen. Mit Genugthuung begrüßt er ferner die Thatsache, daß zum ersten Mal gewerkschaftlich organisierte Arbeiter eines ganzen Gewerbes im kapitalistischen Mutterland England den Achtstundentag als Kampfpavole ausgegeben haben. Der Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands versichert deshalb die englischen Maschinenbauer seiner besonderen Sympathie und wünscht ihnen baldigen und vollständigen Erfolg in ihrem bedeutungsvollen Kampfe.

Legien bittet, die erste Resolution zu Gunsten der zweiten zurückzuziehen. Sie scheint mir besser dem Geist zu entsprechen, in dem wir uns ausdrücken wollen. (Zustimmung.)

Singer: Ja Genosse Legien damit einverstanden? Legien: Nein.

Singer: Ich glaube, es ist der Sache nicht dienlich, wenn wir uns in einem Wortkampf über die Fassung der Resolution einlassen. (Zustimmung.) Daraus es ankommt, wissen wir alle. Wir wollen den englischen Maschinenbauern unsere Sympathie, unseren Glückwunsch und unsere Hoffnungen auf ihren Sieg aussprechen. (Bravo!) Ich nehme an, daß der Parteitag damit einverstanden ist, wenn das Bureau die Redaktion der beiden Resolutionen zu einer vornimmt und ich konstatire mit Genugthuung, daß der Parteitag einstimmig die Sympathiebekundung selber beschlossen hat. (Bravo.)

Nunmehr wird zur Feststellung der provisorisch vorgeschlagenen Tagesordnung geschritten.

Punkt I: Geschäftsbericht wird debattelos anerkannt.

Singer: Wir werden den Geschäftsbericht wieder gruppenweise diskutieren und zwar in einer Gruppe: Allgemeine Agitation, in einer zweiten, die Presse, und in einer dritten: die Kassenverhältnisse. Dabei werden die Anträge, so wie sie in diese Eintheilung fallen, mitverhandelt werden. Diese Praxis hat sich in Gotha durchaus zweckmäßig erwiesen.

Die Punkte der Tagesordnung II, III und IV bleiben, wie vorgeschlagen ist.

Zu Punkt V: Die Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen beantragen die Parteigenossen des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises einen Korreferenten zu bestellen.

Böcker-Berlin: Die Genossen, die diesen Vorschlag machten, sagten sich: Wenn ein Korreferent bestellt wird, wird die Diskussion wesentlich abgekürzt. Aus eben diesem Grunde ersuche auch ich Sie, für den Antrag zu stimmen.

Der Antrag wird angenommen. Für das Korreferat werden Liebknecht, v. Elm und Schönkant vorgeschlagen. Schönkant verzichtet und Liebknecht wird mit großer Mehrheit zum Korreferenten bestimmt.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung bleiben, wie sie provisorisch aufgestellt waren, nachdem ein Antrag der Parteigenossen in Altona, als achten Punkt die Besprechung des Proportional-Wahlsystems einzuführen, nicht die nötige Unterstützung gefunden hat.

Als Arbeitszeit des Parteitages wird, wie es bisher immer üblich war, die Zeit von 9-1 und von 8-7 festgesetzt.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Singer dankt noch der Redaktion und dem Verlag der „Wartungzeitung“, die im Vereine mit dem Vorstande des Vorterrverbandes dem Kongress einen prächtigen Strauß aus rothen Georginen und Gladiolen gewidmet hat, für die Gabe und schließt dann gegen 1/9 die Vorversammlung.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 4. Oktober. — Vormittags-Sitzung. 9 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Auch in diesem Jahre haben wir das Vergnügen, die Vertreter ausländischer Bruderparteien bei uns zu begrüßen. Die belgische Sozialdemokratie hat Genossen Lournemont hierher geschickt. Ich heiße ihn herzlich willkommen. Wir alle wissen, mit welcher Tapferkeit, mit welcher Energie die belgische Genossen das allgemeine Wahlrecht und mit dem Wahlrecht den Zugang ins Parlament erobert haben. Wir wissen, daß sie auch in Zukunft ihre Schuldigkeit thun und Schulter an Schulter mit dem Proletariat aller Länder für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfen werden. Unsere österreichische Bruderpartei sendet zwei Delegierte. Genosse Silarer vertritt die Gesamtpartei-Vertretung, Genosse Zeller den sozialdemokratischen Verband österreichischer Reichsraths-Abgeordneter. Als wir vor einem Jahre in Gotha Genossen Schumier hörten, da versicherte er uns, und wir alle glaubten es ihm, daß die österreichische Partei mit aller Kraft in die Wahlbewegung eintreten und Mandate erobern würde. Heute weist ein sozialdemokratischer Reichsraths-Abgeordneter unter uns, Genosse Zeller, unsere österreichischen Freunde haben gleich im ersten Anlauf große Erfolge errungen, und wir haben die feste Hoffnung, daß sie auf diesem Wege weitererschreiten werden. Ich glaube es im Namen dieses Parteitages aussprechen zu können: die österreichische und die belgische Sozialdemokratie hat sich verdient gemacht um die Sache des internationalen Proletariats. Ich heiße ihre Vertreter hier herzlich willkommen. (Beifall.)

Genosse Lehner in London hätte, wie er schreibt, gern an unseren Parteitag theilgenommen, zumal er gerade jetzt das fünfzigjährige Jubiläum seiner Parteithätigkeit feiern kann. Leider ist er durch Krankheit verhindert.

Im Namen der spanischen Partei sendet uns Iglecias, der vielen von uns aus den internationalen Kongressen bekannt ist, Grüße und Wünsche für den Erfolg unserer Verhandlungen.

Außerdem ist eine Reihe weiterer Begrüßungsschreiben und Telegramme eingelaufen. Soeben erlaube ich, daß auch die sozialdemokratische Partei der Niederlande den Genossen Schayer, Mitglied des Gemeinderathes in Groningen, hierher geschickt hat. Ich heiße auch ihn herzlich willkommen. Auch die holländischen Genossen haben Mandate erobert und auch die Tribüne im Haag ist eine Stätte der Sozialdemokratie geworden. (Beifall.)

Singer: Bevor wir die Tagesordnung festsetzen, bitte ich, zwei Resolutionen, die hier eingelaufen sind, — hoffentlich ein-

Ich ertheile nunmehr das Wort dem Genossen Journemont. Genosse Liebtwecht wird die Freundschaft haben, seine Ansprache zu überlegen.

**Journemont:** Ich danke Ihnen für den freundlichen Empfang, den Sie mir zu theil werden lassen. Es freut mich, daß man anerkennt, daß das kleine Belgien auch ein Recht hat, hier zu sein und daß es eben so herzlich begrüßt ist wie die Vertreter der großen Nationen. Belgien ist ja nur ein kleines Land, welches gewissermaßen wie ein Satellit unter den andern Ländern um das große Deutschland herumkreist. Mit Stolz blicken wir alle empor zu der bestorganisirten und größten sozialistischen Partei, deren Vertreter wir hier versammelt sehen. Auch in Belgien, so klein es ist, hat der Sozialismus tiefe Wurzeln gefaßt, dreißig Deputirte sitzen in der Kammer, Hunderte von Vertretern befinden sich in den Gemeinderäthen, und die Angehörigen der Partei zählen nach Hunderttausenden, sobald man die Zeit voraussehen kann, wo die Mehrheit der Bevölkerung dort sozialistisch sein wird. Nochmals Dank für den freundlichen Empfang! (Lebhafter Beifall.)

**Claret-Wien:** Genossen! Es ist mir der ehrenvolle Auftrag zu theil geworden, Euch im Namen der Sozialdemokratie Oesterreichs zu begrüßen. Ich brauche wohl nicht besonders hervorzuheben, wie innig unsere Beziehungen zu Euch sind, ich brauche nicht zu betonen, wie eng geknüpft das Band ist, das uns mit Euch verbindet. Es ist allerdings ein natürlicheres Bandnis als das, welches unsere Diplomaten schließen, es ist ein Bündniß zum Zwecke der Befreiung der Arbeiterklasse. Noch im Vorjahre haben wir Euch die Versicherung gegeben, daß wir Oesterreicher unablässig bemüht sein werden, das Wahlrecht, das uns bisher vorenthalten wurde, zu erwirken, und trotz lebhaften Widerspruchs haben wir es durchgesetzt, daß das Ministerium dem Arbeiter sein Wahlrecht geben mußte, allerdings ein Wahlrecht, das man eher als ein Unrecht bezeichnen kann. Aber wir haben es verstanden, dieses Mittel, diese mageren Knochen, die uns hingeworfen wurden, zu benutzen im Kampfe um die Befreiung der Privilegien. Es war heuer im Frühjahr ein heißer Kampf, aber wenn der Kampf auf ein so tiefes Niveau herabgedrückt wurde, so war es nicht schuld der Sozialdemokratie Oesterreichs, sondern der bürgerlichen Parteien. Ich fühle mich verpflichtet, den deutschen Genossen den Dank für die thätigste Unterstützung in diesem Kampfe abzusprechen. Das was uns zu gemeinsamen Kampfe befehl, läßt sich nicht trennen durch die Grenzstränge, die die Bourgeoisie aufgestellt hat, um ihre egoistischen Bestrebungen besser in ihren Lokalsparten beschränken zu können. Das, was uns verbindet, hat eine weit tiefere und festere Grundlage, und ich bin überzeugt, daß sich diese Beziehungen immer mehr befestigen und ausbauen werden. Mit dem größten Interesse verfolgt die österreichische Partei Ihre Beratungen. Indem ich Ihnen nochmals besten Erfolg wünsche, schreibe ich mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. (Die Versammlung stimmt begeistert in den Ruf ein.)

**Zeller-Reichenberg:** Im Auftrage der Sozialdemokraten im österreichischen Abgeordnetenhaus spreche ich Ihnen den warmsten Dank aus für die thätigste materielle Unterstützung, die Sie uns in unserem Wahlkampfe geleistet haben. Noch mehr danken wir Ihnen aber für Ihre geistige Hilfe in dem Kampfe. Wir wissen Ihre Kämpfe und Ihre Erfolge wohl zu würdigen. Aber auch wir haben zu der Zeit Ihres Sozialistengesetzes zu kämpfen und zu leiden gehabt: Auch wir haben Erfolge errungen, wenn wir auch eine arme Partei sind. Gegenwärtig wird Ihnen viel erzählt von der Bedrückung des deutschen Volkes in Oesterreich. In der That, das deutsche Volk bei uns ist in einer erbärmlichen Lage, es wird bedrückt. Aber welches deutsche Volk? Die deutschen Arbeiter. Und wer ist der Feind? Nicht die polnischen und tschechischen Arbeiter; nein, neben dem polnischen Adel, dem tschechischen Adel und Bürgerthum auch das deutsche Bürgerthum. Wenn die deutschen Arbeiter ihre Lage verbessern wollen, dann wird nach den Sendarmen gefahren; das sind dieselben großen Führer der deutschen nationalen Bewegung, die dann in das Reich hinausgehen und um Hilfe rufen für das bedrückte deutsche Volk. Auch wir gehen hinaus, um unsere Gemeinsamkeit mit Ihnen zu betonen und uns für den Kampf zu stärken. Wir wünschen Ihnen weitere Erfolge; auch bei uns machen Sie sich bemerkbar und wir heimlich einen Theil von ihnen ein. Die deutsche Sozialdemokratie hat uns den Weg gezeigt, wir folgen ihrer Führung. Möge sie auch in Zukunft uns vorbildlich sein und von Sieg zu Sieg schreiten. Hoch die internationale Sozialdemokratie! (Die Versammlung stimmt in das Hoch ein.)

**Schaper-Brüningen:** Ich überbringe die Grüße der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und auch unseren herzlichsten Dank für die finanzielle Unterstützung. Unsere Partei ist leider noch klein, aber zwei Genossen haben wir schon ins Parlament gebracht, wir hoffen es weiter zu bringen. Hoch die deutsche, hoch die internationale Sozialdemokratie!

Die Genossen Guesde und Lafargue übersenden die Grüße der französischen Arbeiterpartei.

Singer theilt mit, daß am Donnerstag die Nachmittags-Sitzung anfällt. Der Kongreß wird an diesem Tage der Einladung des Lokalkomitees zu einer Hofenfahrt folgen.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.  
Punkt 1: Geschäftsbericht des geschäftsführenden Ausschusses.

**Pfannkuch:** Der Bericht des Ausschusses liegt gedruckt vor, und nur wenig ist diesmal mündlich hinzuzufügen. Zu den Begrüßungen wurde bereits auf die Erfolge der Sozialdemokratie in außerdeutschen Ländern hingewiesen. Gedenken wir auch der kleineren Erfolge, die die Partei im eigenen Lande errungen hat. Als wir im vorigen Jahre nach Gotha gingen, konnten uns die Gothaer Genossen mittheilen, daß sie acht Mandate erobert hätten. Das war der schönste Willkommensgruß, der uns werden konnte. Genosse Wandert ist inzwischen wieder in den Landtag für Sachsen-Weimar gewählt worden. Bei den Meininger Landtagswahlen haben wir vier Mandate erobert; in einem fünften Kreise sehen wir in Stichwahl.

Die Agitation war wie immer die vornehmlichste Aufgabe der Partei. Daß die Parteileitung in dieser Hinsicht ihre Pflicht gethan hat, dafür spricht wohl der Umstand, daß diesem Parteitage in bezug auf Agitation viel weniger Anträge aus den Reihen der Genossen vorliegen, als je zuvor. Nur drei Anträge liegen auf diesem Gebiete vor. Der erste (Parteiorganisation in Breslau, 85.) fordert die Anwendung größerer Mittel für die Agitation im ober-schlesischen Industriebezirk. Noch ein anderer (41.) Antrag, der Antrag Verjus, bezieht sich mit demselben Gebiete. So verschiedenartig wie die Materie der beiden Anträge auf den ersten Blick auch scheint, so stehen sie doch im engen Zusammenhang. Wenn nicht vorher die Frage geregelt wird, so wird der Parteitag in dieser Frage ein Nachwort sprechen müssen.

Es erscheint notwendig, den zentralistischen Charakter unserer Partei mehr als bisher in den Vordergrund zu stellen. Der geschäftsführende Ausschuss hat versucht, das Pflichtbewußtsein der Genossen im Lande zu wecken. Auf dem vorigen Parteitage wurde bereits Klage darüber geführt, daß die Vertrauensleute im Lande es an erscheinender Berichterstattung an die Zentrale fehlen ließen. Die Anregung, die in Gotha gegeben wurde, und die Mahnung des Partei-Ausschusses, das Versäumte nachzuholen, hat gute Früchte getragen. Das Material, das auf diese Weise zur Kenntniß gelangt ist, wird dem Parteitag unterbreitet und auch sernerhin weiter bearbeitet werden.

Wenn an einzelnen Orten darüber geklagt wird, daß nicht genug Mittel für die Agitation zur Verfügung gestellt wurden, so ist darauf hinzuweisen, daß es in einzelnen Orten Gebrauch geworden ist, beträchtliche Mittel zurückzubehalten, um für alle möglichen Fälle und Zufälligkeiten gerüstet zu sein. Gewiß ist es schön, wenn die Genossen vorsichtig sind, aber vergegenwärtigen wir uns doch, daß es ganz gleich ist, ob für solche Zufälligkeiten die Mittel am Orte oder in einer Zentralfstelle lagern. Der zentralistische Gedanke der Partei muß aber dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Gelder bei einer Zentralfstelle einlaufen, die sie den

einzelnen Orten wieder zur Verfügung stellt. Ich könnte auf einzelne Parteiliste exemplifizieren, die eine rühmliche Ausnahme von der vorhin gelabelten Gewohnheit machen. Sie stellen neun Zehntel der Parteil-Einnahmen der Zentralkasse zur Verfügung und decken die besonderen örtlichen Anforderungen mit dem letzten Zehntel. Diesem Beispiel sollte überall nachgeahmt werden.

Was die allgemeine Agitation betrifft, so liegt hier die Anregung der Magdeburger Genossen vor, im ganzen Reich eine umfassende Agitation für den Achtstundentag zu entfalten und ihn im Parlament zu fordern. Nebenbei wird die Forderung der Arbeitsruhe am ersten Mai erhoben. Reihliche Forderungen sind auch im Laufe des Geschäftsjahres von einem Theil der Parteipresse mit allem Nachdruck erhoben worden. Die Parteileitung sollte dazu gedrängt werden, mehr als bisher in dieser Hinsicht zu thun. Weiter hat der Hamburger Antrag, der hier des ersten Mai eine andere Richtung zu geben, zu lebhaften Debatten in der Parteipresse geführt. Man wunderte sich, daß gerade von Hamburg diese Anregung kam. Zwischen diesen beiden Anträgen hat die Parteileitung wohl die richtige Mitte gehalten. Der Parteitag wird den Hamburger Antrag wohl ablehnen; es ist, wie ich die Dinge übersehe, auch wohl ein Antrag, der aus einer gewissen örtlichen Bestimmung zu erklären ist, darüber, daß die Hamburger Genossen das letzte Mal den ersten Mai nicht so haben feiern können, wie sie es gewünscht hätten. Der Parteitag kann aber einer örtlichen Bestimmung, einem Antrag aus verärgerten Gemüthern, nicht Rechnung tragen. Im allgemeinen hat die Ausführung des Gedankens der Arbeitsruhe am 1. Mai eine erfreuliche Zunahme gezeigt; wir haben keinen Anlaß, hier hemmend einzugreifen. Bezüglich des Antrags von Calbe-Aischersleben wegen Aufhebung der Gesinde-Ordnung ist das gleiche zu sagen, wie im vorigen Jahre. Auch in diesem Geschäftsjahre wird es noch nicht möglich sein, die Agitation auf diesen Punkt besonders zu konzentriren. Auch des Bremer Antrags bezüglich der ursorischen Flottenpläne halte es wohl nicht bedürftig; die kommenden Reichstagswahlen werden jedem, der gegen die ursorischen Flottenpläne etwas auf dem Herzen hat, reichlich Gelegenheit bringen, sein Herz zu erleichtern.

Die Schwierigkeiten, die der Ausführung der Agitation entgegenstehen, sind mit dem Wachsen der Partei immer größer geworden. Ueberall wird bittere Klage darüber geführt, daß die zur Verfügung stehenden Lokale immer geringer an Zahl werden. So ist es zu erklären, daß dort, wo die Genossen über größere Lokale verfügen, oder wo sie nach längerer Pause wieder in die mündliche Agitation treten können, immer und immer wieder der Ruf erschallt, es möge ein Reichstags-Abgeordneter hingeschickt werden. Wäre die Saalabreibung nicht so im Flor, wie sie im Flor ist, so könnten die Agitationstouren auch von solchen Genossen ausgeführt werden, die dieselben Fähigkeiten und dieselbe Routine haben, wie die Genossen, die immer wieder verlangt werden. Aber weil diese Uebelstände bestehen, sind jene Forderungen begründlich; die Genossen wollen jemand haben, der durch die Zugkraft seines Namens den Saal zu füllen im Stande ist. Wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden, so muß man sich damit bescheiden, daß unter Umständen andere wichtigere Aufgaben der Partei zu erledigen sind. Die Genossen denken oft, wenn eine Abfrage erfolgt, sei es besser Wille; nein, es sind höhere Partei-Interessen dafür ausschlaggebend, wenn irgend ein Verlangen abgelehnt wird.

Wenn wir die mündliche Agitation nicht in dem bisherigen Maße betreiben können, so tritt die Flugblatt-Vertheilung naturgemäß an ihre Stelle, deren Unterbreitung eine Hauptaufgabe der Polizei-Organen ist. Alle mündlichen Verordnungen, ja selbst eine veraltete Sabbathordnung muß in Verbindung mit dem „Groben Unflugparagrafen“ dazu herhalten, um die Vertheilung zu erschweren. Die richterliche Ausfüllung dieses Paragraphen geht sogar so weit, daß es als grober Unflug angesehen wird, wenn einem Anderenstehenden ein Flugblatt überreicht wird, ganz besonders wenn es vor dem Kirchthore geschieht, weil hierdurch der andere politisch Denkende in seinem religiösen Gefühl beeinträchtigt wird. Das hat dazu geführt, daß unsere Genossen nicht in dem Maße, wie sie es gern thun würden, den einzig freien Tag zur Agitation verwenden können. Klagen darüber anzustellen, wäre müßig, wir müssen uns mit diesem Zustande abfinden und unsere Genossen werden sich damit abzufinden wissen.

Im vorausgegangenen Geschäftsjahre waren wir an Reichstagswahlen als Partei betheiligt. Unsere Hoffnungen sind dabei nicht ganz erfüllt worden. Man hat uns nicht behaupten können, immerhin bürden die erreichte Stimmenzahl und die Erfolge bei den Landtagswahlen dafür, daß wir den Wainzer Reichstagsgehül das nächste Mal wiedergewinnen werden. Einen besonderen Nachruf an die Genossen möchte ich bei Erwähnung der Wiesbadener Wahl richten, ich möchte da geradezu einen moralischen Zwang ausüben. Bei den Nachwahlen glauben die Genossen vielfach, der Erfolg werde durch ausreichende Geldmittel verbürgt. Das ist ein Irrthum; wie es das Frankfurter Organ nach der Wahl richtig ausgesprochen hat, ist vor allem erforderlich eine starke, geschlossene politische Organisation. Auch in manchen anderen Kreisen ist da noch viel nachzuholen, und diese Mahnung kann nicht oft genug wiederholt werden. In den Berichten der Vertrauensmänner wird vielfach Klage darüber geführt, daß durch Verreibungen, die auf anderen Gebieten liegen, die Kräfte abgelenkt und zersplittert werden. Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen ist es notwendig, daß die Parteigenossen nicht weiter in diesen Fehler verfallen; dann können wir getrotzen Muthes dem Wahlkampf entgegensehen, wir werden ihn der Parteireihe gemäß zu führen verstehen.

Mit ein Paar Worten will ich der Agitation gedenken, soweit die Militärverwaltung darüber in Hornisch gerathen ist. Niemand mehr wie die Sozialdemokratie selbst warnt ihre Parteiangehörigen, alles und jedes zu unterlassen, was sie mit dem Militär-Stroßgeschwade in Konflikt bringen kann. Aber daran ist nun einmal nichts zu ändern, daß eine Partei, die nahezu zwei Millionen Wähler repräsentirt und sich mit der Hoffnung trägt, bei den kommenden Wahlen die zwei Millionen zu überschreiten, ganz von selbst entsprechend im Geere vertreten ist. Was die bürgerliche Presse unserer Ansicht, daß sich in den stetig wiederkehrenden Erlässen der Militärverwaltungen der Partikularen sich eine bange Sorge dokumentirt, noch so entrüstet entgegenzutreten; wir wollen darüber nicht streiten. Wir werden uns in unserer bisherigen Taktik nicht beirren, uns nicht zu etwas anderem verleiten lassen; wie wir bisher taktvoll gehandelt haben, werden wir es auch in Zukunft thun. Wir wissen, daß mit jeder weiteren Ausbreitung der Partei auch das sozialistische Gift notwendig denjenigen Körper durchdringen muß, den man als das letzte und festeste Fundament der bürgerlichen Gesellschaft ansieht.

Ich gedenke noch mit ein paar Worten der Presse. An der Hand des Geschäftsberichts könnte man ja dieses so weitläufige Mittel der Organisation als im Niedergang begriffen annehmen. Allerdings sind einige Kopfbilder eingegangen, die entgegen den Mahnungen der Parteileitung in einzelnen Orten, wo die Genossen durchaus ein eigenes Blatt haben wollten, gegründet wurden. Ihre Gründung beruhte auf unrichtiger Voraussetzung und ihr Geschick mußte sich erfüllen. Im ganzen ist es zum mindesten beim bisherigen Zustand geblieben oder er hat sich verbessert. Der Rassenbericht gibt unseren Gegnern Anlaß zu der Behauptung, die Partei habe ihre Druckschriftsfähigkeit bereits überschritten. Wir wissen, daß das nicht der Fall ist; es bleibt dasselbe zu sagen, was ja Auer das vorige Jahr in deutlicher Weise ausgesprochen hat. Es ist leider eine Thatsache, daß an manchen Orten die Genossen große Mittel festlegen und sie nicht an die Parteikasse abführen. Das muß anders werden; dann wird es auch möglich sein, manche Wünsche bezüglich Veräußerung des Agitationsmaterials, wie sie aus den verschiedenen Kreisen an die Parteileitung herankommen, in höherem Maße als bisher zu befriedigen. Ich kann da nur auf die Berliner Genossen als ein musterhaftes Vorbild hinweisen. Es ist grundfalsch, zu sagen, wenn der Kreis seine Gelder befallt, braucht er sich nachher nicht an die Parteileitung zu wenden. Mögen die Beratungen des Parteitages dazu beitragen, daß der zentralistische Charakter der

Partei mehr als bisher wieder in den Vordergrund gerückt und gestärkt wird. Das ist der Wunsch der Parteileitung, Ihre Pflicht und Aufgabe. (Lebhafter Beifall.)

Den Rassenbericht erstattet **Verisch**. Bis her wurde nur jährlich die Zahl der vorhandenen Blätter der Parteileitung angegeben; in diesem Jahre haben wir die Parteipresse um nähere Angaben ersucht, aber trotz aller Bitten und Mahnungen sind noch viele Blätter mit ihren Angaben im Rückstande (hörl! hörl!). Nach meinen Schätzungen, die von der Wirklichkeit wohl übertroffen werden, haben die täglich erscheinenden Blätter einen Abonnentenstand von mindestens 256 524. Davon haben 6 Blätter eine Gesamtzunahme von 1440 Abonnenten, 23 Blätter eine Zunahme von 16 847, so daß sich nach Abzug des Verlustes für die täglich erscheinenden Blätter ein Gewinn von 16 407 Abonnenten ergibt. Hierbei sind allerdings die Veränderungen in der Erstreckungsweise der Rheinisch-westfälischen Arbeiterzeitung sowie unserer Parteipresse in München und Rugsburg nicht berücksichtigt. Wenn wir diese Verschleudungen hoch anschlagen, so beträgt die Differenz nur 5000, so daß bei den täglich erscheinenden Blättern immer noch ein Gewinn von 10 000 Abonnenten zu verzeichnen ist. Die Gesamteinnahme der täglich erscheinenden Blätter beträgt ziffernmäßig 2 577 891 M.; dazu kommen noch die schätzungsweise sehr niedrig eingestellten Einnahmen von drei Blättern, die keine Angaben gemacht haben, so daß sich insgesamt eine Einnahme von 2 701 891 M. ergeben dürfte. Von dieser Summe kommen auf Einnahmen aus Abonnementsbeiträgen rund 1 804 000 M., aus Inseraten 897 000 M. — Die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben eine Abonnentenzahl von 86 688; einschließlich eines Blattes, von dem keine Angaben vorliegen und dessen Abonnentenstand ich sehr niedrig eingeschätzt habe, beträgt die Gesamt-Abnomentenzahl 41 063. Drei Blätter haben eine Abnahme von 190, sechs Blätter eine Zunahme von 1547 Abonnenten; im ganzen ergibt sich also ein Gewinn von 1357 Abonnenten. Die Gesamteinnahmen betragen 246 877 M., wovon auf Abonnementsbeiträge 189 387, auf Inserate 77 540 M. kommen. — Bei den zweimal wöchentlich erscheinenden Blättern beträgt der Abonnentenstand 16 065; ein Blatt hat 100 Abonnenten verloren, drei Blätter haben 800 Abonnenten gewonnen, der Gewinn beträgt also 700. Die Gesamteinnahme besizt sich auf 64 435 Mark, und zwar 54 204 Mark aus Abonnementsbeiträgen und 10 230 Mark aus Inseraten. — Die einmal wöchentlich erscheinenden Blätter haben insgesamt 9587 Abonnenten, ein Blatt hat 300 verloren, ein anderes 300 gewonnen; Gewinn und Verlust gleichen sich also aus. Die Gesamteinnahmen betragen 19 880 M., aus Abonnementsbeiträgen 17 557, aus Inseraten 2322 M. Die Parteipresse hat also insgesamt 328 259 Abonnenten; gewonnen sind insgesamt 12 027. Die Einnahme der gesamten Parteipresse beträgt 3 082 192 M., wovon 2 045 079 M. aus Abonnementsbeiträgen, 987 113 M. aus Inseraten stammen.

An Projektkosten wurden gezahlt für die täglich erscheinenden Blätter 34 074 M. Obenan stehen Breslau, Erfurt und Halle a. S. mit zusammen 14 817 M. Für die dreimal, zweimal und einmal wöchentlich erscheinenden Blätter wurden an Projektkosten 5033 M., insgesamt also 40 027 M. verausgabt.

Demnächst wird ja wieder eine Pressekonferenz tagen; jedenfalls wäre es erwünscht, daß die Parteiblätter sorgfältige Angaben machen, damit unsere statistischen Erhebungen fortgesetzt werden können. Nur so wird die Parteileitung im Stande sein, ein richtiges Urtheil zu fällen. Zweifelloß hat sich im letzten Jahre eine Zunahme an Abonnenten gezeigt. Aufgabe der Parteigenossen wird es sein, weiter für unsere Presse zu agitieren. Möge kein Redner eine Volksversammlung vorübergehen lassen, ohne auf die Wichtigkeit der Presse aufmerksam zu machen! (Sehr richtig!)

Bevor ich auf die offizielle Berichterstattung über die Rassenverhältnisse übergehe, muß ich es auf schärfste betonen, daß, trotzdem wir den Genossen sechs Wochen Zeit zur Berichterstattung gegeben und trotzdem wir ihnen alles so bequem und mundgerecht wie möglich (Fortsetzung im Hauptblatt.)

## Tokales.

Die Ausstellung des Gewerbesaales bietet Kunstschmiedeschlössern, Mechanikern und Maschinenbauern viel Anregendes. Man lernt dort die Vorarbeiten kennen, die bei Ausübung der angeführten Gewerbe nötig sind. Die angefertigten Zeichnungen und Modellirungen lassen die bedeutenden Fortschritte dieser Gewerbe in den letzten Jahren begreiflich erscheinen. Vor der Zeichnung der Schmieße, die trotz ihrer schweren Arbeit mit leichten, flotten Strichen ihre Gitter, Wandarme, Kronleuchter u. a. zeichnen, muß man unbedingt Achtung haben. Nur ist es bedauerlich, daß unter den Zeichnungen so wenig Selbstentwürfe zu sehen sind, ja, daß man überhaupt fast gar kein Streben nach neuen Formen entdecken kann. Wohl ist der Aufschwung der Kunstschlosserei und Kunstschmiederei noch sehr neuen Datums, doch sieht man z. B. im Hofaviertel, im Thiergartenviertel und auch in manchen Geschäftspaläden der inneren Stadt viel eigenartigerer Eisenkittler und Geländer, als im Durchschnitt unter den Zeichnungen, die doch immer der praktischen Ausführung voraus sein sollten. Mit Vorliebe läßt man die Schüler immer noch zu viel in alten Stilen arbeiten. Es ist ja gewiß gut, wenn die Schüler diese Lehren lernen, doch sollte mehr auf die Anforderungen des modernen Gewerbes gegeben werden. Die italienische Renaissance eignet sich, wie man bei Vergleichen der Zeichnungen sehen kann, auch sehr schlecht zu Arbeiten in Eisen; die Gothik ist mit ihren kräftigen Formen sicher vorzuziehen, da das Material doch kernige Linien braucht. Auch dürfte die Gothik mehr zu neuen Entwürfen reizen. Soviel steht fest, daß die Kunstschmiedearbeiten, da sie die plumpen Holzläufe und Geländer und die schlechten gusseisernen Stadien schon fast gänzlich verdrängt haben, sicher einen nicht geringen Einfluß auf das ganze Kunstgewerbe ausüben werden. In die Herstellungsweise der Eisenarbeiten führen die mathematischen Aufzeichnungen von Moseletten und Mollköpfen ein, ebenso das sogenannte Modell-anstragen, wo nach einem Entwurf das Ornament in Papier und Blech ausgeschitten wird. Die Zeichnung eines Dachschildes zeigt, daß nicht nur Ornamentales, sondern auch Konstruktives gelehrt wird; man sieht das Schildes Vorderansicht und auch daneben, wie es befestigt werden muß. Ueberhaupt ist zu loben, daß alle Gegenstände von mehreren Seiten gezeichnet werden, sobald bei der Herstellung irgend welche Irrthümer gänzlich ausgeschlossen sind. Unter den in Plaketen ausgeführten Modellirungen fallen namentlich ein ornamentales Löwenkopfsowie ein launter Hundekopf und ein Menschenkopfs auf. Durch ganz einfache Linien werden bei den beiden letzteren gute Wirkungen erzielt.

Bei den Zeichnungen der Mechaniker und Maschinenbauer, die alle möglichen Maschinen, Instrumente und Apparate darstellen, ist die Sauberkeit anzuerkennen. Die Kennzeichnung einzelner Theile geschieht durch eine leichte Farbbezeichnung, auch sind viel Federzeichnungen und einzelne Skizzen zu sehen. Jedemfalls lernen alle Schüler die Technik des Zeichnens in ausreichendem Maße. An den sämtlichen Zeichnungen eines hervorragenden begabten Schülers ist auch die Entwicklung zu sehen, die der Schüler binnen wenigen Jahren durchmachen können. Von den einfachsten Körperzeichnungen hat er sich in vier Jahren durchgezeichnet bis zu den komplizirtesten Maschinentheilen. Die Schüler (im letzten Jahre 1723) werden unterrichtet in 76 Kurven, die in zehn, durch die ganze Stadt vertheilten Abtheilungen abgehalten werden.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Ausstellung noch bis Mittwoch, und zwar mittags von 12—3 und abends von 6 bis 9 Uhr geöffnet ist.

**Berliner Theatergrößen.** Richard Alexander hat bis jetzt noch mit keiner Bühne ab 1888 abgeschlossen. Man erzählt, daß der beliebte Künstler die habsche Kleinkunst von 80 000 M. beansprucht. Emil Thomas, sein Rivale auf dem Gebiet, bezieht an die 40 000 M. und Georg Engels verlangte im vorigen Jahre nach 10 000 M.

mehr als er. Infolge dessen konnte sich kein Engagement des Künstlers ermöglichen. — Diesen respektablen Gehältern stehen natürlich hunderte gegenüber, die kaum zum Sattessen ausreichen.

In Sachen der Verkömmerungsverordnung heißt es jetzt, daß einem Beschlusse des Staatsministeriums entsprechend Verhandlungen wegen Revision der in Rede stehenden Polizeiverordnung eingeleitet, aber noch nicht zum Abschlusse gebracht sind. Es wird natürlich nicht darauf zu rechnen sein, daß der Theil der Maßnahmen, welcher das Versammlungswesen einschließt, zurückgenommen werde. Die Versammlungsfreiheit ist ja auch ein Ding, das den meisten Verordnungsfeindlichen Geschäftsleuten in hohem Grade gleichgültig ist.

Ueber moderne Malerei hielt am Sonntag Abend Herr Dr. Köppen in der alten Urania einen interessanten und anregenden Vortrag. In klaren Sätzen führte Herr Dr. Köppen den Zuhörern die politische Entwicklung vor Augen, zu der das Jahr 1848 den Anstoß gegeben, und zeigte, wie aus dem Strome der sozialen Kämpfe auch die jüngeren Künstler geschöpft und sich zu muthigem Vorstöße gegen die joggigen Regeln der farbenfeindlichen Akademiker den Muth geholt haben. Nachdem weiter geschildert worden, wie die neue Kunst der Freilichtmalerei sich zunächst der Landschaft zuwenden mußte, wurden in farbigen Glasbildern, die von den besprochenen Künstlern selber ausgeführt waren, die hauptsächlichsten Werke der neuen Richtung dem Publikum vorgeführt. An den bekannteren Werken der Künstler Seib, Liebermann, Hans v. Bartels, Vill. Wetmann und Deisslow machte der Vortragende seine Gemeinde mit der neuen Auffassung der Natur und der hohen Bedeutung der Farbe in der modernen Malerei bekannt und zeigte dann an Böllin und Leffer-Utz ihren Einfluß auf die idealisierenden Künstler. Auch wurde an charakteristischen Beispielen der Unterschied in der alten und neuen Darstellung des Porträts veranschaulicht. Den Schluß bildete eine Vorführung und interessante Erläuterung von Max Klinger's Aufsehen erregendem Bilde „Christus im Olymp“. Herr Dr. Köppen verstand es, sich von aller akademischen Bornehmtheit fernzuhalten; die offene Begeisterung, die er den wirklichen Künstlern der neuen Richtung darbrachte, und die Entschiedenheit, mit der er den alten Jopf angriff, mußte auch bei denen Freude erwecken, die nicht in allen Fällen auf dem Boden seiner Anschauung stehen mochten.

Die Urania begann die Eröffnung ihres alten Institutes in der Invalidenstr. in welchem wissenschaftliche Experimental- und Projektionsvorträge gehalten werden sollen, für diesen Winter am Sonnabend mit einem Vortrag über Telegraphie ohne Draht. Durch die Versuche Marconis, die wir schon früher eingehender behandelt haben, ist die Frage der drahtlosen Telegraphie in ein aktuelles Stadium getreten, und das zahlreich erschienene Publikum folgte den Ausführungen des Herrn Dr. Spies über den Zusammenhang der Induktion mit elektrischen Wellen und die Verwendbarkeit telegraphischer Zeichengebung mit großem Interesse und reichem Beifall.

Der städtische Gewerbesaal VI und die Berliner Tischlerschule V für den Südosten unserer Stadt beginnen am 8. Oktober dieses Jahres das Wintersemester. Maschinenbauer, Mechaniker, Kunst-, Bau- und Maschinenschlosser und Angehörige verwandter Gewerbe, sowie die Angehörigen des Tischlergewerbes finden hier die beste Gelegenheit, sich die ihrem Berufe entsprechende zeichnerische Ausbildung anzueignen. Der Unterricht findet Sonntags von 9 bis 12 1/2 Uhr und werktäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt und wird von praktischen Technikern erteilt. — Anmeldungen nimmt der Rektor Schönemann im Amtszimmer der 151. Gemeindeschule, Reichensbergerstraße 131/132 täglich vor Beginn des Unterrichts entgegen. Das Honorar für einen Kursus beträgt 4 M., für zwei und mehr Kurse 6 Mark.

Die 7. städtische Fortbildungsschule für Mädchen, welche seit 15 Jahren in Schulhaus Raunynstraße 63 besteht, beginnt ihre Unterrichtskurse für das Wintersemester am Mittwoch, den 6. Oktober. Die Unterrichtsfächer sind: Deutsch (Rechtschreibung, Briefstil, Aufsatz, Sekunde), Schönschreiben, praktisches Rechnen, einfache und doppelte Buchführung, gewerbliches Zeichnen, Gesang, Turnen, Maschinenbau, Wäschezuschnitten, Schneidern, Plätten, Putzmachen, sowie alle weiblichen Handarbeiten in L. Kunsthandarbeiten. Außerdem wird Französisch und Englisch für den mündlichen und schriftlichen Gebrauch gelehrt sowie auch die Stenographie nach Stolz und Uebung im Gebrauch bewährter Schreibmaschinen erworben. Das Schulgeld beträgt für die Hauptfächer zusammen monatlich 50 Pf., für die übrigen 1 M.

Anmeldungen werden nachmittags von 6 Uhr ab im Amtszimmer der 42. Gemeindeschule beim Rektor Zander, Raunynstraße 63, entgegengenommen.

Die 8. städtische Fortbildungsschule für Jünglinge und Erwachsene, Putzstraße 23, in der Nähe des Humboldtthaus, erfreut sich eines regen Besuchs. Im vergangenen Halbjahr haben 520 junge Leute, besonders Kaufmanns- und Handwerker-Lehrlinge, an dem Unterricht theilgenommen. Außer in den allgemein bildenden Fächern, Deutsch, bürgerlichem, kaufmännischem und geometrischem Rechnen wird in Französisch und Englisch in Ober- und Unterkursen, in einfacher und doppelter Buchführung, Stenographie, Geometrie, Algebra, Physik, Mechanik, Chemie, Zirkel-, Projektions-, Ornament- und Körperzeichnen, Fachzeichnen für Graveure und Lithographen und in Modellieren unterrichtet. Ferner ist mit der Schule ein städtischer Gewerbesaal und eine Abtheilung der Berliner Tischlerschule mit zusammen 125 Theilnehmern verbunden, in denen Fachzeichnen für Schlosser, Maschinenbauer, Mechaniker, Drechsler und Tischler gelehrt wird. Das Winter-Halbjahr beginnt Mittwoch, den 6. Oktober. Anmeldungen nimmt der Leiter der Schule, Rektor Kiese, mittags von 12—1 und abends von 7—9 im Schulhause entgegen.

In der städtischen Fortbildungsschule, Fruchtstr. 33/39 findet in diesem Winter, Mittwoch, abends von 7—9 Uhr, ein unentgeltlicher Kursus in der Gesetzeskunde statt. Er wird namentlich das Gewerberecht und der gewerbliche Arbeitsvertrag sowie das Arbeiterversicherungs-Gesetz behandelt werden. Anmeldungen in der Anstalt. Beginn am 6. Oktober cr.

Die zweite Damenabtheilung des Turnvereins Richte veranstaltete am Sonntag Nachmittag in der Turnhalle der Realschule an dem Gesundbrunnen ein Schauturnen, zu dem sich eine stattliche Anzahl Zuschauer und Zuschauerinnen eingefunden hatten. Die Freiübungen wie die Produktionen an Geräten legten Zeugnis vom dem Eifer ab, mit dem sich die jungen Mädchen den körperlichen Übungen hingaben, und der frische Gesang, der aus den jugendlichen Reihen erklang, bewies, daß die Fröhlichkeit gleichfalls eine Stätte im Verein findet. In einer hübschen Ansprache belehrte eine junge Dame das Publikum über die Richtigkeit des Frauenturnens. Das Interesse, welches die Rednerin für den Verein beanspruchte, wird ihm in seiner ferneren Entwicklung gewiß noch reicher als bisher entgegengebracht werden.

Der Fall des Kutschers Schulz in polizeilicher Darstellung. In der Affäre aus der Kochstraße, über welche wir vor einigen Tagen berichteten, wird von polizeilicher Seite das folgende gemeldet: Am 23. September, nachmittags gegen 6 1/2 Uhr bog der Kutscher Schulz mit einem Geschäftswagen vorschrittswidrig aus der Kochstraße in den schmalen Trabe und im kurzen Bogen nach links in die Wilhelmstraße ein. Von dem dort stehenden Schlagschlagposten durch Wink und Zurufe auf das vorschrittswidrige Fahren aufmerksam gemacht, fuhr Schulz zunächst zwar weiter, machte aber dann auf dem Führerort leidet und stellte den Schlagschlagposten wegen seines Zurufes zur Rede. Nun erst stellte der Beamte ihn mit Hilfe einer Steuerquittung fest und forderte ihn, da sich inzwischen eine größere Menschenmenge angeammelt hatte, zum Weiterfahren auf. Der wiederholten Aufforderung leistete Schulz auch, als noch ein Beamter hinzukam, keine Folge, sodas er zur Befestigung des Anlaufs zur Bache gebracht werden sollte. Da er Widerstand leistete, mußte er vom Bod geholt und ihm die Keine, an der er sein Pferd heftig riß, aus den Händen genommen werden. Vorher schon hatte der eine Beamte die Fänge abschneiden wollen,

um das Thier von seiner Qual zu befreien. Von der Wache aus wurde Schulz entlassen, als die genauere Feststellung seiner Person erledigt war.

Mit einem furchtbaren Tode hat Sonntag Morgen in Schöneberg der leichtsinnige Lebenswandel eines jungen Mannes geendet. Der 18 Jahre alte Sohn Otto des Bankbeamten Schwerdt aus der Kaiser Friedrichstraße war bei der Post als Hilfsbeamter angenommen worden. Sein leichtsinniges Leben führte aber dahin, daß er vor einiger Zeit den Dienst verlassen mußte. Der junge Mann hatte nur wohl nicht mehr den Muth, seinen Eltern vor die Augen zu kommen, und trieb sich umher. Vergebens forschte der Vater nach seinem verlorenen Sohne. Er erfuhr nur, daß derselbe bei verschiedenen Bekannten auf seinen Namen Schulden gemacht hatte, den Aufenthalt des Gesuchten aber vermochten ihm auch die Bekannten nicht anzugeben. Am Sonntag Morgen um 6 1/2 Uhr fand die Frau des Pförtners aus dem Hause, in welchem die Eltern des Gesuchten wohnen, diesen im zweiten Stock auf der Treppe liegen. Bevor die Frau den Elern Mittheilung machen konnte, lief der junge Schwerdt die Treppe hinauf und stürzte sich aus dem flurlosem der vierten Etage in den Hof hinab, wo er mit zer splittertem Schädel todt liegen blieb. Es heißt, daß der junge Schwerdt geistesgehebt gewesen sei.

Erschossen hat sich gestern, Montag, Mittag der 50 Jahre alte Rentner von Norden, der mit seiner Frau in einem Pensionat in der Potsdamerstraße wohnte. von Norden's Frau hatte wiederholt Anfälle von Selbstgefahrtheit und befand sich bereits zweimal in der Maison de santé. Auch das letzte Mal wurde sie von dort nur gebessert, nicht geheilt. Der Mann scheint unter diesen Verhältnissen schwer gelitten zu haben und wurde schließlich hochgradig nervös. Gestern Vormittag ging er gegen 11 Uhr aus. Man merkte ihm nichts Besonderes an, obgleich er wohl schon den festen Plan gefaßt hatte, aus dem Leben zu scheiden. Nicht viel später kam er auf den Flur des Hauses Potsdamerstraße 50, zog hier einen Revolver aus der Tasche und löbte sich durch einen Schuß. Die Pförtnerleute, die auf den Knall herbeieilten, holten sofort aus dem Nebenhaus einen Arzt. Dieser konnte jedoch nur noch feststellen, daß der Tod bereits eingetreten war. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt.

Verdächtig. In der Meldung über das Ableben unserer Parteigenossin Bruder ist ein Druckfehler vorgekommen. Unsere todt Genossin war irrthümlich Bruder genannt worden.

Ver schwunden ist seit einigen Tagen die 26 Jahre alte Tochter des früheren Beredehauschaffners Berg aus der Alsterstr. 160, die in verschiedenen Verdictsverhandlungen von sich reden gemacht hat. Man vermutet, daß das Mädchen sich ein Leid angethan hat.

Kleine Chronik. Am Sonnabend wurde im Lustgarten der Diener Krüger durch einen Postwagen überfahren. Er erlitt eine Verletzung des Rückgrats und einen Bruch des linken Unterschenkels. — In der Dreßdenstraße fiel der Schlossergeselle Scholz aus Nixdorf infolge eines Schwindelanfalls vom Verdeck eines Omnibus und erlitt eine Gehirnerschütterung. — Durch die Explosion einer ungeschickt gehandhabten Petroleumlampe erlitt die Wittve des Wächters Strefow, Kaiserstr. 25, schwere Brandwunden. — Bei einer in der Nacht zum Sonntag in der Wilhelmstraße entstandenen Schlägerei wurde Buchhändler Starkhaus und der Kriminalschutzmann Marcke an den Köpfen verletzt. — Am Sonntag wurde der Arbeiter Größler betrunken und mit gebrochenem Bein in der Kotluserstraße auf dem Pflaster liegend gefunden. Soweit bisher festgestellt werden kann, war er kurz vorher aus einem in der Nähe befindlichen Schanklokal herausgeworfen worden.

Eine 74jährige Greisin, die Frau des in der Schöndauer Allee wohnenden Klempners S., hat sich gestern erhängt. Die alte Frau litt an unheilbarer Krankheit.

Feuerbericht. Sonntag hatte die Feuerwehr thatsächlich einen Ruhetag, da sie nur einmal abends gegen 11 Uhr und zwar nach Pallfadenstr. 11 gerufen wurde, um dort eine brennende Schaldecke zu löschen. Arbeitreicher war für sie die vorhergehende Nacht. Sonnabend Abend war durch Herabfallen einer Petroleumlampe Kaiserstr. 25 eine Explosion erfolgt, wobei die Wittve Strefow betrunken, das sie noch dem Jüdischen Krankenhaus mittels eines Wäschens Krankenwagens gebracht werden mußte. Die Feuerwehr beseitigte die Feuergefahr. Verhängnisvoller hätte ein Kellerbrand Behrenstr. 26 werden können, hätte die rechtzeitig alarmirte Feuerwehr das Unheil nicht bald abgewandt. Es brannten hier Kellerverschlüsse und Kisten, wobei der benachbarte Lagerraum der Gewerkschaft von Lene, der große Vorräthe an gefüllten Patronen barg, stark gefährdet war. Die brennende Holzwand hatte bereits Feuer gefangen, als es der Wehr noch glückte, die Flammen zu löschen, bevor die Patronen sich entzündeten. Nachts 11 Uhr mußten zwei Nobre Sandstr. 1a einen Etagenbrand beseitigen, der das Haus bereits erheblich beschädigt hatte. Eine Stunde später war Marktstr. 37 ein Kellerbrand zu löschen, bei dem ein Leistenlager einer Fabrik für Möbelverzierungen in Flammen aufging. Montag früh gegen 1 Uhr brannten Chorinerstr. 63 Möbel und früh 5 Uhr auf einem Speisekahn am Kronprinzen-Ufer Lampen und Papiervorräthe. Ein Nobre dämpfte hier das Feuer, bevor der Kobu erhebliche Beschädigungen erlitt. — 10 Uhr früh war Tempelbernerstraße ein Gardinenbrand und kurze Zeit darauf Neue Königstr. 13 brennendes Fett abzublischen. Durch einen Dachstuhlbrand wurde die Wehr gegen 3 Uhr nachmittags nach Muskauerstr. 27 gerufen, wo Theile des Dachstuhles und Bodenverschlüsse in Flammen standen. Drei Schlauchleitungen hatten über zwei Stunden zu thun, um dem Feuer Einhalt zu thun. Der Hauschaden ist groß.

In der Urania. Abtheilung Invalidenstr. wird heute, Dienstag, Herr Professor Müller über „Das Wissen vom Leben“ zum ersten Male sprechen; es ist dies der erste Vortrag eines Profus von zehn Vorträgen über Biologie. Am Donnerstag, den 7. Oktober, beginnt der Kursus des Herrn Dr. V. Spies über Elektrochemie mit dem Vortrag „Elektrische Entladungen“. Am Freitag wird Herr Dr. Spies seinen Vortrag „Telegraphie ohne Draht“ noch einmal wiederholen und am Sonnabend Herr Dr. Bauard seinen Vortrag „Von den Felleingehaten Hongkong durch den Sitten Ozean in das Blumenparadies von Japan“ halten. In der Urania, Abtheilung Laubensstraße, wird die ganze Woche hindurch „Das Wunderland der neuen Welt“ gegeben.

Im Berliner Aquarium liefen während der jüngsten Tage wieder verschiedene Sendungen Meeresthiere vom Süden und Norden her ein. Dadurch ist die Vertiefung einer der umfangreichsten Kreise des Tierreichs, der Stachelhäuter oder Echinodermen, deren Mitgliedschaft bei aller Mannigfaltigkeit der äußeren Gestaltung ein aus höchstreichem Stoff gebildetes festes inneres Skelett besitzen und sich vermöge zahlreicher bodler Saugfüßchen fortbewegen, zu seltener Reichhaltigkeit gelangt, denn alle Abtheilungen dieser Gruppe wurden um mehrere Species ergänzt. So die Klasse der nach ihrer Körperform so benannten Seeesterne von Belgoland her durch einen wädhlichen, mit etwa 12 Armen versehenen Sonnenhörn (Solaster), und einen viel süßeren, stinarmigen orange-gelben Sonnenhörn (Asteropecten), vom adriatischen Meere her durch den kleineren, blaugrünen weißköpfigen Sonnenhörn, mehrere prachtvolle dunkelrothe Purpursterne (Echinaster) und den vier- bis achtarmigen rothen blinschöneligen Seeester (Asterias tenuispina), sowie die Klasse der Echinuren durch den grünlichen langarmigen Schlangenstern (Ophi. longicauda). Aus der Klasse der betrefend der Gestalt ganz von den vorigen abweichenden, nämlich walzenförmig gestreckten Seeurachen oder Seeurachen sind gleichfalls Angehörige zweier Gattungen, der eigentlichen Seeurache (Cucumaria) und der Polsterurche, angekommen und ebenso hat die Abtheilung der fugeiligen Stachelhäuter oder Seeigel eine Bereicherung durch zwei Species erfahren.

Theater. In dem neuen Schauspiel von Georg Hirschfeld „Agnes Jordan“, das am Sonnabend, den 9. d. Mts., in Deutschen Theater zur ersten Aufführung kommt, wirken die Damen Paula Herzy, Elise Lehmann, Margarethe Bir, Julie v. Poeschl, Agnes Sorina, Anni Franke und die Herren Paul Bienschel, Hans Fischer, Herrn Müller, Emanuel Reicher, Max Reinhardt, Rudolf Dittner, Oskar Sauer, Richard Ballentin, Hans Bohmann mit. — Max Halbes Drama „Mutter Erde“ gelangt nach dem durchschlagenden Erfolge im Deutschen Theater an zahlreichen Bühnen zur Aufführung, so am Deutschen Volks-Theater in Wien, an den Hoftheatern zu Dresden und Weimar, an den Stadttheatern zu Bremen, Breslau, Danzig, Albed, Königsberg i. Pr. und vielen anderen. Die gefrige Aufführung des Halbeschen Dramas im Deutschen Theater fand vor gänzlich ausverkauftem Hause statt. — Die Dichtung des Oren-Theaters hat ein Drama von Matthias erworben, welches sich „Die Weltstunde“ betitelt. — Im Original-Budapester Hof- und Operntheater in Kaufmann's Barlett's findet heute, Dienstag, keine Vorstellung statt.

## Aus den Nachbarorten.

Die Adresse der weiblichen Vertrauensperson von Nixdorf ist: Marie Luitz, Pannierstr. 7, 3 Tr. 1.

In Charlottenburg ist einer unserer thätigsten Parteigenossen der Zimmerpolier Hermann Schneider am Sonntag zur letzten Ruhe bestattet worden. Schneider verstarb im Alter von erst 42 Jahren. Trat er auch in der Oeffentlichkeit weniger hervor, so that er doch in vollem Maße seine Schuldigkeit, wenn es galt, mit Muth für die Interessen der Partei einzutreten. Unter dem Sozialisten-gesetz war er im Stadttheil Moabit thätig; später schloß er sich dem Wahlverein des zweiten Reichstags-Wahlkreises an, in welchem er auch verblieb, als er nach Charlottenburg zog. Infolge der Lohnkämpfe, welche die Zimmerer im letzten Frühjahr zu führen hatten, verlor auch Schneider seine Stellung; ein Denunziant hatte ihn bei seinem Meister als Sozialdemokrat bezeichnet. In dem imposanten Trauerzuge, der am Sonntag nach dem Bestehen ging, fiel vor allem der prächtige Kranz auf, den der Zimmererverband dem Todten gestiftet hatte.

Ein gewaltiger Kellerbrand hat in der Nacht zum Montag in der Hauptstraße 4 zu Schöneberg gewüthet. Als die Schöneberger Feuerwehr um 3 Uhr 20 Minuten auf der Brandstätte erschien, lagen die Bewohner des ersten Ouergebäudes und Seitensflügels in den Fenstern und schrien verzweifelt um Hilfe, da ihnen die Wege über die beiden Treppenhäuser abgeschnitten waren. Sie wurden von der Feuerwehr mittels Hakenleitern durch die Fenstern gerettet. Andere mußten in Unterkleidern aus den Seiten geholt und in Nachbarhäusern untergebracht werden. Mehrere Feuerwehrleute wurden durch den giftigen Qualm dermaßen angegriffen, daß sie zeitweise die Brandstätte verlassen und Stärkungsmittel zu sich nehmen mußten. Ein Mann zerschmitt sich an einem zerschlagenen Fenster an den Fußbadern den Unterarm und mußte durch die Samariter der Wehr schleunigst verbunden werden. Ueber die Ursache des Feuers ist nichts bekannt.

Der vor 14 Tagen bei der Explosion in dem Maschinenhause der Norddeutschen Eiswerke zu Kummelsburg schwerverletzte Schlosser Schwarz ist in der Nacht zum vergangenen Sonntag im Krankenhaus Am Friedrichshain gestorben.

Brügelei zwischen Stationsbeamten. Aus Neuwedel (Reg.-Bezirk Frankfurt a. O.) wird das folgende ungewöhnliche Vorkommniß berichtet: Großes Aufsehen erregte die bei dem Abgange des Zuges 954 Kollies-Kruswabe (nachmittags 12 1/2 Uhr) erfolgte Auseinandersetzung zwischen dem Vorsteher der hiesigen Station und dem als Vorsteher-Stellvertreter fungirenden Beamten. Der Streit zwischen den beiden Beamten artete schließlich in Thätlichkeiten aus. Beide mußten den Arzt konsultiren und erholten später gegenseitig Anzeige bei der vorgesetzten Behörde.

Für die Spandauer Lehrer soll nach einem Antrage unserer Parteigenossen im Stadtparlament zukünftig folgende Gehaltsstala gelten: A. für endgiltig angestellte Lehrer: Grundgehalt 1200 M., Wohnzulage 400 M., 9 Alterszulagen à 200 M. = 1800 M., Höchstgehalt nach 31 Dienstjahren 3400 M. B. für Rektoren: Grundgehalt 2200 M., Wohnzulage 600 M., 9 Alterszulagen à 200 M. = 1800 M., Höchstgehalt nach 31 Dienstjahren 4500 M. C. für endgiltig angestellte Lehrerinnen: Grundgehalt 1100 M., Miettszulage 300 M., und mit Rücksicht darauf, daß die Arbeitskraft der Lehrerinnen schneller verbraucht ist, als die ihrer männlichen Kollegen, so daß sie nur äußerst selten 31 Dienstjahre erreichen, nur 8 Zulagen à 200 M. = 1600 M. Das Höchstgehalt mit 3000 M. soll deshalb von den Lehrerinnen nach dem Antrage unserer Genossen schon mit 24 Dienstjahren erreicht werden. Nach den hier bestehenden Verhältnissen läßt sich kaum annehmen, daß die Mehrheit der Stadtväter sich zu einer solchen Erlaßung aufschwingen, obgleich ja sonst mit dem Geibe für hurrapatriotische Dinge nicht gespart wird. Die Spandauer Lehrerschaft wird aber hierdurch besser als dies bisher geschehen, erkennen lernen, was es mit der Freundschaft der bürgerlichen Elemente für sie auf sich hat.

Ein wunderlicher Rechtsstreit schwebt gegenwärtig zwischen dem Amts- und Gemeindevorsteher Schmod im benachbarten Schöneberg und einem dortigen Bürger. Der eigentlichen Angelegenheit liegt folgender Thatbestand zu grunde: Der Besitzer der dort an der Gleditsch- und Grunewaldstraßen-Ecke gelegenen „Regir-Apothek“, Herr W. hatte bei Herrn Schmod die Erlaubniß nachgesucht, in verschiedenen Gegenden des Ortes auf der Straße Laternen mit Transparenzen, die auf die Apotheke aufmerksam machen sollten, aufstellen zu dürfen. Diesem Antrage wurde auch seitens des Amtsvorstehers stattgegeben. Da nun Herr W. die Gasanrichtung vernünftiger als kostspielig war — es hätten nämlich zu gedachtem Zwecke eigene Nothleitungen für die fraglichen Laternen gelegt werden müssen — so ließ er die letzteren mit Petroleumlampen versehen. Mit dieser Beleuchtungsart war aber Herr Schmod nicht einverstanden; er zog vielmehr in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher die ertheilte Erlaubniß wieder zurück und verfügte die sofortige Beseitigung der Laternen. Auf Veranlassung des unmittelbaren Vorgesetzten des Amtsvorstehers, (gl. Landraths des Teltower-Kreises, an welchen sich der Apothekenbesitzer namentlich beschwerdeführend gewandt hatte, wurde jedoch obige Verfügung wieder aufgehoben und dem Besitzer von neuem die Erlaubniß ertheilt, die Laternen neben zu lassen bezw. in Gebrauch zu nehmen. Von dieser landrätlichen Anordnung wurde der Apothekenbesitzer durch besonderes Schreiben des Amtsvorstehers Schmod in Kenntniß gesetzt. Gleichzeitig erhielt aber Herr W. von Herrn Schmod ein weiteres Schreiben, in welchem der letztere, diesmal in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher — abermals die Entscheidung der Laternen forderte. Da der Landrath in diesem Falle nicht zuständig ist, hat sich nun Herr W. an die vorgesetzte Behörde des Gemeindevorstehers, den Herrn Regierungspräsidenten in Potsdam, gewandt.

## Der Fall Sternberg vor Gericht.

In der seit Jahren schwebenden Untersuchung gegen den Bankier Sternberg begann gestern die Hauptverhandlung vor der 8. Strafkammer des Landgerichts Berlin I (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Weinmann). Beschuldigt sind der Bankier Aug. Sternberg, sowie die früheren Direktoren Müller, Suppa, Schedel und Weber wegen Vergehens gegen § 249 des Handelsgesetzbuchs. Dieses Vergehen soll nach Annahme der Anklage bei Leitung der Geschäfte der „Vereinsbank“ in den Jahren 1883 bis 1885 und später begangen sein. Der Angeklagte Sternberg ist außerdem desselben Vergehens in Sachen der „Deutschen Waagegesellschaft“ beschuldigt.

Der Sachverhalt ist im wesentlichen der folgende: Der Bankier Sternberg, früher Direktor einer Bank in Frankfurt a. M., hat dann ein Bankgeschäft unter der Firma Sternberg u. Co. in Berlin errichtet und dieses nach seiner Angabe bis zum Jahre 1881 mit Erfolg betrieben. Wie er behauptet, hatte er, um den Umfang des Geschäftes zu vergrößern, zu dem Mittel gegriffen, billigere Provisionsätze dem Publikum anzubieten, als sie vordem gebräuchlich waren. Das Bankgeschäft machte Sternberg im Jahre 1881 zur Waise eines Aktienunternehmens, welches unter dem Namen „Vereinsbank“ mit einem Kapital von 6 Millionen Mark ins Leben trat. In den ersten Jahren vertheilte die Bank beschriebende Dividenden, dann trat aber ein Rückschlag ein, nachdem einige Schöplungen dieser Gesellschaft mißglückt waren, so daß die Börse und das Kapitalisten-Publikum neue von dieser Gesellschaft geschaffene Werthe aufzunehmen nicht mehr gewillt schien. Dies hatte zur Folge, daß bereits im Jahre 1885 die Dividende von 8 auf 5/2 pCt. herunterging. Im Jahre 1886 schritt die Gesellschaft auf Anregung Sternberg's dazu, ihr Aktienkapital von 6 Millionen Mark auf 2 Millionen Mark durch Aktienrückkauf zu reduzieren, der auf dem Submissionswege erfolgte. Der bezügliche Beschluß ist in der außerordentlichen Generalversammlung vom 26. Oktober 1885 einstimmig gefaßt worden. Sternberg war damals Hauptbesitzer von Aktien; er als Vorsitzender des Geschäftes hat dann aus seinem Bestande von 4 1/2 Millionen Mark der Gesell-

Schaft 4 Millionen Mark Aktien zum Kurse von 105 verkauft. Die Anlage hält die Art des Zustandekommens und die Moralität dieses Geschäfts für ungeschädlich und nimmt an, daß der bezahlte Kurs nicht dem Werthe der Aktien entsprechen habe. In den Schriftsätzen, welche die Vertheidigung eingereicht hat, wird dies bestritten und versucht, den Nachweis zu führen, daß diese Transaktion formell korrekt und materiell angemeßen gewesen sei. Sowohl von der Anklagebehörde, als auch von der Vertheidigung ist eine erhebliche Anzahl von Zeugen und Sachverständigen vorgeladen, die sich über den Werth der einzelnen Aktienstände äußern sollen. Diese Erörterungen dürften eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Die Vereinsbank, aus deren Direktion Bankier Sternberg im Herbst 1888 ausgeschieden war, hat dann im Jahre 1888 durch verunglückte Spekulationen 490 000 M. und im Jahre 1889 an eben solchen 900 000 M. verloren; ferner hat sie in der Periode 1888—1890 ca. 1 500 000 M. durch Kredite an mehrere schlecht rentirende Brillefabriken und eine Pferdebau-Gesellschaft festgelegt. Im Herbst 1890 ist die Vereinsbank in Liquidation getreten. Nachdem die Aktienstände an die „Weimarische Bank“ verkauft worden waren, konnten auf das inzwischen von 2 Millionen auf 1/3 Millionen Mark reduzierte Aktienkapital nur 60 pSt. in Vorkursaktien einer der erwähnten Brillefabriken (Staska) als Liquidationsquote ausgeschüttet werden. Diese Vorkursaktien waren im Jahre 1891 aus der Konvertierung einer aus gewählten Vorschüssen resultirenden Kontokorrent-Forderung entstanden, wobei für je 150 M. Kontokorrent-Forderung je 100 M. Vorkursaktien der Vereinsbank gewährt worden waren. Es wird nun den Angeklagten zum Vorwurfe gemacht, erstens, daß sie es herbeigeführt, bzw. zugelassen haben, daß dem Bankier Sternberg, der damals gleichzeitig Vorstand der Gesellschaft war, ein erheblicher Theil des Kapitals auf dem Wege der Reportierung von Vereinsbank-Aktien, die in seinem Besitze waren, verzinslich überlassen wurde. Sternberg und die Vertheidigung stehen dagegen auf dem Standpunkte, daß aus diesem Geschäft für die Vereinsbank keinerlei Verlust entstanden sei, und sie wollen den Beweis führen, daß für diese Gelder angemessene Äquivalente gewährt worden seien. — Der zweiten Anklagepunkt bildet die Beschuldigung, die erwähnte Kapitalreduktion resp. Aktienrückkauf bewirkt bzw. zugelassen zu haben. Die Anklagebehörde behauptet: Man müsse das unglückliche Liquidationsergebnis als Wirkung der im Jahre 1886 geschlossenen Kapitalreduktion resp. Aktienrückkaufs ansehen, auch seien die Bilanzen jener Zeit, wie auch die späteren, unzuverlässig, jedenfalls sei der Kurs von 105, der bei dem Aktienrückkaufe gemacht wurde, ein zu hoher gewesen. Die Vertheidigung hat dies alles in umfangreichen Ausarbeitungen bestritten; es wird von derselben behauptet, daß das unerwünschte Liquidationsergebnis lediglich auf den schlechten Geschäftsgang der auf die Kapitalreduktion folgenden Zeitperiode zurückzuführen sei. — Ferner ist Sternberg allein als Vorsitzender des Aufsichtsraths der „Deutschen Bau-Gesellschaft“ zweier Vergehen gegen denselben Paragraphen des Aktiengesetzes angeklagt. In der Verwaltung dieser Deutschen Bau-Gesellschaft befanden sich vor dem die Inhaber einer Anzahl größerer Firmen, wie Desbriat, Leo u. Co. zc. und letztere waren, wie die Deutsche Bank, Bankiers der Gesellschaft. Der Bankier Sternberg hat sich im Jahre 1888 an die Spitze dieses Unternehmens gebracht; er und eine Anzahl ihm nahe stehender Personen bildeten von da ab den Aufsichtsrath der Gesellschaft. Er begann damit, die Weimarische Bank, die er dirigirte, zum Bankier der Gesellschaft zu machen; bei dieser wurden alle verfügbaren Mittel der Gesellschaft angelegt, während es nach Annahme der Anlage vortheilhafter gewesen wäre, dieselben zur Tilgung von Hypotheken zu verwenden. Viel empfindlicher sei aber die Schädigung, welche Sternberg später nach der Umwandlung der Gesellschaft in die Deutsche Kredit- und Baubank ihr zugefügt habe. Die Deutsche Baugesellschaft habe nach ihrer Umwandlung in die Deutsche Kredit- und Baubank einer Anzahl industrieller Unternehmen Kredite außerordentlich günstigen Gewährt, die durch die Verhältnisse der betreffenden Unternehmen nicht gerechtfertigt gewesen seien. Hiergegen macht die Vertheidigung geltend, daß die Anlage bei der Weimarischen Bank keine schädliche, sondern eine sichere gewesen. Dieses Institut, welches allerdings in einer früheren Zeit sich in einer prekären Lage befunden habe und damals keine Dividende vertheilt, habe nach der Behauptung der Vertheidigung unter der Leitung Sternbergs 8 1/2, 11, 7, 4 1/4, 6 1/2 pSt. Dividende vertheilt; bei der Liquidation seien infolge einer Sternberg'schen Offerte auf die Aktien 160 M. für 100 M. Kapital baar zurückgezahlt worden, was schon für die s. Z. vorhandene erwünschte Sicherheit spräche. Einen Verlust habe die Deutsche Baugesellschaft an diesen Geschäften schließlich nicht erlitten, auch seien die Zinsätze, die die Weimarische Bank gewährt habe, stets gleiche oder höhere gewesen, als die, welche den eingehaltenen Offerten gemäß von den anderen hiesigen größeren Banken zu erzielen waren, allerdings seien sie um eine Nuance gegen den Bankfuß zurückgeblieben, der für die Hypotheken, die auf den Büchern der Gesellschaft ruhten, zu zahlen waren. Es sei aber die Rücksicht der Gesellschaft gewesen, ihren Besitz an Häusern baldmöglichst zu verkaufen, um ihre Gelder anderen Geschäftszwecken zuzuwenden, so daß die Verwendung der Kapitalien zur Ablösung der ersten Hypotheken dadurch ausgeschlossen gewesen sei. — Bezüglich der den letzten Anklagepunkt bildenden Kredite behauptet Sternberg, daß Verluste an denselben nicht entstanden seien; jedes Mißlo sei sogar ausgeglichen gewesen, da er als Vorsitzender der Gesellschaft und deren faktischer Aktionär für solche seinerzeit schriftliche Bürgschaft übernommen habe. — Da die fernere Beweisnahme, die vornehmlich durch Vermittelung in den Büchern statthabend hat, eine sehr umfangreiche werden dürfte, so ist hierfür eine längere Zeit in Aussicht genommen und es ist eine Entscheidung erst nach Durchgehen des selten umfangreichen Beweismaterials zu erwarten. Es ist ummöglich, vielleicht Wochen hindurch täglich diese Erörterungen über die Ergebnisse der Bücher zu verfolgen. Falls die Verhandlungen Momente von weiter gehendem Interesse bieten sollten, werden wir von Zeit zu Zeit darauf zurückkommen, andernfalls seinerzeit das Ergebnis mittheilen.

Die Verhandlung findet wegen des Umfangs des in den Verhandlungsbüchern aufzustellenden Beweismaterials im kleinen Schwurgerichtssaale statt. Als Vertheidiger stehen den Angeklagten zur Seite: Die Justizräthe Munkel und Kleinholz, Dr. Staub I, Dr. Wilhelm Bernstein, Bronker, Dr. Köpke, Dr. Heinemann und Dr. Sello, welcher krankheitshalber noch nicht anwesend ist. Die Anklage ist vertreten durch die Staatsanwälte Dr. Eger und Deißhäger. Als Sachverständige wohnen der Verhandlung bei: Bücherrevisor Engelmann und mehrere Bank-Sachverständige. Die geführte Verhandlung erstreckte sich auf die ersten allgemeinen Bemerkungen der Angeklagten, die im wesentlichen die oben angeführten Angaben der Vertheidigung wiederholten. Sternberg bestritt, sich irgendwie gegen den § 249 des Handelsgesetzbuchs vergangen zu haben. Die übrigen Beschuldigten erklärten, daß Alles, was sie gethan, nach ihrer besten Ueberzeugung im Interesse der Gesellschaft gelegen habe und niemand von den Aufsichtsräthen auf den Gedanken habe kommen können, daß in der Masse der volle Werth nicht liegen könnte. Alle diese Geschäfte seien unter Mitwirkung des Geh. Justizraths Becker und des Geh. Oberschatzraths Weim vor sich gegangen; es sei zu bedauern, daß der Tod diese Männer aberufen habe, denn diese hätten die Beschuldigten gewiß vor einer Anlage geschützt. — Justizrath Munkel macht den Vorschlag, zunächst über die Punkte zu verhandeln, in welchen nach Ansicht der Anklage eine Verletzung vorliegt. Wenn sich, wie sicher zu erwarten sei, herausstellen werde, daß die Ansicht des Staatsanwalts eine falsche sei, würde es sich doch erübrigen, in eine Beweisnahme über die von der Anklagebehörde zur Charakteristik Sternbergs herangezogenen älteren Unternehmungen einzutreten, bei denen der Staatsanwalt selbst nicht zur Erhebung der Anklage habe kommen können. Staatsanwalt Dr. Eger widersprach diesem Vorschlage, da nach seiner Ansicht es seine Aufgabe sei, dem Gerichtshofe nachzuweisen, daß nicht Einzelhandlungen, sondern ein ganz bestimmtes System in Frage stehe. — Der Angeklagte Sternberg

hat seinerseits, durchaus nach dem Vorschlage des Staatsanwalts zu verfahren. Er habe das dringendste Interesse daran, nicht nur nicht freigesprochen zu werden, sondern den Nachweis zu führen, daß er bei allen seinen Unternehmungen stets loyal verfahren sei. — Hierauf wurde in die Verhandlung über die Einzelpunkte eingetreten und es wurden zunächst die bei der Begründung der Vereinsbank obwaltenden Verhältnisse erörtert.

### Gerichts-Beilage.

Eine Ohrfeige bildete den Anlaß zu interessanten Erörterungen vor Abtheilung 182 des Schöffengerichts. Der Schriftsteller und Pionetier a. D. Haacke führte im Januar 1896 eine Verleumdungsklage gegen einen Buchhalter Schreier, der ihn einen schlechten und gefährlichen Menschen genannt hatte. Schreier's Rechtsanwalt, Dr. L. F., trat dabei plötzlich im Termin mit der Behauptung hervor, Haacke wäre schimpflich aus der Armee und aus seiner früheren Stellung als Polizei-Offizier ausgeschieden worden. Haacke gerieth schon darüber in große Aufregung, besorgte aber schnell die Papiere, die seine ehrenvolle Verabschiedung darthäten und legte sie vor. Als nun Rechtsanwalt F. sich äußerte, diese Akte sei widerlegt, und Haacke wieder nach anfänglicher ehrenvoller Verabschiedung später doch noch wegen ehrenrühriger Handlungen schimpflich ausgeschieden worden, erregte dies Haacke so, daß er dem Rechtsanwalt einen Schlag versetzte. Er wurde darauf wegen Verleumdung und Körperverletzung angeklagt, die Sache kam aber erst jetzt zur Verhandlung, weil der Angeklagte lange krank war. Im Termin trat Rechtsanwalt Dr. L. F. als Nebenkläger auf, vertreten durch Rechtsanwalt L. Fr. Der Angeklagte wurde durch Rechtsanwalt F. vertheidigt. Der Thatbestand wurde von den Zeugen fast übereinstimmend angegeben. Amtsrichter Genide, der die Verhandlung seinerzeit geleitet hatte, beklagte, daß ihm das Vorgehen des Rechtsanwalts F. etwas scharf vorgekommen wäre. Haacke hat inzwischen durch eine amtliche Bescheinigung den Beweis geführt, daß auch die zweite Behauptung des Rechtsanwalts F. nicht richtig war.

Der Staatsanwalt beantragte 150 M. Geldstrafe, wogegen F.'s Vertreter eine Freiheitsstrafe forderte, da das Ansehen der Rechtsanwaltschaft auf dem Spiele stehe. Rechtsanwalt F. erkannte an, daß eine Ausschreitung vorliegt, und wollte gegen den Antrag des Staatsanwalts nicht einwenden. Er halte den Standpunkt des Angeklagten, daß man eine Verleumdung mit einem Schläge erwidern müsse, für verwerflich, er habe aber trotzdem die Vertheidigung übernommen, um als Anwalt gegen einen Uebelthäter aufzutreten, der im Publikum oft empfunden würde, gegen die Rücksichtslosigkeit, mit der, bloß auf die Autorität der von einer Partei gemachten Angaben hin, die Ehre anderer öffentlich angezweifelt und bloßgestellt würde. Die verantwortungsfreie Stellung, die der Anwalt einnehme, verpflichte ihn zu um so größerer Vorsicht und Zurückhaltung. Haacke hätte der Meinung sein müssen, daß seine Ehre mindestens leichtfertig angegriffen würde, und bei seiner durch ärztliche Zeugnisse nachgewiesenen hochgradigen Nervosität sei deshalb seine Handlung mit zu beurtheilen. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 150 M. Geldstrafe.

Einem Streikbrecher übel mitgespielt zu haben, wurde dem Schuhmachergesellen Gustav Pfeiffer aus Berlin zur Last gelegt, der gestern unter der Beschuldigung der schweren Körperverletzung vor der ersten Strafkammer am Landgericht II stand. Im Frühjahr d. J. wurde in verschiedenen Schuhwaren-Fabriken Berlins gestreikt und die Strausberger Schuhmacher, die für Berliner Firmen arbeiten, wurden dadurch in Mitleidenschaft gezogen, denn der größte Theil erklärte sich selbstverständlich mit den Berliner Kollegen solidarisch. In den Kundstücken hatte der Angeklagte Pfeiffer gehört, welcher in Strausberg gearbeitet hatte und am 20. Mai dem Schuhmachergesellen Kallenbach begegnete, der nicht die Arbeit niedergelegt hatte. Pfeiffer nannte den K. einen Streikbrecher; es kam zu Thätlichkeiten zwischen beiden, doch wurden sie auseinander gebracht. Abends begegneten sich beide auf dem Langhagen, wieder kam es zum Streit, Pfeiffer verließ das Lokal und stellte sich draußen auf die Lauer. Als Kallenbach ebenfalls heimging, ging ihm Pfeiffer nach und schlugte ihm mit einem haarscharfen Schustermesser den linken Arm von der Schulter bis zum Handgelenk auf, das letztere dabei so schwer verletzt, daß der Arm voraussichtlich für immer gelähmt bleiben wird. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahre Gefängniß, wie auch auf sofortige Verhaftung.

Professor Dünel und einige andere Kieler Professoren machten gegen ihre Veranlagung zur Gemeinde-Einkommensteuer geltend, daß sie von allen Steuern und Lasten befreit seien; sie beriefen sich zum Beweise dafür auf das Statut der Universität Kiel vom Jahre 1666. Nach vergeblichem Einspruch erhoben sie gegen den Magistrat von Kiel die Freistellungs-Klage. Der Bezirksauschuss entschied dahin, daß das Kommunalabgaben-Gesetz die Befreiung der Kieler von den Realsteuern beseitigt habe, daß ihr sonstiges Privilegium aber fortbestehe. Beide Parteien legten Revision ein. Mit dieser hatte sich gestern der zweite Senat des Ober-Verwaltungsgerichts zu beschäftigen. Er bekräftigte die Entscheidung des Bezirksauschusses. Die Kieler brauchen also das Einkommen aus ihrer persönlichen Thätigkeit der Stadt nicht zu versteuern.

Ueber eine Verleumdung des aus dem Rechtsanwaltsstande ausgeschlossenen Sozialistenobers Hans Blum verhandelte am Sonnabend das Landgericht Nordhausen. Vor der Strafkammer II hatte sich Genosse Bierselz wegen dieses Vergehens zu verantworten. Die Strafbilligkeit sollte in einem am 20. Dezember 1895 unter der Verantwortlichkeit des Angeklagten in der „Thüringer Tribüne“ erschienenen Leitartikel enthalten sein, in welchem Hans Blum als Lügner bezeichnet wurde. Der Kielerische Rechtsanwalt beantragte im Auftrage seines Mandanten 2 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte auf 150 M. Geldstrafe ev. 15 Tage Gefängniß. In der Vorinstanz war auf Freisprechung erkannt worden. Revision wird eingelegt.

### Partei-Nachrichten.

Der diesjährige Parteitag für das hiesige Westfalen und die Lippschen Fürstenthümer ist am Sonntag, den 31. Oktober, vormittags 9 Uhr, nach Rehme in das Lokal des Herrn Nöbbe einberufen.

Als Reichstags-Kandidat für den Wahlkreis Worms wurde von der Kreiskonferenz zu Worms, die von 8 Orten mit 10 Delegirten besetzt war, einstimmig der Buchhändler Berthold aus Darmstadt angesetzt.

Die „Leipziger Volkszeitung“ ist glücklich, einen kleinen Triumph des „Gorowitz“ erndet zu haben, und macht davon viel Aufhebens. In der Mittheilung über den Prozeß gegen unser Hamburger Partei-Organ wegen Verleumdung des Königs der Belgier ist nämlich irriger Weise gesagt, der preussische Gesandte an belgischen Hofe habe den Strafentwurf gestellt, fast, wie es richtig heißen muß, der belgische Gesandte in Berlin. In der Hauptsache jedoch bleibt unsere Mittheilung richtig, denn, was freilich die „Leipziger Volkszeitung“ in der Freude der Triumph-Entdeckung übersehen hat, es handelt sich im vorliegenden Falle weniger um eine staatsrechtliche als um eine strafrechtliche Frage; es ist von Vertheidigern des angeklagten Redaktors eine Erhebung darüber veranlaßt worden, ob König Leopold selbst dem Gesandten den Auftrag zur Stellung des Strafentwurfes gegeben hat; andererseits, so nimmt der Vertheidiger an, sei der Strafentwurf nicht rechtmäßig.

In übrigen haben wir uns gefreut, von unserem Leipziger Bruderorgan, das so viele Notizen aus dem „Vorwärts“ übernimmt, unser Blatt auch einmal als Quelle zitiert zu sehen. —

**Polizeiliches, Gerichtliches zc.**  
— In Breslau wurde am Sonntag eine Volksversammlung, wo Genosse Kühn aus Langenbielau unter lebhaftem Beifall über die soziale Forderung gesprochen hatte, polizeilich aufgelöst. Der überwachende Beamte hatte vom Vorsitzenden verlangt, ihm zu

melden, wenn er den Vorsth an seinen Stellvertreter abgebe. Als der Vorsitzende dies in der Versammlung zur Sprache brachte, verbat sich der Ueberwachende „persönliche“ Angriffe, worauf ihm der Vorsitzende erklärte, daß er gar kein Recht habe, in die Debatte einzugreifen. Der stürmische Beifall, der diesen Worten folgte, regte den Polizeibeamten so auf, daß er die Versammlung auflöste. Gegen die Maßnahme wird Beschwerde geführt werden.

— Wegen formaler Verleumdung des Fabrikanten Otto Langerfeld in Krefeld wurde vom dortigen Schöffengericht der Lokalredakteur der „Niederheinischen Volks-Tribüne“, Genosse Wolters, zu 60 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Haft verurtheilt.

### Unternehmer-Verbände.

Die Fünfzehner-Kommission der Berliner Kammerkonfession wird, wie der „Konfessionär“ mittheilt, demnächst Vorbereitungen für die neuen Handelsverträge treffen. Für die Konfessions-industrie handelt es sich um Ermäßigung der Zölle auf Verarbeitungs- Rohmaterialien, die im Inlande nicht hergestellt werden können, also vom Auslande bezogen werden müssen. Größeren Werth legt man aber auf die Ermäßigung der Zölle in solchen Ländern, die infolge zu hoher Zölle bisher verschlossen waren.

Dem Deutschen Zuckersyndikat sind bis jetzt nur 246 Firmen beigetreten. 40 behielten sich ihre Erklärung vor, 2 lehnten den Beitritt ab und 114 äußerten sich überhaupt noch nicht.

### Soziales.

Der Verband von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich hält am 10. und 11. Oktober in Köln seine Jahresversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag des Verbandes der Orts-Krankenkassen Thüringen zc., eine Erweiterung des Krankensicherungs-Gesetzes derart herbeizuführen, daß die Krankenkassen die Berechtigung erhalten, sich zu Verbänden zusammenzuschließen und die entstehenden Kosten aus den betreffenden Kassen zu bestreiten; ferner ein Antrag der Orts-Krankenkasse Stuttgart auf Errichtung einer Centrale zur Abänderung der bei Ausübung der Arbeiter-Versicherungsgesetze zu Tage tretenden Mängel und Abänderungsvorschläge. Weiter liegen Anträge der Allgemeinen Orts-Krankenkasse, der Orts-Krankenkassen der Metallarbeiter und des Maurergewerbes in Berlin vor, und zwar zum Krankensicherungs-Gesetz auf Beschaffung gleichmäßiger, in den §§ 53 und 56 vorgesehener Versicherungsgesetze, zum Unfallversicherungsgesetz auf Verpflichtung der Berufsgenossenschaften, vom Tage der Wiedererkrankung infolge früher erlittenen Unfalls die Kosten des Heilverfahrens zu tragen, und zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, die Wartezeit zur Berechtigung des Bezuges von Altersrenten von 70 auf 60 Jahre herabzusetzen und auf Einrichtung einer höheren Lohnklasse.

Die Gartenbau-Ausstellung in Hamburg ist am 4. Oktober offiziell geschlossen worden. Im Hamburgischen Correspondenten schlägt nun ein Einsender vor, die Ausstellung noch ein oder zwei Tage offen zu lassen, um sie den tausenden unserer unbemittelten Mitbürger zugänglich zu machen, die täglich von den Schönheiten der Ausstellung gehört, aber sie nie gesehen haben.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Sonnabend nicht von 6 bis 7 1/2 Uhr, sondern von 7 1/2 bis 9 Uhr abends statt.

Das gelehrte Haus. Theilen Sie uns eine Adresse (eventuell postlagernd) mit. Wir haben Ihnen eine Mittheilung zu machen. Besten Dank für Ihre Sendungen.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 5. Oktober 1897. Kühl und veränderlich, vorwiegend trübe mit geringen Nieder schlägen und mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Todten-Sonntag

Zwei große Säle zu Wohlthätigkeits-Konzerten an Vereine unentgeltlich zu vergeben. Engl. Garten, Alexanderstr. 27c.

### Für 10 Mark

liefern Stoff zu einem f. Herren-Winterpaletot, für 5 M. bessere Stoff zu einem kompletten Herrenanzug, für 8-10 feinen, für 12 M. guten Sammetanzug oder Oberot. Reize zu Anodenanzügen sehr groß 2-3 M.

### Man überzeuge sich im Kiefenstollager

Kranienstr. 14, I., kein Laden.

Darlehen ohne Bürgsch. gewährt d. „Bauspar“-K. Schief. Cred.-u. Hyp.-Bankgeschäft Korallus, Breslau. Statut pag. 40 W.

### 6 Pfund Brot für 50 Pfg.

Albrecht's Bäckerei, Brangelstr. 8, Langestr. 26, Koldenstelnstr. 28, Sanktberger 2.

### Lanolinseife!

macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Etich Lanolinseife und ein reines Handtuch liefern ich 1.00 M. Woche. Handtuch-Berleth-Juli 2. Pinger, Neue Königstr. 17, Rembrandt-Platz VII. Nr. 2057.

Achtung! Empfehlung den Genossen mein Holz- u. Kohlengeschäft, August Thomas, Opocinerstr. 17.

### M. Krüger's Speise-Feinöl

ist das anerkannt beste. Zu haben in allen Kolonialwarenen- und Verzehr-Geschäften. Engros-Verlag: Berlin, Etalierstraße 105.

### Möbel

in jedem Stil und jeder Holzart, äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Hr. Vager gebrauchter und verkleideter gewesener Möbel. (3222L\*) Schützenstr. 2.

### Möbel Theilzahlung.

J. Kellermann, Jakobstr. 26.

Ein Pfeiler-Mahagoni-Nachm. 44/18 Glasmaß, Vertheile mit Kasten, billig zu verkaufen bei Barth, Eisenbahnstr. 38, u. 3 Tr. 10636

Freunden und Genossen die ergebene Anzeige, daß ich mein Restaurations-Lokal von der Kleingartenstraße nach Wartenuffelstraße 31 verlegt habe und bitte um geneigten Zuspruch. August Wrook, 10746

Ein Schuhmacher findet Schlafstelle u. Platz bei Derda, Annenstr. 16, S. II.

### Arbeitsmarkt.

### Achtung! Holzarbeiter!

### Möbeltischler.

In der Möbel- u. Spiegel-Fabrik von Equitz, Große Frankfurterstraße 125, haben 31 Arbeiter wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt.

### Parkettbodenleger.

Die Firma Rosenfeld & Cie. zählt auf dem von Wertheim, Leipzigerstraße, den Tag nicht. Zugang nach obigen Vertheilen ist fernzuhalten.

### Achtung, Kammacher!

Die Kollegen von Dietrich Purfürst in Wobbe bei Burg, haben sich in den Streit. Zugang fernhalten. 268/80 Die Ortsverwaltung.

### Zentral-Arbeitsnachweis der Löhner

Berlin, Rosenfelder-Strasse 57. 5 Ckenfcher erhalten sofort Arbeit nachgewiesen nach außerhalb. 1196/16

### Mietern

auf besten Miet-möblen verlangen Gutmann u. Meyer, Rebenstr. 10/11/2

### Kartonarbeiterinnen

in und außer dem Hause, sowie ein Arbeitsbüchse zum Aben verl. Stein, Neue Königstr. 30.

### Kartonarbeiterinnen

finden stets dauernde Beschäftigung. Kirstein & Co., Kartonfabrik, Neue Königstr. 30. Drechlerlehrling u. Heilmacher 40.

Vertheiler und Farbmalcher auf Vertheil verlangt Schulz, Ribbort, Weimstr. 80. 10606

10 Stuhlrehterinnen, in und außer dem Hause, dauernde Beschäftigung. 10655

F. Billeit, Pignolstr. 22.

Arbeiterinnen auf Jafelds anhem Hause verlangt M. Deutschein, Brangelstr. 86, u. 3 Tr., früher 91.

Arbeiterin auf best. Kasten-Jagou-King, Wodenlohn 15 M. u. Treibhaus-Strasse 37, 4 Tr. 10595

Stillerpolierinnen in und außer dem Hause verlangt Vergas Gebrüder, Schillingstr. 12. 10606

Farbmalcher gef. Wasserhorst 46. Schraubendreher und Werkzeug-schlosser, jüngere, Carl. Beschäftigung, Schrambenlage, Charlottenburg, Post-damerstraße 35. 32603

Arbeiterin auf wasserige Mädel uzo. langt Wocgllch, Schillingstr. 46. 10746



